



Landtag von Baden-Württemberg

119. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 4. Februar 2015 • Kunstgebäude

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 13:00 bis 14:30 Uhr

Schluss: 17:06 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	7153	Abg. Karl Zimmermann CDU	7168, 7175
Gedenken an den verstorbenen früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker	7153	Abg. Jürgen Filius GRÜNE	7170, 7176
Eintritt des Abg. Hans Heribert Blättgen	7153	Abg. Sascha Binder SPD	7171, 7176
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	7153	Minister Rainer Stickelberger	7173
Begrüßung Seiner Exzellenz Erzbischof Dr. Simon Ntamwana und von Mitgliedern der Kolpingfamilien des Bereichs mittlerer Neckar sowie Herrn Pfarrer Kamm	7160		
1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten	7154	4. Regierungsbefragung	
Abg. Guido Wolf CDU	7154	4.1 Außenwirtschaftspolitik	7177
Abg. Wilfried Klenk CDU	7154	Abg. Hans-Peter Storz SPD	7177, 7180, 7181
Präsident Wilfried Klenk	7155	Minister Dr. Nils Schmid	7177, 7178, 7179, 7180, 7181
2. Aktuelle Debatte – Die Bedeutung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute für die gute wirtschaftliche Entwicklung im Land – beantragt von der Fraktion der SPD	7156	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	7178
Abg. Hans-Peter Storz SPD	7156, 7164	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	7179
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	7158, 7165		
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	7159	4.2 Holzvermarktung	7182
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	7161, 7166	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	7182, 7184, 7185
Minister Dr. Nils Schmid	7162	Minister Alexander Bonde	7182, 7183, 7184, 7185
3. Aktuelle Debatte – Was will die Landesregierung aus der professionell und effizient arbeitenden Bewährungshilfe mit ihren Hunderten Ehrenamtlern machen? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	7166	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	7183, 7184
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	7167, 7174	Abg. Günther-Martin Pauli CDU	7184
		4.3 Anpassung des SWR-Staatsvertrags nach dem ZDF-Urteil	7186
		Abg. Alexander Salomon GRÜNE	7186
		Ministerin Silke Krebs	7186
		Abg. Helmut Rau CDU	7186
		5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften – Drucksache 15/6235	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/6415	7186
		Beschluss	7186

<p>6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll? – Drucksache 15/2859 (Geänderte Fassung). 7187</p> <p>Abg. Ulrich Müller CDU 7187, 7194</p> <p>Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE 7189</p> <p>Abg. Klaus Käppeler SPD 7190</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 7191</p> <p>Minister Andreas Stoch 7192</p> <p>Beschluss 7194</p> <p>7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Wiederholerzahlen an Realschulen und Gymnasien steigen massiv an! – Drucksache 15/4099 (Geänderte Fassung). 7194</p>	<p>Abg. Georg Wacker CDU 7194, 7203</p> <p>Abg. Sandra Boser GRÜNE 7196</p> <p>Abg. Gerhard Kleinböck SPD 7197</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 7199</p> <p>Minister Andreas Stoch 7200, 7204</p> <p>Beschluss 7205</p> <p>Nächste Sitzung 7205</p> <p>Anlage 1 Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 7206</p> <p>Anlage 2 Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/ NSU BW“ 7207</p>
---	---

Protokoll

über die 119. Sitzung vom 4. Februar 2015

Beginn: 10:01 Uhr

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 119. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, lassen Sie uns gemeinsam eines großen Staatsmanns gedenken. Am Samstag ist der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Alter von 94 Jahren verstorben. Damit hat sich ein Lebenskreis vollendet, der 1920 nebenan im Neuen Schloss begonnen hatte. Er war eine der herausragendsten Persönlichkeiten der Nachkriegsgeschichte. Wir sollten nicht in unsere Sitzung eintreten, ohne uns an ihn und sein politisches Wirken zu erinnern.

Ausgestattet mit einem scharfen Verstand erwies sich Richard von Weizsäcker, der von 1984 bis 1994 als sechster Bundespräsident amtierte, als unabhängiger Geist und moralische Autorität. Nur wenigen Politikern im Nachkriegsdeutschland ist jener Respekt bis hin zur Verehrung zuteilgeworden wie von Weizsäcker. Kaum einer hat dieses Amt von kleiner Macht, aber großer Wirkung, so ausgefüllt wie er. Er war und ist bei den Bürgerinnen und Bürgern beliebt und respektiert.

Das Amt des deutschen Staatsoberhauptes kennt nur wenige verfassungsrechtliche Befugnisse. Es lebt vor allem von der Macht des Wortes. Unvergessen ist seine wegweisende Rede am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, die national wie international auf große Resonanz stieß.

Zum einen verbesserte er damit das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt. Zum anderen prägte er den Umgang mit der NS-Vergangenheit und mithin das deutsche Selbstverständnis nachhaltig. Das ist ein bleibendes Vermächtnis Richard von Weizsäckers.

Nach der Wiedervereinigung war es ihm zudem ein wichtiges Anliegen, das Zusammenwachsen der beiden Landesteile zu befördern.

Mit großem Respekt und tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem großen Staatsmann, einem menschlichen und moralischen Vorbild.

Wir wollen seiner gemeinsam gedenken. Bitte erheben Sie sich.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, dürfen wir noch einen neuen Kollegen

in unseren Reihen begrüßen. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 23. Januar 2015 mitgeteilt, dass Sie, lieber Herr Kollege Hans Heribert Blättgen, mit Wirkung vom 1. Februar 2015 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 15. Landtags von Baden-Württemberg erworben und die Nachfolge von Herrn Ingo Rust angetreten haben.

Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nun komme ich zu den üblichen Bekanntgaben:

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Herrn Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Jörg Fritz, Herr Abg. Wilhelm Halder, Herr Abg. Ernst Kopp, Herr Abg. Marcel Schwehr, Herr Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Frau Abg. Edith Sitzmann.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich bis ca. 11:00 Uhr Herr Minister Peter Friedrich und von 13:00 bis 15:00 Uhr Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vielfältig vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 21. Januar 2015 – Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des ARD/ZDF-Kinderkanals (KiKA) – Drucksache 15/6422

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Innenministeriums vom 27. Januar 2015 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Abkommens zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung und den Betrieb einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation – Drucksache 15/6440

Überweisung an den Innenausschuss

*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 1*) und einen Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP für

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/NSU BW“ (Anlage 2). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Zunächst bitte ich um Vorschläge für die Wahl der Präsidentin/des Präsidenten.

Das Wort erhält Herr Abg. Wolf.

Abg. Guido Wolf CDU: Frau Präsidentin! Für die Wahl des Landtagspräsidenten schlage ich Herrn Abg. Klenk aus der CDU-Fraktion vor.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sie haben den Vorschlag gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, nach § 4 Absatz 2 der Geschäftsordnung wird der Präsident in geheimer Wahl gewählt. Als Wahlkommission für die Wahl der Präsidentin/des Präsidenten berufe ich nach § 4 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtags die Damen und Herren Abg. Dr. Friedrich Bullinger, Helen Heberer, Sabine Kurtz, Andrea Lindlohr und Paul Locherer.

Um den Ablauf der geheimen Wahl zügiger abwickeln zu können, haben wir einen separaten Wahlraum eingerichtet. Er befindet sich von mir aus gesehen links in dem Durchgang zum Rosengartenzimmer.

Im Eingangsbereich dieses Wahlraums erhalten Sie am Ausgabetisch den Stimmzettel und den Wahlumschlag. Im Wahlraum stehen vier Wahlkabinen zur Verfügung. Auch die Wahlurne für die Abgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge steht im Wahlraum bereit. Ein Mitglied der Wahlkommission – ich schlage hierfür Herrn Abg. Locherer vor – nimmt vom Rednerpult aus den Namensaufruf gemäß § 97 a der Geschäftsordnung vor.

Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, nach und nach in den Wahlraum zu gehen. Herr Abg. Dr. Bullinger gibt die Stimmzettel und die Wahlumschläge aus. Frau Abg. Kurtz hält in einer Liste fest, wer den Stimmzettel und den Wahlumschlag entgegengenommen hat. Füllen Sie bitte den Stimmzettel in einer der vier Wahlkabinen aus, indem Sie bei dem Wahlvorschlag Ihre Stimmabgabe – also „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ – vermerken.

Da Sie an den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU nicht gebunden sind, können Sie auch einen eigenen Wahlvorschlag eintragen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Bitte beachten Sie folgende weiteren Hinweise zur Stimmabgabe: Nicht beschriebene Stimmzettel oder solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn mehr als ein Wahlvorschlag notiert wurde. Bitte stecken Sie nach der Stimmabgabe Ihren Stimmzettel in den Wahlumschlag. Kleben Sie bitte den Wahl-

umschlag nicht zu. Er soll aus Umweltschutzgründen wiederverwendet werden.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber es gibt keine Kürzung des Landtagsetats!)

Bitte begeben Sie sich nach der Stimmabgabe zur Wahlurne. Frau Abg. Heberer kontrolliert den Einwurf der Wahlumschläge in die Wahlurne, und Frau Abg. Lindlohr hält in einer Namensliste fest, welche Abgeordneten gewählt haben. Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Wir treten nun in die Wahlhandlung ein. Ich darf Herrn Abg. Locherer bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der seinen Stimmzettel im Wahlumschlag noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Wahlergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich 127 Abgeordnete beteiligt.

Auf den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Herrn Abg. Wilfried Klenk, entfielen 90 Stimmen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

*Mit Nein haben fünf Abgeordnete gestimmt.
Zehn Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Auf andere Namen entfielen 22 Stimmen:
21 Stimmen auf Frau Abg. Gurr-Hirsch und
eine Stimme auf Frau Abg. Lösch.*

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Herzlichen Glückwunsch! – Weitere Zurufe)

– Danke.

Ungültig war kein Stimmzettel.

Herr Abg. Wilfried Klenk hat also mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten und ist damit gemäß § 4 Absatz 4 der Geschäftsordnung zum Präsidenten des Landtags gewählt.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich frage Sie, Herr Abg. Wilfried Klenk, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an und bedanke mich sehr herzlich für das Vertrauen.

(Beifall im ganzen Haus – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Präsident Wilfried Klenk nimmt Glückwünsche entgegen.)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf nun dem sehr geehrten neuen Herrn Landtagspräsidenten das Wort geben.

Präsident Wilfried Klenk: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Wer mich kennt, der weiß, ich rede nicht drum herum: Die Entscheidung meiner Fraktion, einen Mann für das Amt des frei gewordenen Postens des Landtagspräsidenten zu nominieren, hat in den vergangenen Tagen bis heute teils sehr kritische Reaktionen hervorgerufen. So ist Demokratie. Das gehört dazu, genauso wie Wahlen.

Wesentlich war: Die Kritik ging nicht ins Persönliche. Meine Person wurde von niemandem infrage gestellt. Das habe ich als wohltuend empfunden. Vor allem blieb das Fundament für ein erfolgreiches, nachhaltiges Wirken als Landtagspräsident unversehrt.

Ihr heutiges Votum, liebe Kolleginnen und Kollegen, bestätigt das. Ich danke Ihnen allen von ganzem Herzen für das in mich gesetzte große, auch fraktionsübergreifende Vertrauen. Es wird mir nicht nur Verpflichtung, sondern auch immer wieder Ansporn sein.

An dieser Stelle begrüße ich alle Gäste am heutigen Tag hier in diesem Haus und rufe jedem ein herzliches Willkommen zu. Ganz besonders freue ich mich, dass die früheren Vorgänger im Amt, die Landtagspräsidenten a. D. Erich Schneider und Peter Straub, heute hier sind. Ebenso richte ich einen herzlichen Gruß an meine direkten Vorgänger, an Sie, lieber Willi Stächele, und an den neuen Vorsitzenden der CDU-Fraktion, an Sie, lieber Guido Wolf.

In dieser Legislaturperiode bin ich der dritte Landtagspräsident. Wir alle wissen, wie die Wechsel zustande gekommen sind. Aber ich denke, wir alle spüren auch: Dieses Amt braucht jetzt Kontinuität, damit seine Bedeutung nicht erodiert.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt!)

Mein Bestreben wird deshalb sein, es seiner Bestimmung gemäß mit der gebotenen Neutralität auszuüben. Die vornehmste Pflicht dabei ist natürlich, die Rechte des Parlaments zu wahren, ihnen Geltung zu verschaffen und sie, wenn nötig, entschlossen einzufordern.

Der Ankauf der EnBW-Anteile lehrt – Kollege Wolf hatte das in seiner Antrittsrede auch schon betont –, wie viel Wachsamkeit auch für ein Parlament geboten ist.

Um unsere Glaubwürdigkeit und unser Ansehen zu festigen, müssen wir Abgeordneten uns immer wieder aufs Neue bewusst machen, von wem wir unsere Mandate eigentlich bekommen haben: von den Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben ihr Vertrauen in uns gesetzt und uns gewählt. Ihnen allein sind wir verpflichtet.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Als Landtagspräsident bin ich, wie gesagt, zur Neutralität verpflichtet, doch bin ich selbst nach wie vor auch aktiver Politiker mit Landtagsmandat und Mitglied meiner Fraktion. Es ist mir wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen allen auch in Zukunft auf Augenhöhe zu begegnen. Deshalb spre-

che ich meine ersten Worte als Präsident – eine hergebrachte Tradition durchbrechend – von hier, von unserem Rednerpult aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben seit fast 70 Jahren in einer funktionierenden, lebendigen Demokratie. Mehr noch: Die Demokratie erscheint mir – erfreulicherweise – so stark wie lange nicht mehr. Das Bedürfnis nach Beteiligung wächst. Vor allem bei jungen Menschen erlebe ich ein hohes Maß an politischem Interesse.

Der Parteienwettbewerb ist von der Verfassung gewollt und sollte deshalb als selbstverständlich angesehen werden. Aber nicht die Schärfe, die Lautstärke oder die Polemik unserer Debatten überzeugen die Menschen, sondern der Gehalt unserer Worte und die Wahrhaftigkeit unserer Überzeugungen in der Sache.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Als Sozialpolitiker und vor allem aus meinem langen Berufsleben weiß ich: Menschlich zu sein macht mutig, offen, zupackend, aber auch sensibel. Wir müssen auf die Menschen eingehen. Sie wollen unsere Entscheidungen verstehen, und durch mehr Transparenz können wir allesamt mehr Vertrauen und Sympathie gewinnen.

Besonders vordringlich scheint mir die Aufgabe, Politik zu erklären und die Gestaltungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Gesetzgebung konkret aufzuzeigen.

Lassen Sie uns ungeachtet aller Meinungsunterschiede Politik positiv ins Land tragen – bei jeder Begegnung, bei allen Besuchen, bei allen Besichtigungen, einfach immer. Räumen wir mit dem Vorurteil auf, Politikerinnen und Politiker seien abgehoben. Lassen Sie uns gemeinsam zusätzliche Wege finden, die Arbeit des Parlaments gegenüber der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen.

Eine Voraussetzung dafür ist, zu bedenken: Die Zeiten ändern sich. Doch anständige Umgangsformen sind immer noch modern. Ich appelliere an uns alle: Achten und beachten wir einander.

Fragen wir uns auch: Welche Werte halten unsere Gesellschaft zusammen? Wahrlich, es ist nicht „der Tanz ums goldene Selbst“. Es ist die Gemeinschaft. Bei uns in Baden-Württemberg wird ehrenamtliches Engagement besonders vielfältig und intensiv gelebt. Das macht uns reich. Das ist ein Standortvorteil. Mein Herz schlägt für ein bürgerschaftlich geprägtes Gemeinwesen, das von innen heraus stark und widerstandsfähig ist. Den ehrenamtlich Tätigen im Land zolle ich meinen größten Respekt. Sie werden in mir einen aufmerksamen Beobachter und auch einen Zuhörer für ihre Sorgen und Nöte finden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie sehen: Ich freue mich auf die Herausforderungen meines Amtes, nicht zuletzt auf den in der Geschäftsordnung festgeschriebenen Auftrag, die Landtagsverwaltung zu leiten. Ihm werde ich mich zielorientiert widmen. In meinem Beruf bin ich es seit über drei Jahrzehnten gewohnt, straff, aber mit

(Präsident Wilfried Klenk)

Teamgeist und Kollegialität zu führen und ein breites Spektrum administrativ zu verantworten. Ich habe keine Zweifel: Die Landtagsverwaltung und ich – das „passt“.

Die Bedeutung der Landtagsverwaltung als Dienstleistungseinrichtung – in erster Linie auch für uns Abgeordnete – wächst kontinuierlich weiter. Wir befinden uns in einer wirklichen Erneuerungsphase. Viele Bedienstete sind durch die laufenden Umbaumaßnahmen berührt und leisten im Hintergrund Enormes, um den Parlamentsablauf zu garantieren. – An dieser Stelle gebührt Ihnen, meine Damen und Herren in der Landtagsverwaltung, ein herzlicher Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Unterstreichen möchte ich: Was Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Wolf, mir übergeben, liegt im Plan – zeitlich und finanziell –, entwickelt sich gut oder bewährt sich in der Praxis. Dafür herzlichen Dank.

Dass der Landtag gut dasteht, rührt auch her vom guten Einvernehmen im engeren Landtagspräsidium – sprich von den Anstößern, die Sie, Frau Kollegin Lösch, und Sie, Herr Kollege Drexler, gegeben haben. Dieses gewachsene Miteinander möchte ich selbstverständlich pflegen und fortsetzen. Ich freue mich auf unsere gemeinsame Arbeit.

Das letzte Fünftel dieser Wahlperiode bricht jetzt an. Die politische Auseinandersetzung und der Wettstreit der Parteien werden deshalb naturgemäß prägnanter und temperamentvoller werden. Das muss kein Nachteil sein – sofern wir den Aschermittwoch in diesem Jahr beim 18. Februar und im nächsten Jahr beim 10. Februar belassen.

Verlieren wir bei aller Fokussierung auf den Wahltag 2016 nicht den Blick auf die übergreifenden Entwicklungen in unserem Land, die sich unbeeinflusst vom Zeittakt der Landespolitik vollziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bewusstsein der besonderen Verantwortung, mit Gestaltungsfreude und mit der Bereitschaft, zuzuhören – so möchte ich mein neues Amt dem Parlament und der Bürgerschaft dienend ausüben.

Möge immer ein guter Geist durch die Räume des Landtags und der Landtagsverwaltung wehen. Auf eine gute Zusammenarbeit und einen offenen Umgang miteinander.

Ganz herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Präsident, ich darf Sie jetzt bitten, die Leitung der Sitzung zu übernehmen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch begrüßt Präsident Wilfried Klenk am Präsidiumstisch. – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man küsst sich! – Zuruf von der CDU: Oi, oi!)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, das sind die angenehmen Seiten im Amt des Präsidenten, wenn die Vizepräsidentin mich so begrüßt und ich sie verabschieden darf.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Bedeutung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute für die gute wirtschaftliche Entwicklung im Land – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Rededzeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Dazu sage ich Ihnen gleich: Das werden Sie heute von mir zum ersten und zum letzten Mal hören. Ich glaube, dieses Thema müssen wir anders angehen, um die freie Debatte hier etwas mehr in Schwung zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Für die SPD-Fraktion darf ich das Wort dem Kollegen Storz erteilen. – Bitte schön.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, ich darf Ihnen von dieser Seite aus noch einmal ganz herzlich zu Ihrer Wahl gratulieren. Ich wünsche Ihnen für Ihr Amt eine glückliche Hand und Gottes Segen; und ich wünsche Ihnen, dass Sie mit der notwendigen Weitsicht die Abgeordneten und die Rechte des Parlaments in unserem Land vertreten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den Grünen)

Ich freue mich, dass wir in der ersten Aktuellen Debatte in Ihrer Amtszeit über ein Wirtschaftsthema reden, bei dem wir in besonderer Weise die erfolgreiche Arbeit der grün-roten Landesregierung darstellen können. Ich denke, Sie werden das mit Freude verfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wir reden heute über die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Forschungsinstitute für die gute wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Zwei Zitate des Statistischen Landesamts bilden für mich gleichsam den Rahmen oder das Fundament zu diesem Thema.

So heißt es in der Veröffentlichung des Innovationsindex im Dezember 2014 – ich zitiere –:

Baden-Württemberg ist innerhalb der Europäischen Union die Region mit der höchsten Innovationskraft. In keiner anderen europäischen Region wird ein höherer Anteil der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investiert, nirgendwo ist der Anteil der Erwerbstätigen in forschungsintensiven Industriezweigen höher, und nirgendwo werden ... mehr Patente angemeldet als im Südwesten.

Noch eine zweite Aussage, diesmal aus dem Bericht „Konjunktur Südwest“, der letzte Woche veröffentlicht wurde: Baden-Württembergs Wirtschaftswachstum setzt sich 2015 fort.

(Hans-Peter Storz)

Meine Damen und Herren, diese Zahlen belegen: Mit der SPD an der Regierung schaffen wir die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft der Wirtschaft in unserem Land. Mit uns geht es der Wirtschaft in unserem Land gut.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir belegen diesen Spitzenplatz, weil wir 5,1 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer? Die SPD?)

Allein für die Grundfinanzierung der Institute der Innovationsallianz waren 2014 24,3 Millionen € in den Haushalt eingestellt.

Auf so einer herausragenden Position wollen wir uns aber nicht ausruhen. Wir verteidigen diesen Spitzenplatz und bauen ihn aus. Deshalb sind für 2015 25,3 Millionen € und für 2016 27,2 Millionen € für die Innovationsallianz in den Haushalt eingestellt. Mit diesen Anstrengungen sichern wir die Zukunft der Unternehmen in unserem Land. Die Zahlen zeigen den Erfolg: Die Zahl der Beschäftigten ist so hoch wie nie, und die Zahl der Arbeitslosen ist so gering, dass wir in manchen Landesteilen fast von Vollbeschäftigung sprechen können.

Wir wissen: Die wichtigsten Rohstoffe unseres Landes sind Wissenschaft und Technik, sind Erfindergeist und das Potenzial, aus neuen Erkenntnissen schneller als andere marktreife Produkte zu machen. Dabei kommt den Einrichtungen der wirtschaftsnahen Forschung eine besondere Rolle zu. Sie sorgen dafür, dass Forschungsergebnisse schnell zu neuen Produkten werden, und tragen damit zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei.

Die Institute der Innovationsallianz sind auf Feldern tätig, auf denen sich entscheidet, wohin sich die Technik entwickelt, und ihr Tätigkeitsspektrum ist unwahrscheinlich vielfältig. Es reicht von Produktionstechnologien über Biotechnologie, Raumfahrt, Information und Telekommunikation bis hin etwa zu Leichtbau, Elektromobilität und vielem mehr.

Es sind auch hier Zahlen, die in ihrer Bilanz den Erfolg deutlich machen: 1 200 Beschäftigte arbeiten in den Instituten der Innovationsallianz, und sie setzen jährlich 2 500 Forschungs- und Entwicklungsprojekte für die Industrie um. 45 neue Unternehmen sind aus den Innovationsallianzen in den letzten Jahren ausgegründet worden. 55 % ihrer Projekte werden zusammen mit kleinen und mittleren Unternehmen entwickelt – was besonders wichtig ist, weil diese sich keine eigenen Forschungsabteilungen leisten können. Sie profitieren daher von der Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Innovationsallianz in besonderer Weise.

Einige dieser Einrichtungen habe ich besucht und habe mir in Informationsgesprächen ein Bild von ihrer vielfältigen und innovativen Tätigkeit gemacht. Bei der Hahn-Schickard-Gesellschaft in Villingen-Schwenningen habe ich gelernt, wie ein thermischer Drucksensor funktioniert, der in Klimaanlage eingesetzt wird; beim NMI, dem Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Institut in Reutlingen, konnte ich einen Mik-

rochip sehen, der blinden Menschen eingesetzt wird und durch den sie einen Teil ihrer Sehkraft wiedererlangen. Die einzelnen Institute können unzählige solcher technischen Erfolgsgeschichten erzählen.

Weil dies tatsächlich eine Erfolgsgeschichte ist, gehört die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung zum Kern unserer Technologiepolitik. Eine solide Finanzierung der Institute ist uns wichtig. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei unserem Wirtschaftsminister Nils Schmid bedanken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Ein kurzer Blick in die Vergangenheit: Wie sah es zu Ihrer Regierungszeit aus, meine Damen und Herren von der Opposition?

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Sie haben die Entwicklung der Innovationsallianzen jahrelang sträflich vernachlässigt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Grimms Märchen!)

Sie hatten vor der Wahl einen Innovationsrat eingerichtet, dessen Empfehlungen aber ständig ignoriert. Wir jedoch haben die Vorschläge jetzt umgesetzt und jüngst z. B. den Venture-Capital-Fonds ins Leben gerufen.

Wer Forschung und Entwicklung fördern will, muss langfristige und verlässliche Grundlagen schaffen. Das tun wir. Wir haben die institutionelle Förderung erhöht. Die Betriebskostenzuschüsse des Landes stiegen im Vergleich zu 2010 um mehr als 15 %.

Wir schaffen Planungssicherheit. Im Finanzplan ist eine jährliche Steigerung der Zuschüsse von 3 % vorgesehen. Wir haben seit 2013 eine Festbetragsfinanzierung eingestellt, sodass die Institute selbstständig planen können und Anreize für erfolgreiches Arbeiten erhalten. Wir haben die KMU-Prämie auf 1 Million € verdoppelt. Damit steigen die Anreize zur Kooperation mit den kleinen Unternehmen. Hinzu kommen noch gesonderte Investitionsmittel. So erhält die Hahn-Schickard-Gesellschaft 1,5 Millionen € zusätzlich, um in Freiburg ein neues Institut zu gründen. Das sind beeindruckende Zahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ganz offensichtlich, meine Damen und Herren von der Opposition, sind auch Sie der Meinung, dass unsere Wirtschaftspolitik richtig ist. Liebe Kollegen, Sie stellen sonst immer viele Anträge, doch als es in der Wirtschaftspolitik ernst wurde, bei den Haushaltsberatungen, gab es fast nichts. Das ist aus meiner Sicht ein deutliches Zeichen, dass Sie der Meinung sind, wir machen es gut, und dass Ihnen nichts mehr dazu einfällt.

(Lachen der Abg. Dieter Hillebrand und Dr. Reinhard Löffler CDU)

(Hans-Peter Storz)

All das zeigt: Mit Nils Schmid, unserem Finanz- und Wirtschaftsminister, ist diese Regierung, ist unsere Wirtschaft, ist unser Land auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der SPD dankbar – das kommt nicht häufig vor –;

(Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

ich bin ihr für diese Debatte dankbar, weil sie eine Hommage an Lothar Späth, Erwin Teufel und Günther Oettinger ist,

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo bleibt Mappus?
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Da fehlt Mappus!
– Weitere Zurufe)

Ministerpräsidenten, die wie niemand anders vor ihnen – und nach ihnen sowieso – die Technologie und Forschung in diesem Land vorangetrieben haben, sodass der heutige Finanzminister in Hochglanzbroschüren auf die vielfältige und leistungsstarke wirtschaftsnahe Forschung verweisen kann, ohne dass er dafür je selbst einen Finger krumm machen musste.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sag mal!)

Richtigerweise hätte der Titel der heutigen Debatte lauten müssen: „Kann sich der Schuldenstaat Baden-Württemberg Spitzentechnologie und wirtschaftsnahe Forschung heute noch leisten?“ Das wäre aktuell und gar nicht einmal so falsch. Denn seit dieser Woche ist der Finanzminister der ungekrönte König der Schuldenmacher, zurückgefallen vom vorletzten auf den letzten Platz im bundesweiten Ländervergleich.

Es war Lothar Späth, der 1978 in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, er wolle das Land fit machen für die Zukunft. Auch wenn unser Land eine – so Lothar Späth – „vielseitige und gesunde Wirtschaft“ hat, müssen wir vor allem in Technologie und Forschung investieren.

Er erkannte schon früh, in den Achtzigerjahren, die Bedeutung von Schlüsseltechnologien wie Datenverarbeitung, Radartechnik, Mikroelektronik und optischen Systemen. Das war das Signal für Hochschulen und für die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Wir haben diese heute in einer Vielzahl, wie kein anderes Land sie hat. Der Wohlstand dieses Landes ist auch das Werk von Lothar Späth.

Sein Nachfolger Erwin Teufel hat diese Politik konsequent weitergeführt, und es war Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der vor wenigen Tagen Erwin Teufel den Ehrentitel „Professor“ für seine herausragenden persönlichen Verdienste um Demokratie, Wissenschaft und Forschung verliehen hat.

Der Nächste im Trio, Günther Oettinger, rief einen hochrangig besetzten Innovationsrat ins Leben, um die Position Baden-Württembergs als einen der Innovationsmotoren Deutschlands und Europas dauerhaft zu erhalten und auszubauen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und was hat Mappus dazu gemacht?)

Von den Ergebnissen der Abschlussdokumentation, die diesem Haus nach drei Jahren Arbeit vorgelegt wurde, profitieren wir noch heute. Vergleichbares hat diese Landesregierung bislang nicht zuwege gebracht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Instrumente wie Innovationsgutscheine, Seedfinanzierung, Risikokapitalfonds, Innovationscoaching, „Industry on Campus“-Projekte sind alles Instrumente, die Sie von der CDU-geführten Landesregierung geerbt haben. Sie verwalten sie heute mehr oder weniger schlecht. Der Ministerpräsident schwafelt in den Medien über den „sehr wichtigen Breitbandausbau“ und darüber, dass wir eine digitale Revolution erleben, und lamentiert gleichzeitig:

Die erste Runde haben wir an die USA verloren.

Welch weise Worte:

... wenn wir im IT-Bereich an die Champions League anschließen wollen, ist höchstes Tempo angesagt. Sonst wird das für uns im globalen Wettbewerb sehr bedrohlich.

Es ist nicht falsch, was der Ministerpräsident sagt. Aber wo stehen wir bei zukunftsweisenden Schlüsseltechnologien, in der Mikroelektronik, in der Bio- und Nanotechnologie, in der Photonik, bei neuen Materialien und Werkstoffen? Sind wir dabei, oder sind wir nur Zaungast?

Statt die Weichen richtig zu stellen, stellt das Wirtschaftsministerium ein albernes Animationsfilmchen mit außerirdischen dickköpfigen Männchen ins Netz. Damit beeindruckten Sie allenfalls Bernd das Brot.

(Vereinzelt Heiterkeit)

So wird das nichts mit der neuen grünen Wirtschaftspartei. Das Elektroauto allein wird es nicht richten.

Der Finanzminister sonnt sich darin, dass unser Land in Europa einen Spitzenplatz im Innovationsindex einnimmt und der Anteil der FuE-Ausgaben der Unternehmen in unserem Land höher ist als anderswo. Diese Ausgaben wären noch höher, würden wir die Unternehmen steuerlich und in Bezug auf die Bürokratie entlasten. Bei der Innovation ist es wie mit dem Schnee, der im Frühjahr schmilzt.

Die IHK und das Fraunhofer-Institut Stuttgart haben in einer Studie zur Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen nachgewiesen: Wir liegen in einigen Branchen noch vorn, aber in wichtigen Feldern wie beispielsweise dem Einsatz von Zukunftstechnologien haben wir unsere Spitzenstellung verloren. Ja, schlimmer noch: Wir können den Anschluss in wichtigen Hightechfeldern nicht mehr halten. Die Zahl der Patentanmeldungen der KMUs in unserem Land geht zurück.

Die IHK mahnt eine neue Lernfähigkeit und Kompetenzentwicklung in den Betrieben in unserem Land an. Mit dem Bildungszeitgesetz schaffen Sie das nicht. Denn das, was Sie uns morgen auftischen, hat der alte Arbeiterführer Willy Brandt vor über 40 Jahren mit den Vereinten Nationen verhandelt. Es

(Dr. Reinhard Löffler)

ist so rückständig, wie Ihre Partei alt ist – 150 Jahre –, und das merkt man Ihrer Politik auch an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

*Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft,
denn in ihr gedenke ich zu leben.*

Das hat Albert Einstein gesagt. Aber Einstein war ja nicht SPD-Parteimitglied.

Die Innovationsaktivitäten in unserem Land fokussieren sich auf neue Produkte und Produktqualität. Damit dominieren wir noch immer den Wettbewerb, vor allem in den Sparten Maschinen- und Anlagenbau und in der Automobilindustrie. Da ist noch viel vom schwäbischen Tüftler- und Erfindergeist, aber auch die Gefahr einer technologischen Monokultur vorhanden. Das Internet, neue Kommunikations- und Informationssysteme haben die Märkte und die Vertriebsstrukturen radikal verändert. Wir brauchen neue Organisationskonzepte, permanente Prozessinnovationen und innovative produktbegleitende Dienstleistungen. Die digitale Vernetzung wird helfen. Der horizontale Wissenstransfer, den wir heute in den Clustern haben, muss sich vertikal auf nachgelagerte Wertschöpfungsstufen erstrecken. Das ist die Herausforderung für unsere wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Das Land – davon bin ich überzeugt – schafft das – nur nicht mit dieser Regierung.

Der SPD ein „Vergelt's Gott“ für diese Debatte. Wenn sie auch aktuell nichts beitragen, so dürfen sich die Genossen ihre Hände über einem Feuer wärmen, das sie nicht angezündet, und aus einem Brunnen trinken, den sie nicht gegraben haben. Wer hat's erfunden? Ricola? Nein, Lothar Späth.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort der Kollegin Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein herausragender Wissensstandort mit einer hervorragenden Forschungslandschaft – Universitäten, Hochschulen, die immer wieder ihre Leistungsfähigkeit zeigen und die wir, Grün-Rot, mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag und mit dem neuen Landeshochschulgesetz erfolgreich weiterentwickeln. Baden-Württemberg ist auch ein herausragender Wirtschaftsstandort. Diese beiden Aspekte gehören zusammen.

Wissen ist die wichtigste Ressource, die wir für unsere neuen Entwicklungen haben können. Wissen soll nicht in der Schublade verbleiben, sondern Wissen muss zu den Unternehmen in unserem Land vordringen. Das, was in Bezug auf neue Technologien und neues Wissen in den Unternehmen in unserem Land, die selbst eine sehr große Forschungs- und Entwicklungsleistung erbringen, und in unseren Forschungseinrichtungen passiert, kommt zusammen.

Der Technologietransfer ist also ein Herzstück unserer Innovationspolitik. Wir haben – zu 90 % vom Bund finanziert,

auch mit großer Leistung des Landes – 13 Fraunhofer-Institute im Land, zu sehr innovativen Themen, sowie weitere Fraunhofer-Einrichtungen und natürlich die Institute der Innovationsallianz. Das sind die Institute, die allein vom Land grundfinanziert werden.

Um den Mythen, die unter Umständen hier gestreut wurden, vorzubeugen, halten wir uns an die nackten Zahlen: Im Jahr 2015 liegt die Grundfinanzierung, die das Land an die Institute der Innovationsallianz für ihre Forschungstransferleistungen zahlt, bei 27,3 Millionen €. Im Jahr 2010 – das war der letzte Haushalt, für den diese Seite des Hauses die volle Verantwortung trug – waren es 20 Millionen €. Es gab also einen riesigen Aufwuchs; es gibt also wesentlich mehr neue Möglichkeiten für Technologietransfer in Baden-Württemberg, und zwar durch uns.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Fragen wir uns weiter: Wie war es mit der Technologiepolitik der CDU? Sie wurde vom Kollegen hier in einer großen Eloge auf die Vergangenheit gewürdigt. Aber zum einen geht unsere Innovationspolitik nach vorn und nicht zurück,

(Lachen des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

und zum anderen: Erinnern wir uns einmal an die Akademie für Technikfolgenabschätzung. Einst gegründet von Erwin Teufel, wurde sie dann als überflüssig deklariert und dichtgemacht. Vom Kollegen Wolf wurde eine solche Einrichtung in seiner Antwort auf die Regierungserklärung zum Thema Digitalisierung neu gefordert. Bevor Sie das jetzt in Zweifel ziehen: Plenarprotokoll, Seite 6423. Dort steht die Forderung des Kollegen Wolf. Von Erwin Teufel wurde die Arbeit der Akademie beendet, von Guido Wolf neu gefordert. Das ist, glaube ich, keine verlässliche Technologiepolitik, die die CDU hier liefert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Institute der Innovationsallianz haben in den letzten Jahren sehr viel geleistet und haben einen unheimlich starken Aufschwung beim Thema „Gründungen und Zusammenarbeit mit KMUs“ genommen. Der Kollege Storz hat es gesagt: Wir haben die KMU-Prämie verdoppelt. Diese wird in den Instituten der Innovationsallianz als Anreiz für Forschende genutzt, z. B. für Gründungen. Es ist wirklich sehr gut, dass in den Jahren 2006 bis 2013 aus den Instituten heraus 45 Firmen gegründet wurden.

Eine weitere wichtige Weiterentwicklung, die wir geleistet haben, ist, dass wir von der Fehlbetragsfinanzierung, die wir vorgefunden haben, weggekommen sind. Sie wissen, das hat zu großen Problemen geführt. Die Institute müssen für Investitionen, für ihren Eigenbeitrag zu Investitionen ansparen dürfen. Sie müssen langfristig planen können. Das haben wir erreicht, indem wir die Festbetragsfinanzierung vereinbart und mit den Instituten der Innovationsallianz eine langfristige Finanzierungsvereinbarung getroffen haben, die Planungssicherheit bringt, die Freiraum für Innovationen und damit auch Technologietransfer in die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Andrea Lindlohr)

Den nächsten Schritt haben wir gerade gemeinsam in den Haushaltsberatungen beschlossen – es war ein Antrag der Fraktionen von Grün und Rot –, und zwar die Ausgründung eines neuen Instituts – der Kollege hat es beschrieben – aus der bisherigen Hahn-Schickard-Gesellschaft, dem HSG-IMIT, zum Thema Mikroanalysesysteme. Hier ist eine Startfinanzierung erfolgt, damit ein neues Institut zu einem sehr wichtigen und innovativen Thema erfolgreich arbeiten kann. Es soll innovative Lösungen auf dem Forschungsfeld der Industrie 4.0 erarbeiten, es soll neue technische Lösungen entwickeln und dabei besonders betrachten, inwiefern durch Digitalisierung und Vernetzung die Produktivität und Effizienz in den Produktionsbereichen gesteigert werden kann. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Digitalisierungsstrategie des Landes, ein neues wichtiges Thema, dass unsere Institute der Innovationsallianz damit besetzen werden.

Schon einmal vielen Dank für die Vorleistungen, die die Forschenden hier bereits erbracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir wissen auch um den Beitrag zur ökologischen Modernisierung, die die Institute leisten. Gern erinnere ich an die Einweihung des „Eisbär-Pavillons“ am ITV Denkendorf durch Minister Untersteller. Textilforschung ist heute Hightech. Das beweisen unsere Institute in Denkendorf, die vielfach prämiert sind. Dort wird zum einen eine intelligente Membran entwickelt, die in der Lage ist, Sonnenlicht zu speichern, zum anderen werden günstige Langfristspeicher für Energie langzeit-erprobt. Das ist ein Projekt, das wir vorangebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Digitalisierung bedeutet eine erhebliche Veränderung in der Frage, wie die Unternehmen im Industriebereich im Land produzieren. Sie bringt neue Dienstleistungen mit sich, bei denen es wichtig ist, dass Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort vorn dabei ist. Deswegen haben wir eines der Institute der Innovationsallianz, das Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe, als zentralen Player für die Digitalisierungsstrategie des Landes befunden. Im Zuständigkeitsbereich von Minister Nils Schmid und des Finanz- und Wirtschaftsministeriums liegt nun das FZI zu einem zentralen Player für das Thema „Datensicherheit von KMU“. Sie wissen, das ist ein wichtiger Beitrag, den das Land hier mit einem Service für die KMUs im Bereich Datensicherheit leisten kann. Es wird mit seiner Expertise dafür bereitstehen, dass sich die kleinen und mittleren Unternehmen nicht aus Angst um die Sicherheit ihrer Daten davor scheuen müssen, die Digitalisierung ihrer Produktionsprozesse anzustreben. Das, was wir mit den Instituten der Innovationsallianz, mit dem FZI in Karlsruhe bieten können, trägt dazu bei, dass Datensicherheit für KMUs zu Innovationen und neuen Entwicklungen bei den Industrieunternehmen in unserem Land führt. Auch das ist ein wichtiger Schritt, den wir hier angehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Technologietransfer ist ein spartenübergreifendes Thema. Wir können kurz darauf eingehen, was alles im Bereich des Wissenschaftsministeriums passiert. Auch da sind wir davon weg-gekommen, die Exzellenz, die wir haben, nur zu verwalten. Wir setzen neue Schwerpunkte, die es bei Ihnen überhaupt nicht gab.

Zum einen stärken wir die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in ihrem Forschungsauftrag, der insbesondere für die regionale Wirtschaft wichtig ist. Seit 2012 sind jedes Jahr 8 Millionen € im Haushalt, die die Institute für angewandte Forschung, welche die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausgegründet haben, und ähnliche Technologietransfer-einrichtungen stärken, damit sie ihre Forschungsaufträge gut erledigen können und für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land da sind.

Aber wir haben noch mehr gemacht. Wir haben das Förderprogramm „Junge Innovatoren“ für den Technologietransfer aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen initiiert. Es werden Unternehmensgründungen junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefördert. Das ist ein neues Instrument, wissenschaftnahe Gründungen aus Hochschulen zu befördern – ein wichtiger Schritt.

Die zweite wichtige Säule im Bereich der Hochschulen ist „Industry on Campus“. Dort gibt es längerfristige Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen. Die Finanzierung ist gemischt. Das Land, die Hochschulen – aus Eigenmitteln – und die Unternehmen tragen einen Teil bei. Das führt zu einer intensiven technologischen Zusammenarbeit, bei der sogar Grundlagenforschung mit den Unternehmen zusammen besprochen wird und zu Innovationen führt. Das ist eines der Ergebnisse aufgrund der Empfehlungen des Innovationsrats und der Studie von IAW und McKinsey.

Sie haben Papier mit ordentlichen Ideen gefüllt, aber eben nichts daraus gemacht. Wir haben entwickelt, wie man dies umsetzen kann. „Industry on Campus“ bringt hervorragende Ergebnisse für den Technologietransfer und damit langfristig für unseren Wirtschaftsstandort, und es bringt Arbeitsplätze in Baden-Württemberg – eine sehr gute Initiative.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie sehen, mit unseren Innovationen, die man in allen Feldern denken muss, bei denen man auch immer wieder neue Prozesse dazu in Gang setzen muss, haben wir ein Innovationspotenzial geschaffen, das uns auf lange Sicht wirtschaftlich voranbringen und zu unserem sehr guten Wissens- und Wirtschaftsstandort beitragen wird. Das ist eine gute Arbeit von Grün-Rot.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, inzwischen hat Seine Exzellenz Erzbischof Dr. Simon Ntamwana aus Burundi in Begleitung von Mitgliedern der Kolpingfamilien des Bereichs Mittlerer Neckar und Herrn Pfarrer Kamm im Zuhörerbereich Platz genommen.

Ich heiße Sie sehr herzlich im Landtag willkommen. Es ist begrüßenswert, dass neben unseren Kontakten zu Burundi auf politischer Ebene auch Initiativen wie die der Kolpingfamilien entstehen. Ich freue mich darauf, Sie nachher im Rahmen des Empfangs in der Mittagspause noch persönlich kennenlernen zu dürfen. – Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir setzen die Aktuelle Debatte fort. Das Wort erhält für die FDP/DVP-Fraktion Herr Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ist es auf jeden Fall begrüßenswert, wenn sich der Landtag von Baden-Württemberg mit dem Thema Innovationspolitik auseinandersetzt. Die Innovation als zentrale Triebfeder des Fortschritts ist im Grunde so etwas wie die Voraussetzung für den Erhalt und den Ausbau des Wohlstands im Land Baden-Württemberg.

Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten gesehen, dass die Wertschöpfung in Baden-Württemberg in unserer im Wesentlichen exportgestützten Wirtschaft von der Innovationskraft der Unternehmen abhängt. Wir haben festgestellt, dass insbesondere die Großindustrie in unserem Land den Know-how-Transfer zu den Universitäten und den Forschungseinrichtungen recht gut nutzt. Der Bereich, in dem wir zu unserer Regierungszeit Nachholbedarf hatten, war der Know-how-Transfer zwischen Mittelstand und Forschung, aber Sie haben in Ihrer Regierungszeit immer noch denselben Nachholbedarf. Hier anzusetzen ist eine wichtige Aufgabe, eine zentrale Herausforderung der Landespolitik.

Herr Storz, Sie waren vor der Wahl 2011 noch nicht im Landtag von Baden-Württemberg; das hat man bei Ihrer Rede am heutigen Tag gemerkt. Das, was Sie alles für die SPD in Anspruch genommen haben, waren im Wesentlichen fremde Federn.

(Abg. Martin Rivoir SPD: War alles richtig!)

Kollege Löffler hat es ausgeführt: Das meiste davon haben Sie übernommen. Sie haben auch die Anstrengungen der alten Landesregierung unterschlagen, beispielsweise die Innovationsoffensive des Jahres 2008. Es ist richtig, dass diese Innovationsoffensive für die Zeit bis zum Jahr 2015 angelegt war. Aber sie wurde eben im Jahr 2008 auf den Weg gebracht und dann bis zum Ende unserer Regierungszeit Jahr für Jahr umgesetzt, auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da lachen ja die Hühner!)

76 Millionen € für die neuen größeren Vorhaben bei Fraunhofer, 41 Millionen € für zehn Vorhaben bei den Instituten der Innovationsallianz waren bereits Beschlüsse im Ergebnis des Innovationsrats aus dem Jahr 2008.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Hans-Peter Storz SPD)

Auch den Innovationsrat haben nicht etwa Sie eingesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Keine Ahnung!)

Der Gipfel, Herr Storz, ist, wenn Sie die 5,1 % Investitionen in Forschung und Entwicklung auch noch auf das Konto der SPD schreiben wollen. Mehr als 80 % dieser Investitionen werden von der Wirtschaft erbracht – das war während unserer Regierungszeit nicht anders –, im Wesentlichen von der Großindustrie. Nun zu erklären, die SPD habe es zu verantworten, dass in Baden-Württemberg 5,1 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben würden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich!)

ist schon ziemlich starker Tobak, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Durch das Vertrauen in die Regierung! – Zuruf des Abg. Hans-Peter Storz SPD)

– Das Vertrauen in die Regierung: Nun, dieses Vertrauen gab es auch in die alte Landesregierung, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sind doch abgewählt worden! Was heißt da Vertrauen?)

Denn die Zahlen waren mit Sicherheit ähnlich. Die Innovationsinitiative wurde auf den Weg gebracht, und zwar so, dass die im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel für die Grundfinanzierung ähnlich hoch waren.

Sie haben jetzt die Entwicklung im Haushalt durchaus korrekt beschrieben. Diese Entwicklung gibt her, dass die Ausgaben für die Innovationspolitik um etwa 5 % im Jahr wachsen. Das ist aber nicht überdurchschnittlich, denn das Volumen Ihres Haushalts wächst ebenfalls um etwa 5 % im Jahr.

In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass der Kollege Schmid wieder einmal deutscher Meister im Schuldenmachen ist. Einerseits deutscher Meister im Schuldenmachen zu werden und andererseits für eine solche Aufgabe wie die Innovationspolitik nur in durchschnittlichem Maß Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, das ist keine reife Leistung, meine Damen und Herren. Das ist ganz klar.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Der Ministerpräsident erklärt nun, Digitalisierung und Ausbau der Breitbandinfrastruktur seien zentrale Herausforderungen der Landespolitik. Dann schauen Sie einmal, meine Damen und Herren, was Sie in Ihrem Landeshaushalt für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zur Verfügung stellen, und vergleichen Sie das mit dem, was dafür im bayerischen Staatshaushalt zur Verfügung steht. Dann behaupten Sie hier nicht mehr,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie seien die großen Breitbandausbauer.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Peter Storz SPD)

Im Übrigen tun Sie angesichts dieser Herausforderung zu wenig. Wir haben im Jahr 2013 als Ergebnis einer Großen Anfrage eine ganze Reihe von Forderungen erhoben. Diese hätte man umsetzen sollen. Ich darf aus der Drucksache 15/2911 zitieren – Herr Präsident, ich darf Sie zum ersten Mal in Ihrer Amtszeit um Ihre Genehmigung für ein Zitat bitten –:

... die Institute der Innovationsallianz insofern mit den Einrichtungen der großen Forschungseinrichtungen (der Helmholtz-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft) gleich zu behandeln, als den Instituten der Innovationsallianz bei der institutionellen Förderung dauerhaft eine vergleichbare Entwicklung gewährleistet wird, wie den Bund-Länder-finanzierten Forschungseinrichtungen durch den Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation garantiert ist; ...

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

– Also eine Gleichstellung der Innovationsallianz mit den großen Forschungseinrichtungen. Dieses Ersuchen wurde mit den Stimmen der grün-roten Regierungsmehrheit im Juni 2013 abgelehnt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

So sieht Ihre Innovationsförderung aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Ergebnisse sind auch entsprechend. Man muss mehr tun. So sagt auch Professor Hugo Hämmerle, Direktor des NMI und Sprecher der Innovationsallianz – ich darf mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, zum zweiten Mal zitieren –:

Sorgen bereitet jedoch die nachlassende Dynamik; derzeit leben wir von der Substanz.

Da können Sie sich einmal fragen, woher die Substanz kommt. Die drei Jahre Ihrer Regierungszeit sind bestimmt nicht die Substanz, von der Professor Hämmerle spricht:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Existenzgründungen befinden sich seit geraumer Zeit auf dem Tiefststand, Patentanmeldungen von kleinen und mittleren Unternehmen sinken,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

und der Kommerzialisierungsgrad von Forschungsergebnissen ist zu gering.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Hier müsse gegengesteuert werden, sonst werde das Land bald von anderen Regionen eingeholt, ...

Ein Lob sieht anders aus, meine Damen und Herren. Es ist völlig richtig, dieses Thema hier im Landtag aufzugreifen, aber sich auf die Schultern zu klopfen, dafür haben Sie wahrlich keinen Anlass.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb bleiben unsere Forderungen unverändert bestehen. Wenn Sie etwas für die Innovationspolitik im Land Baden-Württemberg tun wollen, dann setzen Sie diese Forderungen bitte um:

Wir fordern erstens eine Innovationsberichterstattung und zweitens die Wiedereinsetzung eines Innovationsrats. Es gibt genügend Leute aus der Wissenschaft und der Wirtschaft – Hochkaräter aus dem Land Baden-Württemberg –, die dazu bereit wären.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir fordern drittens eine Aufstockung des Programms „Junge Innovatoren“. Frau Kollegin Lindlohr, es reicht nicht, dieses Programm zu loben. Man muss es aufstocken.

Viertens fordern wir den Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung. Dafür tun Sie auch nichts. Es sind keine entsprechenden Initiativen bekannt. Sie müssen auch für die Mobilisierung von Risikokapital für junge Unternehmen mehr tun.

Sie sehen also: Das ist ein breites Feld. Arbeit liegt vor Ihnen, Selbstlob ist fehl am Platz.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuellen Zahlen sprechen eine klare Sprache. Die Industrie meldet 3,3 % mehr Umsatz für 2014. Das heißt, das industrielle Herz Deutschlands schlägt kräftiger als je zuvor.

Der Exportmotor läuft rund. Mit einem Ausfuhrergebnis von 182 Milliarden € gibt es einen neuen Rekord, und das ist eine tolle Leistung der Unternehmen und der Beschäftigten in unserem Land.

Auch der Arbeitsmarkt ist im Aufwind. Wir verzeichnen bei den Erwerbstätigenzahlen eine Rekordbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote ist nur noch in Bayern niedriger, und nirgendwo in Deutschland ist die Jugendarbeitslosigkeit geringer als bei uns.

Dies zeigt an: Baden-Württemberg ist in Topform.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir stehen deshalb besonders gut da, weil die Unternehmen in unserem Land – das fängt beim Weltkonzern an und reicht bis hin zum kleinen mittelständischen Betrieb – eines verbindet: ihre Innovationskraft. 5,1 % unseres Bruttoinlandsprodukts fließen in Forschung und Entwicklung – natürlich zu einem Großteil durch Ausgaben der Unternehmen selbst.

Aber ich kann festhalten: Nachdem auf Bundesebene sogar ein leichtes Nachlassen dieser Dynamik festgestellt worden ist, steht für Baden-Württemberg fest: Wir schaffen das europäische 3-%-Ziel sozusagen mit links. Baden-Württemberg ist damit unverändert die innovativste Region Europas.

Dafür gibt es vor allem einen guten Grund: Bei uns greifen Forschung, Industrie und Dienstleistung perfekt ineinander. Baden-Württemberg ist eben immer einen Tick schneller, einen Tick innovativer, einen Tick besser als die anderen, weil hier gerade dieses ausgedehnte Netzwerk von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten besteht. Dieses Erfolgsmodell macht diese Topleistung der baden-württembergischen Wirtschaft möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute sind neben dem hervorragenden Netzwerk der Steinbeis-Stiftung der starke Partner für kleine und mittlere Unternehmen rund um das Thema „Entwicklung und Anwendung“. Über 30 Einrichtungen der Innovationsallianz Baden-Württemberg, die Fraunhofer-Gesellschaft, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt: Dies zusammen bildet eine einzigartige Forschungsinfrastruktur.

(Minister Dr. Nils Schmid)

atur. Übrigens hat Baden-Württemberg auch den höchsten Anteil an Fraunhofer-Instituten in der ganzen Bundesrepublik. Dieser einzigartigen Forschungsinfrastruktur verdanken wir die Erfolgsgeschichte unseres Landes.

Natürlich geht es darum, anzuerkennen, was Vorgängerregierungen geleistet haben. Aber entscheidend ist doch, dass wir dafür gesorgt haben, dass diese Erfolgsgeschichte fortgeschrieben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist doch das Mindeste!)

So haben wir z. B. die längst überfällige Verbesserung der Grundfinanzierung durchgesetzt. Unser Pakt für die Innovationsallianz gibt den Instituten der Innovationsallianz Baden-Württemberg Planungssicherheit bis 2019 – dank des Aufwuchses der Förderung und dank der Möglichkeit, Rücklagen zu bilden. Gerade Herr Professor Hämmerle vom NMI und die anderen Leiter dieser Institute sind uns, dieser Landesregierung, dankbar, dass wir eine Festbetragsfinanzierung eingeführt

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

und diese Finanzierung für die Zukunft gesichert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das bedeutet eben – Frau Lindlohr hat schon darauf hingewiesen –, dass 2015 25,3 Millionen € in die Grundfinanzierung dieser Institute fließen – 25 % mehr als im Jahr 2010.

Auch bei den Fraunhofer-Instituten arbeiten wir zum einen das ab, was die Vorgängerregierung an Investitionen angeschoben hat; das wird unverändert durchgezogen. Aber um die Fraunhofer-Institute im Land zu stärken, hat diese Landesregierung zum anderen bereits 2012 auf der Grundlage einer Verabredung von mir und dem damaligen Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, Bullinger, neue Sonderinvestitionen beschlossen.

Die geplanten Maßnahmen haben ein Gesamtvolumen von 127 Millionen €, und hinzu kommen, wie immer, weitere Mittel vom Bund.

Unter dem Strich können wir feststellen, dass wir in dieser Legislaturperiode die wirtschaftsnahe Forschung des Landes mit insgesamt 354 Millionen € fördern und unterstützen. Das ist deutlich mehr als in der vergangenen Legislaturperiode. Sie von CDU und FDP/DVP haben zwischen 2006 und 2011 etwas über 200 Millionen € zur Verfügung gestellt. Wir haben diese Mittel fast verdoppelt. Das ist eine reife Leistung dieser Regierung für Forschung und Entwicklung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dass wir dies trotz Konsolidierungsnotwendigkeiten durchsetzen konnten, verdanken wir auch ganz besonders der Unterstützung des Landtags. Ich möchte mich deshalb auch bei Ihnen noch einmal dafür bedanken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir philosophieren nicht einfach über Innovation, wir bereiten ihr den Weg. Das heißt, dass wir in der Projektförderung auch auf Zukunftsthe-

men setzen – übrigens Zukunftsthemen, die der Innovationsrat der Vorgängerregierung vorgezeichnet hat. Das Elend ist nicht, dass wir jetzt keinen Innovationsrat hätten. Das Elend ist, dass Sie die Empfehlungen des Innovationsrats nicht umgesetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

Ich treffe in Wirtschaft und Wissenschaft immer wieder Vertreter, Mitglieder dieses früheren Innovationsrats, die dankbar sind, dass wir die Impulse aus diesem Innovationsrat ernst nehmen, dass wir beispielsweise Ernst gemacht haben mit der Einrichtung eines Venture-Capital-Fonds, dass wir Ernst gemacht haben mit einer Fokussierung der Innovationsförderung auf die vier Großbereiche, die der Innovationsrat schon vorgeschlagen hatte, und dass wir vor allem Ernst machen mit dem Thema Digitalisierung – zu dem ich noch ein paar Worte sagen will, denn ich glaube, dass wir gerade an diesem Beispiel sehen, dass wir das, was Innovation in Baden-Württemberg ausmacht, mit den Mitteln der Landesregierung sehr gut unterstützen können.

Eines ist klar: Die Chancen der Digitalisierung sollen alle Unternehmen nutzen können, gerade auch die Mittelständler in Baden-Württemberg. Eine große Frage, die mich dabei umtreibt, ist die Frage der Datensicherheit. Deswegen werden wir das FZI in Karlsruhe zu dem Zentrum für IT-Sicherheit in Baden-Württemberg mit 500 000 € zusätzlich pro Jahr weiterentwickeln. Außerdem entsteht – ebenfalls am FZI – mit dem „House of IT“ ein Projekt, das den Wissenstransfer im Bereich der Digitalisierung effizienter möglich macht und das wir mit rund 5 Millionen € unterstützen.

Zum Thema Breitbandausbau will ich noch eines sagen: Dass ausgerechnet diejenigen, die jahrelang das Thema verschlafen haben und allenfalls Sondermittel aus Konjunkturprogrammen dafür vorgesehen haben, dieser Landesregierung Vorhaltungen machen, obwohl wir für die Haushaltsjahre 2015/2016 die Mittel für den Breitbandausbau verdreifacht haben, halte ich schon für ziemlich aberwitzig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir treiben den Breitbandausbau voran. Wir messen uns da nicht mit Bayern. Es gibt überhaupt keinen Grund, uns mit Bayern zu messen; denn Bayern hängt hinterher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir sind mit dem Breitbandausbau schon weiter bei der Durchdringung in der Fläche des Landes. Wir haben schon bessere Übertragungsraten, höhere Versorgungsgrade als Bayern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Weil wir die Voraussetzungen geschaffen haben!)

Dass Bayern jetzt so viel investieren muss, hat damit zu tun, dass dies dort jahrelang versäumt wurde und dass Bayern natürlich eine viel größere Fläche hat. Das gestehe ich den bayerischen Kollegen auch zu. Die Ausdehnung des Landes Bayern ist nun einmal annähernd doppelt so groß wie die Fläche Baden-Württembergs.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Insofern verstehe ich auch den Kollegen Söder, dass er richtig Geld in die Hand nimmt. Wir freuen uns, wenn die Bayern das genauso sehen wie wir und den Breitbandausbau ebenfalls zu einem wichtigen Thema machen.

Weitere Förderschwerpunkte, die wir in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben, sind die Elektromobilität und der Leichtbau.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war aber schon bei uns!)

Das sind Themen, die für unsere Kernbranchen absolut entscheidend sind. Deshalb fördern wir beispielsweise die Entwicklung neuer Baustoffe, die Autos und Maschinen gleichermaßen effizienter machen. Deshalb unterstützen wir auch die Entwicklung neuer Speichertechnologien und autonomer Fahrsysteme. Denn das sind die Grundlagen der Mobilität von morgen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen an diesen Beispielen: Wir wollen, dass gerade diese wirtschaftsnahen Forschungsinstitute weiterhin starke Partner unseres Mittelstands sind. Deshalb die Erhöhung der KMU-Prämie, deshalb bei all diesen Programmen auch ein Fokus auf den Mittelstand, und deshalb die sehr erfolgreichen Abstimmungen zwischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in meinem Haus.

Ich höre immer wieder, es sei schlimm, dass es kein eigenständiges Wirtschaftsministerium gibt. Was ich im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung gemacht habe, beweist jedoch gerade, dass die Durchschlagskraft des Wirtschaftsministeriums dadurch vervielfacht wurde, dass die Haushaltsabteilung jetzt im gleichen Haus ist.

Nur deshalb konnten wir die Mittel für die wirtschaftsnahe Forschung so enorm hochfahren. Nur deshalb konnten wir den Venture-Capital-Fonds, den Sie haben liegen lassen, endlich umsetzen. Nur deshalb haben wir bei der Erbschaftsteuer eine abgestimmte Position zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium in diesem Land, die ausdrücklich beschäftigungs- und unternehmensfreundlich ist. Denn wir wissen um die Bedeutung der Erbschaftsteuer für die familiengeführten mittelständischen Unternehmen in diesem Land. Das zeigt doch: Es ist richtig, dass wir in die wirtschaftsnahe Forschung investiert haben. Es ist gut, dass die Landesregierung gerade bei diesen Wirtschafts- und Finanzthemen im Sinne des Mittelstands, im Sinne der Beschäftigten in Baden-Württemberg mit einer starken Stimme spricht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das gilt gerade für ein solch zentrales steuer- wie auch wirtschaftspolitisches Thema wie die steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Ich bin der Erste, der dafür ist, dies einzuführen. Es waren gerade CDU und FDP, die es in ihrer Legislaturperiode nicht hinbekommen haben, dies zu beschließen. In Ihrer Regierungszeit in Berlin sind Sie daran gescheitert.

Wir haben es im ersten Anlauf, bei den Koalitionsverhandlungen, nicht geschafft – das räume ich ein –, aber das Thema bleibt auf der Agenda. Denn wenn man etwas für Wagniskapital, für Start-ups, gerade in den technologieintensiven Bereichen, in Deutschland und Baden-Württemberg tun will,

dann ist das erste Mittel der Wahl diese steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen und bin zuversichtlich, dass wir noch in dieser Legislaturperiode im Bund vorankommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zum Glück kommt es dann auf die FDP nicht mehr an. Ich glaube, mit der Union werden wir im Bund dieses Thema vorbringen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum haben Sie es dann nicht im Koalitionsvertrag? Weil Sie es selbst nicht hinbekommen!)

– Nein, nein. Das kann ich Ihnen sagen: Weil es ein Finanztableau gab, in dem es leider in der „Nacht der langen Messer“ von Herrn Schäuble herausgestrichen worden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Seien Sie einmal ruhig, Herr Rülke. Sie hatten vier Jahre Zeit; Sie haben es nicht hinbekommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie auch nicht! Gar nichts haben Sie hingekriegt!)

Ich wette, wir werden mehr für Existenzgründungen und Forschung und Entwicklung in Deutschland tun als Sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Warten Sie einmal ab. Da bin ich ganz zuversichtlich. Es zählt immer noch die Bilanz, und die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Herr Dr. Rülke, Sie können so viel hereinbrüllen, wie Sie wollen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Wir haben die Mittel für die wirtschaftsnahe Forschung in Baden-Württemberg in einer Legislaturperiode um 150 Millionen € im Vergleich zu Ihrem FDP-Wirtschaftsminister erhöht. Damit ist es bewiesen: Wir sind bei diesem Thema die Partner des Mittelstands.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde erteile ich für die SPD-Fraktion dem Kollegen Storz das Wort.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Kollegen Löffler und Rülke, bei Ihren Ausführungen hatte ich das Gefühl, als bliebe Ihnen nichts mehr übrig, als in den Geschichtsbüchern herumzukramen und am Ende resigniert festzustellen: Wir hatten auch einmal eine gute Zeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben wir festgestellt!)

Schauen wir uns das Ende Ihrer Regierungszeit einmal an. Herr Schmiedel hat mich darauf hingewiesen: Es gab eine Veranstaltung im Hotel Maritim hier in Stuttgart, ein Forum der

(Hans-Peter Storz)

„Stuttgarter Zeitung“, wo Herr Fehrenbach von Bosch Ihren damaligen Ministerpräsidenten Mappus abgewatscht und deutlich gemacht hat, dass dieser sämtliche Empfehlungen des Innovationsrats ignoriert und nicht umgesetzt hat.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aha!)

Ein Innovationsrat nützt gar nichts, Herr Rülke, wenn man sich das Ganze nicht anhört.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Also, Herr Löffler: Von dem Feuer, das Sie beschrieben haben, war am Schluss nur ein glimmender Rest übrig. Unser Wirtschafts- und Finanzminister hat es geschafft, daraus wieder ein loderndes Feuer zu entfachen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Storz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rülke?

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Ja, bitte.

Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Storz, waren die sogenannten Seedfonds auch ein Vorschlag des Innovationsrats, den die alte Landesregierung nicht umgesetzt hat?

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Da würde ich doch einmal im Lexikon nachsehen, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! Das würde ich Ihnen empfehlen!)

Herr Löffler, ich sage nicht, dass Sie alles falsch gemacht haben. Aber was hindert uns daran, es wesentlich besser zu machen als Sie?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann tun Sie es doch!)

Weil Sie unsere gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik angekreidet haben, zum Schluss noch ein paar Dinge, die die Erfolgsbilanz unseres Finanz- und Wirtschaftsministers deutlich machen: In fünf Jahren drei Mal Nullneuerschuldung und AAA bei allen Ratingagenturen. Der Minister ist präsent bei den Unternehmen, unterwegs im Ausland bei den Wirtschaftsdelegationsreisen und spitze bei der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Ich denke, das kann sich sehen lassen –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

eine tolle Bilanz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident! Gegen die Legende von der soliden Grundfinanzierung und Festfinan-

zierung sind die Märchen der Brüder Grimm ein Beitrag zur Grundlagenforschung.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie müssten eigentlich nur einmal einen Blick in die Denkschriften des Rechnungshofs werfen und die Kritik des Rechnungshofs an Ihrer Finanzierungspolitik ein bisschen auf sich wirken lassen. Ich zitiere aus der Denkschrift des Rechnungshofs, Drucksachen 15/3800 und 15/3811:

Die Förderung der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen ist ein wichtiger Beitrag zur Mittelstandsforschung.

Das ist korrekt. Aber jetzt kommt es:

Dies rechtfertigt aber nicht, Fördergrundsätze außer Acht zu lassen. ... Allgemeiner Liquiditätsbedarf ... ist kein Fördermaßstab.

Die Mittel sind also zurückzufordern.

Außerdem wurde Kritik an der Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen geübt. Drucksache 14/5315: Da wird vom Rechnungshof vorgetragen, dass Sie hier einen völlig fehlenden Zusammenhang zwischen den Vertragsforschungseinrichtungen finanzieren. Das Geld – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Lindlohr?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein, jetzt nicht. Lassen Sie mich dies ausführen. Sie hat gleich die Gelegenheit, zu reden.

In Drucksache 14/4715 wird der fehlende Zusammenhang zwischen den Vertragsforschungseinrichtungen bemängelt. Sie geben Geld aus, aber das Ganze hat keinen Sinn.

In der Tat, Herr Storz: Wir hatten eine gute Zeit. Warten Sie ab; haben Sie noch ein paar Monate Geduld. Dann kommt wieder eine gute Zeit. Diese Geduld müssen Sie aufbringen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ja, wenn er so drängelt.

(Abg. Hans-Peter Storz SPD: In der CDU dürfen die Frauen halt nichts sagen! – Weitere Zurufe)

– Frau Lindlohr darf ja gleich reden. Sie muss dies nicht jetzt tun.

Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Vielen Dank. – Herr Kollege Löffler, ich stelle fest, Sie orientieren sich bei Ihrem Ansatz an der Denkschrift des Rechnungshofs. Was halten Sie von der Aussage von Professor Hämmerle vom NMI, den ich letzte Woche in Reutlingen besucht habe? Er hat die Erhöhung der Grundfinanzierung, die Planungssicherheit und die Mög-

(Claus Schmiedel)

lichkeit, durch die Festfinanzierung Rücklagen zu bilden, als einen Meilenstein in der Entwicklung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute begrüßt. Dies sei früher nie möglich gewesen und eröffne ihnen nun neue Handlungsspielräume, um die Innovationen nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Schmiedel, ich war bei Ihren persönlichen Gesprächen nicht anwesend. Ich habe auch Verständnis dafür, dass solche Finanzierungen für die Forschungsinstitute wichtig sind.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aha!)

Nur müssen sie aber auch in Einklang stehen mit unseren Richtlinien, mit dem, was wir in diesem Haus beschlossen haben, und mit dem, was der Rechnungshof überprüft. Ich glaube, so viel Kompetenz müssen wir dem Rechnungshof eigentlich zugestehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wollen Sie das zurückdrehen? Wollen Sie das wieder ändern?)

– Wir müssen das tun, was der Rechnungshof für richtig hält. An diese Richtlinien sollten wir uns halten.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wir haben doch einstimmig abgestimmt im Ausschuss! Die CDU hat mitgestimmt! Sie müssten einen Änderungsantrag stellen! Sie haben ja abgestimmt!)

– Diese Kritik des Rechnungshofs ist nun einmal da. Wir können sie nicht einfach ignorieren, sonst brauchen wir dieses Institut nicht mehr.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Dann müssen Sie einen anderen Antrag stellen!)

Liebe Kollegen, es kommen wieder bessere Zeiten. Herr Storz, ich freue mich darauf.

(Abg. Hans-Peter Storz SPD: Wir hoffen auch darauf!)

– Sie hoffen auch darauf. Lasst uns gemeinsam hoffen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wirtschaftsminister, Sie haben eine zutreffende Beschreibung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Land geliefert: gestiegene Umsätze, Ausfuhrrekord, hohe Beschäftigung – die besten Zahlen gleich nach Bayern, wie Sie gesagt haben; aktuell, im Januar 2015, sogar besser als Bayern. Damit können wir außerordentlich zufrieden sein.

Im Wesentlichen ist dies aber – darauf lege ich großen Wert – die Leistung der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der qualifizierten Beschäftigten in diesem Land, die Leistung

der größeren Unternehmen und des Mittelstands. Es ist hauptsächlich deren Leistung und nicht die Leistung der Landesregierung.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Klar ist aber, dass die Landesregierung, dass die Politik, egal, wer regiert, die entsprechenden Voraussetzungen schaffen muss. Herr Minister, ich bin schon dankbar, dass Sie im Unterschied zum Kollegen Storz, der den Eindruck vermittelt hat, Sie hätten diese Einrichtungen und diese Form der Innovationsförderung erfunden, nun wenigstens einräumen, dies übernommen zu haben. Sie schreiben sich die große Leistung zu, dies nun alles so weiterzuführen. Wenn Sie schon damit zufrieden sind, diese Errungenschaften des Landes Baden-Württemberg nicht kaputt gemacht zu haben, dann lässt das tief blicken, meine Damen und Herren.

Was die Vorschläge des Innovationsrats anlangt, so ist es eben völlig falsch, die Behauptung aufzustellen, der Innovationsrat habe der alten Landesregierung Vorschläge gemacht, und die alte Landesregierung habe nichts davon umgesetzt. Herr Kollege Storz, wenn Sie dies behaupten, dann reden Sie wie der Blinde von der Farbe. Man hat vorhin gemerkt, dass Sie sich von Ihrem Fraktionsvorsitzenden irgendetwas haben ein-soufflieren lassen. Als dann eine Zwischenfrage kam, waren Sie völlig blank.

Die Seedfonds sind ein Beispiel dafür, dass das umgesetzt wurde, was im Innovationsrat vorgeschlagen wurde.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Fehrenbach hat damals kritisiert, dass nicht alles umgesetzt worden ist. Es ist richtig, dass wir nicht alles von dem umgesetzt haben, was der Innovationsrat vorgeschlagen hat. Sie setzen aber auch nicht alles um.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch!)

– Nein, Sie setzen nicht alles um. – Jetzt haben Sie die Gelegenheit, alles umzusetzen, was der Innovationsrat vorschlägt. Ich habe Ihnen vorhin die fünf Punkte vorgetragen. Sie haben genügend Handlungsbedarf. Den Eindruck zu erwecken, die alte Landesregierung habe nichts umgesetzt und Sie würden jetzt alles umsetzen, ist nun wirklich an den Haaren herbeigezogen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Grottenfalsch!)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Was will die Landesregierung aus der professionell und effizient arbeitenden Bewährungshilfe mit ihren Hunderten Ehrenamtlern machen? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt.

(Präsident Wilfried Klenk)

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Wem darf ich für die Fraktion der FDP/DVP das Wort erteilen? – Herr Abg. Professor Dr. Goll, bitte schön.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr – neuer – Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Moment nehmen wir wahr, dass hinter den Kulissen der Regierung und der sie tragenden Fraktionen intensiv über die Frage diskutiert wird, ob man die Übertragung der Bewährungshilfe im Land auf einen freien Träger wieder zurücknehmen soll.

An diesen Diskussionen können wir leider nicht teilnehmen. Deswegen wählen wir hier diesen Weg, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und über die jetzige Situation zu reden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht einfacher!
Wenn man das will, geht es einfacher! – Abg. Sascha Binder SPD: Wir reden mit jedem!)

– Jetzt haben wir Gelegenheit dazu, genau. – Ich möchte eines noch vorwegschicken: Es geht nicht um irgendwelche ideologischen Abgrenzungsfeste. Mir geht es eigentlich um etwas ganz anderes. Da die Wurzeln des Geschehens über zehn Jahre zurückliegen, bin ich fast sicher, dass viele Mitglieder dieses Gremiums nicht wissen, nicht wissen können, wie die Situation damals war und warum wir dies mit der alten Landesregierung gemacht haben. Nur wenn man das weiß, kann man, wie ich meine, jetzt zu einem richtigen Urteil kommen.

Ich kann Ihnen den Zustand der Bewährungshilfe im Land, wie er vor über zehn Jahren, vor zwölf, 13 Jahren, ausgesehen hat, schildern. Er war äußerst reformbedürftig. Zwischen Kiel und Konstanz wusste man, dass die Bewährungshilfe reformiert werden musste. Dies war klar. Man hat nur nach Wegen gesucht, wie man sie reformiert.

Warum war sie reformbedürftig? Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter waren ein versprengtes Häuflein an den Landgerichten. Niemand hat sich um sie gekümmert. Die Präsidenten waren dazu nur bedingt in der Lage, weil es hier um eine andere Fachlichkeit der Juristen ging. Im Grunde hat man sie ihrem Schicksal überlassen, was für sie natürlich auch positive Seiten hatte. Organisatorisch war das Ganze aber abenteuerlich. Es gab keine Standards, keine Transparenz, keine Supervisionen, keine Fortbildungen. Es wurde über die hohe Arbeitsbelastung geklagt. Wir wussten nicht, wie die Fälle jeweils beschaffen waren, weil es keine Transparenz und keine ausreichende Dokumentation gab.

Als ich gefragt habe, ob es nicht möglich wäre, für die leichteren Fälle ein paar ehrenamtlich Tätige einzubeziehen, bin ich auf glatte Ablehnung gestoßen. Hierüber war absolut keine Gesprächsbereitschaft vorhanden. Wir waren daher ein bisschen ratlos. Unser erster Versuch, bei den Landgerichten auch nur eine Person zu installieren, die uns als Ansprechpartner, sozusagen als eine Art Primus inter Pares, zur Verfügung steht, stieß dermaßen auf Gegenwehr, dass wir damals wirklich nicht wussten, wie das Problem gelöst werden könnte.

Es gibt aber nun manchmal auch Zufälle: In diesem Moment haben wir ein anderes Modell entdeckt; man muss es schon

so sagen. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit Österreich, weil die österreichische Justiz etwa so groß ist wie die baden-württembergische. Da haben wir uns über viele Themen im Bereich der EDV-Organisation ausgetauscht und haben auf einmal festgestellt, dass die Österreicher seit 50, 60 Jahren ein bestens funktionierendes Modell in freier Trägerschaft hatten mit allen Merkmalen, die wir wollten: Qualitätsstandards, Transparenz, Fortbildung, Supervision und vor allem einer erheblichen Beteiligung von ehrenamtlich Tätigen.

Da ist die Idee entstanden, diese Tätigkeit auszuschreiben. Das fand ich weder neu noch revolutionär; denn sicherlich 80 bis 90 % der Sozialarbeit finden bei uns im Land in freier Trägerschaft statt. Das ist eigentlich ganz normal, und die Sozialarbeiter selbst haben auch immer betont, sie seien nicht nur der verlängerte Arm des Staates.

Wir haben die Sache ausgeschrieben, und NEUSTART, ein deutscher Ableger von NEUSTART in Österreich, hat den Zuschlag bekommen. Das waren heiße Auseinandersetzungen. Da ging es im Internet gegenüber den Österreichern ziemlich wüst zu. Ich habe auch sehr viele sehr böse Briefe bekommen – übrigens auch der Art, dass ich mich manchmal gefragt habe, ob Menschen anderen Menschen Grenzen vermitteln können, wenn sie selbst keine Grenzen kennen, wenn sie sich im Internet über Österreicher äußern

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

oder mir Briefe schreiben. Das war teilweise schon erschreckend. Es wurde prophezeit, dass wir keine Ehrenamtlichen finden würden. Die ersten 60 Ehrenamtlichen haben wir deshalb extra offiziell begrüßt. Mittlerweile sind dort 650 Ehrenamtliche für die leichteren Fälle tätig. Ich bin mehrfach an diesem Pult oder im Plenarsaal des Landtagsgebäudes gestanden und habe gesagt: Wenn die Reform einigermaßen durch ist, dann wird es für alle Beteiligten besser sein: für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Probanden und für die Gesellschaft, also für alle Beteiligten.

Jetzt, meine Damen und Herren, darf man sagen: Wir haben diesen Punkt erreicht. Lesen Sie den Evaluationsbericht. Wir haben den Punkt erreicht. Es ist für alle Beteiligten besser: für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Probanden und für die Gesellschaft. Und ausgerechnet jetzt wird darüber diskutiert, ob man es nicht rückgängig machen soll.

Es gibt Einwände, die wir immer wieder hören. Da fällt das Wort von der Privatisierung. Meines Erachtens ist das ein schiefer Begriff. Ich sage es noch einmal: Sozialarbeit in Baden-Württemberg ist zu 80 bis 90 % in freier Trägerschaft. Wenn Sie jetzt bei NEUSTART von Privatisierung reden wollen, dann ist natürlich auch in Bezug auf die ganze Liga der freien Wohlfahrtspflege von Privatisierung zu sprechen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das ist einfach ein schiefer Begriff. Dann kam natürlich reflexartig auch wieder das Argument: Die können nur billiger sein, weil sie ihre Leute schlecht behandeln.

Wissen Sie: Was mich diesmal schon ein bisschen erschreckt hat, ist, dass dieses Argument von einem Finanz- und Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten kam, ohne dass man sich vorher einmal die Mühe gemacht hat, zu

(Dr. Ulrich Goll)

prüfen: Stimmt das eigentlich auch? Es ist dann schon ein bisschen peinlich, wenn am nächsten Tag ver.di erklärt: „Nein, stimmt nicht.“

(Lachen des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

NEUSTART bezahlt seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sogar besser, als das Land sie bezahlt hat.

Nun hatte ver.di zwar die Befürchtung: Wenn neu ausgeschrieben wird, dann gibt es Unsicherheiten, was passiert. Ich kann Ihnen sagen, die Unsicherheiten sind doch arg begrenzt. Als wir damals ausgeschrieben haben, war das ein sehr spezielles Geschäft. NEUSTART in Österreich war weit überlegen, und daneben gab es nur einen einzigen Bewerber, der die vorgegebenen Kriterien aber natürlich nicht erfüllen konnte. Die Angst, dass Sie da etwas Schlechteres bekämen, was Sie dann nehmen müssten – Sie müssen es ja nicht nehmen –, ist also abstrakt. Da braucht man keine Angst davor zu haben, diese Sache fortzusetzen.

Vorhin hat Herr Schmid gesagt, es gehe in anderen Bereichen darum, eine Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Wenn Sie eine Erfolgsgeschichte fortschreiben wollen, dann haben Sie hier eine ganz einfache Gelegenheit, indem Sie den Vertrag neu ausschreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt wird natürlich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts herangezogen. Das ist sehr ernst zu nehmen. Auf der anderen Seite geht es im Grunde genommen nach meiner Einschätzung doch nicht um die grundsätzliche Frage, ob man so etwas machen darf, sondern um Fragen der technischen Durchführung. Denn so neu ist es nicht, dass im Zuge von Reformprozessen auch Beamte vorübergehend, während des Übergangs, in anderen Organisationen in freier Trägerschaft mitarbeiten. Da geht es nach meiner sicheren Einschätzung nicht um das Grundsätzliche. Insofern ist das halt auch ein bisschen ein vorgeschobenes Argument. Ich gehe getrost davon aus, dass man auch den nächsten Vertrag rechtlich wasserdicht hinbekommen könnte, wenn man will.

Umgekehrt: Ein Erfolgsmodell dieser Art jetzt infrage zu stellen, das muss man schon als einigermaßen fahrlässig bezeichnen. Es ist gegen jede Vernunft, und es ist auch nicht gerade fair, wenn man denjenigen, die die Reform gemacht haben, nun sagt: „Jetzt könnt ihr wieder gehen.“ Denn die Reform war die eigentliche Herausforderung, und die Reform – das steht heute klar im Raum – haben wir kostenlos bekommen. Die Evaluation – darin werden sogar Zahlen genannt – zeigt sehr deutlich auf, dass die Reform, die wir durch die Übertragung kostenlos bekommen haben, das Land ohne die Übertragung viel Geld gekostet hätte. Jetzt die Leute wieder wegzuschicken, nachdem diese das Entscheidende geleistet haben, finde ich also auch nicht besonders fair, auch nicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die neuen Unsicherheiten ausgesetzt werden, und auch nicht gegenüber den ehrenamtlich Tätigen, die man vorher ja abgelehnt hat. Ich fürchte da mittelfristig auch wieder den Rückfall in die alten Zustände.

Eines gebe ich noch zu bedenken: Die organisatorische Veränderung, wenn man das zum Land zurückholen wollte, ist

natürlich auch eine richtige Herausforderung. Es ist eine Herausforderung, den Prozess zu gestalten – und das in einer Zeit, in der die Notariats- und Grundbuchamtsreform im kritischsten Abschnitt ist. Wer das macht, wer da jetzt an eine erfolgreiche, an eine laufende Geschichte rührt, der schafft sich selbst Probleme, die man sich nicht schaffen sollte. Der wäre in gewisser Weise selbst daran schuld, wenn damit ein Fass aufgemacht wird und die Situation in der Justiz noch schwieriger gemacht wird, als sie durch die größte Reform der Nachkriegsgeschichte ohnehin schon ist.

Deswegen darf ich zum Schluss an diese Worte anknüpfen und darf auch von hier aus einmal sagen: Wenn Sie Erfolg im Sinn haben, wenn Sie wollen, dass es eine bessere Sache ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine bessere Sache für die Probanden, eine bessere Sache für die Allgemeinheit, dann müssen Sie von dem Gedanken Abstand nehmen, die Übertragung auf den freien Träger rückgängig zu machen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Zimmermann.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Präsident – Gratulation auch von meiner Seite –, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema beschäftigt uns ja schon zwei Legislaturperioden lang.

(Abg. Walter Heiler SPD: Mindestens!)

Ich muss Ihnen sagen: Anfänglich gab es Protest bei den Hauptamtlichen, auch bei Gerichten. Dann wandelte sich das Ganze in Duldung und Akzeptanz, und – das muss ich Ihnen sagen – zum Schluss eigentlich – Lob wäre zu viel gesagt – in Anerkennung dessen, was NEUSTART und die ehrenamtlich Tätigen leisten.

(Abg. Sascha Binder SPD: Stellt niemand infrage!)

Herr Kollege Binder, ich bewundere Ihren Mut, für die SPD nach außen zu gehen und die Botschaft zu vermitteln: „Ihr 200 Vollzeitbeschäftigten bei NEUSTART, ihr über 650 ehrenamtlich Tätigen, wir wollen das Ganze wieder zurückdrehen.“ Die arbeiten wirklich mit Herzblut. Was da geleistet wurde –

(Abg. Sascha Binder SPD: Das bestreitet niemand!)

– Herr Kollege, Sie dürfen nachher reden,

(Abg. Sascha Binder SPD: Ich nehme mir ein Beispiel an Ihnen!)

und wenn Sie Glück haben, werde ich Ihren Einwendungen auch schon noch entgegentreten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er nimmt sich ein Beispiel an Ihnen! – Abg. Sascha Binder SPD: Ich eifere Ihnen nach bei den Zwischenrufen!)

Ich sage Ihnen: Wir verzeichnen als Strafvollzugsbeauftragte – der Kollege von den Grünen wird, wie ich mitbekommen habe, nachher auch noch reden – kontinuierlich – das mag

(Karl Zimmermann)

jetzt Zufall sein – seit 2007 einen Rückgang der Zahl der Strafgefangenen um rund 900. Niemand weiß genau, Herr Minister Stickleberger, woran das liegt. Aber mit Sicherheit liegt es an einem:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wisst ihr das?)

daran, dass die Zahl der Widerrufungen bei ausgesprochenen Bewährungsstrafen enorm zurückgegangen ist. Ein erklecklicher Anteil entfällt da auch auf die erfolgreiche Arbeit in der Bewährungshilfe. Da sind die Fälle, wenn wir die Zahlen von 2005 nehmen, von rund 2 100 auf unter 1 800 gesunken – also ein Rückgang um 14 %.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Die ehrenamtliche Bewährungshilfe hat die Klientenzahl der Betreuung auch gesenkt.

Herr Minister a. D. Professor Dr. Goll, Ihren Ausführungen kann man ja nichts mehr hinzufügen; sie spiegeln die Realität wider. Ich sage Ihnen, Kollege Binder: Auch in der Justiz ist die Akzeptanz gegeben. Wir finden hier tatsächlich erfolgreiche Arbeit vor.

Ich brauche nun die Erlaubnis, etwas vorzutragen. Der neue Präsident gibt sie mir sicherlich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich habe hier ein Schreiben

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich habe mehrere Schreiben!)

auf meinem Tisch liegen lassen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

in dem auf einen Vorgang hingewiesen wird, den ich noch nie erlebt habe.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es geht um einen Verein, in dessen Vereinsheim im Ort in den vergangenen Jahren ständig eingebrochen wurde. Da kam die Polizei und hat den Vorgang aufgenommen. Es wurden Täter ermittelt. Man wusste genau, im nächsten Jahr wird nach dem Vereinsfest wieder eingebrochen, weil die Täter denken, dass dann etwas in der Kasse ist. Stimmt! Es wurde wieder eingebrochen. Es wurden 230 € an Bargeld gestohlen; am Fenster und an der Tür entstand ein Schaden von rund 150, 180 €. Wen interessiert es? Interessiert es die Polizei, interessiert es die Justiz?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Natürlich!)

Nein. Man hat die Täter festgenommen; sie haben eine Bewährungsstrafe bekommen. Und plötzlich bekam letztes Jahr der Vereinsvorsitzende ein Schreiben von der Firma NEUSTART, in dem es hieß: „Wir haben mit unserem Klienten gesprochen. Er ist geständig. Sind Sie damit einverstanden, dass er den Schaden von 390 € begleicht? Bitte geben Sie die Kontonummer bekannt.“ Die haben erst gemeint, jemand macht einen Witz.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum?)

Sie kannten NEUSTART nicht. Sie haben das Geld bekommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, das ist normal!)

Der Verein existiert schon seit 60 Jahren. Zum ersten Mal wurde von der Firma NEUSTART beim Vorsitzenden angerufen und ihm gesagt:

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ein Täter-Opfer-Ausgleich! Herzlich willkommen in der Realität!)

„Geben Sie Ihre Kontonummer bekannt. Wir überweisen Ihnen das Geld.“

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ein Täter-Opfer-Ausgleich!)

Ich muss Ihnen sagen: Es war erfolgreich. – Was motzen Sie jetzt dazwischen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war doch die Bewährungsaufgabe, dass er den Schaden wiedergutmachen will!)

– Haben Sie eigentlich meine Ausführungen nicht verstanden?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch! Das war doch die Auflage!)

Herr Drexler, als früherer Oberamtsanwalt sollten Sie das wissen. Es hat vorher noch niemanden interessiert, ob die Täter die 300 € zahlen. Sie hatten es bei staatlicher Bewährungshilfe noch nie erfahren. Jetzt haben sie es erfahren.

(Abg. Sascha Binder SPD: Was? Das ist doch Quatsch!)

Langer Rede kurzer Sinn: Ich sage Ihnen ehrlich, ich bin gespannt auf Ihre Ausführungen dazu, wie Sie an die Ehrenamtlichen herangehen und das Ganze streitig machen wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sind die Bewährungsaufgaben!)

Allein schon Ihr Vorsatz, das alles wieder zurückzuführen,

(Abg. Sascha Binder SPD: Vorsatz?)

hat einen Riesenschaden verursacht; das sage ich Ihnen ernsthaft.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wenn man diesem Vereinsvorsitzenden Glauben schenken mag, nicht!)

Das schadet tatsächlich dieser Arbeit.

Wenn Sie nachher auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts abheben wollen, wie Sie schon andeuten, dann muss ich Ihnen sagen: Zwei kleine Landesgesetze geändert,

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

und wir kommen den Anforderungen des Bundesverwaltungsgerichts nach.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ihr habt es doch falsch gemacht!)

– Bei dem Kollegen Binder entbindet sich allmählich der Binder.

(Karl Zimmermann)

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich höre mir Ihre Rede gern an.

(Abg. Sascha Binder SPD: Hoffentlich! Da können Sie noch was lernen!)

Aber ich sage Ihnen gleich: Sie sind auf dem Holzweg. Kommen Sie davon herunter. Schaden Sie sich und der SPD im Land nicht. Haben Sie einen guten Willen, und ändern Sie die betreffenden Landesgesetze entsprechend den Anforderungen des Bundesverwaltungsgerichts.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum denn?)

Dann haben wir allen einen guten Dienst getan.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Filius.

(Zurufe der Abg. Wolfgang Drexler SPD und Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Nach diesen beiden Beiträgen muss man einfach doch einmal ins Zentrum stellen, dass wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg für die geleistete Arbeit danken. Ich hoffe, dass wir uns darin einig sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Gewaltkriminalität ist tatsächlich zurückgegangen. Baden-Württemberg ist sicherer geworden. Daran haben auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen erheblichen Anteil. Dafür noch einmal herzlichen Dank.

Die Arbeit der Bewährungshilfe in unserem Bundesland hat – das wird überhaupt nicht bestritten – erstmalig eine durchgängige signifikante organisatorische Struktur bekommen. Es ist eine Verbesserung eingetreten. Selbstverständlich, Herr Goll, wollen wir nicht zu der vorherigen Struktur zurück. Das sagt kein Mensch aus den beiden Regierungsfractionen.

Die Sicherheit der Bürger, die Resozialisierung der Menschen, das alles sind unverzichtbare Zielsetzungen, die die Unterstützung des ganzen Hauses verdienen und für den Rechtsstaat unverzichtbar sind.

Die zentrale Koordinierung, wie sie vorliegt, mit Geschäfts- und Außenstellen ist ein Quantensprung – keine Frage –, weil es vorher – das wurde bereits angesprochen – Solitäre waren, die beim Landgericht angesiedelt, aber nicht in eine entsprechende Organisationsstruktur mit klaren Zuständigkeiten eingeordnet waren.

Auch die Zahl der Bewährungswiderrufe – das wurde vorhin auch erwähnt – ist rückläufig gewesen. Während es im Bund zu 10 % mehr Bewährungswiderrufen gekommen ist, ist deren Zahl in Baden-Württemberg zurückgegangen. Das ist sicherlich ein Verdienst der engagierten Arbeit der Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter – ob Beamte oder Angestellte – in der Bewährungshilfe.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Ich und meine Fraktion halten auch ehrenamtliche Bewährungshelfer für unverzichtbar. Es ist doch völlig richtig, dass hier eine Rückkopplung stattfindet, dass hier eine enge Anbindung an die Gesellschaft erfolgt, dass man sich mit der Thematik eines sozial abweichenden Verhaltens auseinandersetzt und dass die ehrenamtlich tätigen Bewährungshelfer und -helferinnen Vorbilder für die Klienten sein können. Ich kann da nur sagen: Das ist ein Bereich, den man durchaus zu honorieren hat.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Betreuungsquoten sind weiter nach unten gegangen. Früher waren es 95 Klienten, jetzt liegen wir in einem Bereich von 70. Das ist natürlich ein Punkt. Auch Fortbildung und andere Maßnahmen sind hier sicherlich wichtig. Die geschaffenen Strukturen wollen wir vom Prinzip her in keiner Weise umgestalten und auf den vorherigen Zustand zurückführen. – Aber jetzt – –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bis zum „Aber“ applaudiere ich!)

Aber jetzt zur eigentlichen Frage: Der Vertrag zwischen dem Land und NEUSTART läuft Ende 2016 aus. Es muss die Entscheidung getroffen werden, ob er neu ausgeschrieben wird oder ob es hier zu anderen Bewertungen kommt. Jetzt brauchen die Beschäftigten eine klare und verlässliche Entscheidung im Interesse aller.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Das muss man wirklich definitiv festhalten.

Aber – das wurde jetzt ein bisschen als Petiteesse abgetan – dazu gibt es eine Entscheidung, die beim Bundesverwaltungsgericht am 28. November letzten Jahres ergangen ist. Jetzt darf ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten hieraus zitieren. Was steht da denn drin? Da heißt es:

Beamtete Bewährungs- und Gerichtshelfer in Baden-Württemberg unterliegen nicht den Weisungen des privaten Trägers, dem derzeit vom Land die Aufgabe der Bewährungs- und Gerichtshilfe übertragen ist. Bis längstens Ende 2016 ist allerdings die bisherige Praxis im Wesentlichen hinzunehmen, um eine wirksame Erfüllung der Aufgabe sicherzustellen.

Jetzt weiter zum Gesetz. Das, was ich zitiert habe, war nur die Pressemitteilung. Wir haben immer noch nicht die Urteilsbegründung vorliegen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Eben!)

Zur Erteilung von Weisungen aus Sicht des freien Trägers heißt es dort weiter:

Dem genügen die Bestimmungen des Landesgesetzes nicht. Sie sind unklar, unvollständig und in sich widersprüchlich; diese Widersprüche sind auch nicht auflösbar: Un-

(Jürgen Filius)

klar ist schon die Person des Weisungsbefugten; das Landesgesetz nennt insoweit einerseits den „Vorstand“ des freien Trägers, an anderer Stelle den „freien Träger“ als solchen.

Da muss ich sagen: Herr Goll, es ist relativ mutig, dass Sie für heute eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt haben, wenn Sie einen solchen Verriss für Ihr damaliges Gesetz von der Pressestelle des Bundesverwaltungsgerichts bekommen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nochmals: Wir wollen eine klare Linie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wollen Sie dann das Gesetz anpassen?)

– Halt! An dieser Stelle wollen wir erst einmal die Urteilsgründe hören.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Ohne Urteilsbegründung kann man gar nichts machen!)

Die liegen uns noch gar nicht vor.

(Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Sascha Binder SPD zur CDU: So habt ihr regiert!)

Was ich aber für meine Fraktion klipp und klar sagen kann, ist: Eine Doppelstruktur werden wir nicht machen. Eine Struktur nach dem Prinzip „Verbeamtete Mitarbeiter beim Justizministerium, und Angestellte sind dann draußen“ macht überhaupt keinen Sinn. Das wird es nicht in dieser Wertigkeit geben.

Bislang ist aus dem genannten Urteil nicht ersichtlich – die Gründe liegen, wie gesagt, nicht vor –, ob überhaupt eine Ausschreibungsmöglichkeit gegeben ist. Es kann sein, dass das Bundesverwaltungsgericht hierzu sagt, dass das so nicht geht. Wir müssen berücksichtigen, dass Baden-Württemberg das einzige aller 16 Bundesländer ist, das diese Lösung gewählt hat. Das muss man jetzt in Ruhe abwarten.

Eine Ausschreibung im klassischen Sinn bedeutet auch nicht, dass es in dieser Konstellation automatisch so weitergeht, sodass es bei NEUSTART bleibt. Das geht ja nicht; denn das widerspricht in jedem Fall dem Gedanken einer Ausschreibung.

Für uns steht die Qualität der Bewährungshilfe im Vordergrund. Das wollen wir erreichen. Die Frage der Struktur, ob in staatlicher oder in freier Trägerschaft, muss im Lichte der Entscheidung bewertet werden. Das ist für uns aber auch nicht maßgeblich, sondern es geht um die Qualität. Dass wir daran nicht rütteln wollen, habe ich bereits dargelegt.

Selbstverständlich sind auch die Kosten zu berücksichtigen, die sich in diesem Bereich ergeben, sollte das Gericht eine staatliche Lösung vorgeben. Wir wollen aber – das ist für mich das Wichtigste – keinerlei Unsicherheit für die Beschäftigten. Es soll entsprechend weitergehen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn Sie dieses Argument bei der Ausschreibung bringen, hätten Sie es halt immer wieder, nämlich alle zehn Jahre wie-

der. Das möchte ich jetzt aber gar nicht sagen. Die Menschen leisten vor Ort eine gute Arbeit, und zwar unabhängig von der Struktur, egal, ob es notwendigerweise staatlich erfolgt oder ob es in freier Trägerschaft erfolgt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident! Auch von meiner Seite herzlichen Glückwunsch. Sie haben mich allerdings vorhin kurz irritiert mit dem Hinweis, dass Sie in Zukunft nicht mehr darauf hinweisen, dass bei Aktuellen Debatten eine freie Rede erwartet wird. Ich hoffe, ich muss in Zukunft meine Rede nicht ablesen, sondern wir können in der Aktuellen Debatte weiterhin in freier Rede diskutieren.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist ja fast rügefähig! – Zuruf von der CDU: Jeder darf, wie er will!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Professor Goll, Sie haben begonnen –

(Zuruf)

– Das steht so in der Geschäftsordnung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat eine Ergänzung dazu gemacht!)

Herr Professor Goll, Sie haben versucht, eine geschichtliche Aufarbeitung der Bewährungshilfe vorzutragen. Dabei haben Sie aber ein paar Aspekte ausgelassen. Sie haben z. B. ausgelassen, dass dieses Gesetz damals vom Staatsgerichtshof als formell verfassungswidrig erachtet worden ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Sie haben damals gedacht, diese Regelung zur Bewährungshilfe sei ein Fall des Notbewilligungsrechts. Das war es aber eben nicht. Deshalb ist Ihr Gesetz bereits formell nicht richtig durch den Landtag gegangen, meine Damen und Herren. Das haben Sie in Ihren Ausführungen vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schon wieder verfassungswidrig!)

Auch materiell ist dies problematisch. Hierzu möchte ich aus der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts zitieren:

Der Versuch, dem privaten Rechtsträger Weisungsrechte gegenüber den beamteten Bewährungshelfern einzuräumen, ist angesichts dieser in sich widersprüchlichen und auch mit den Mitteln richterlicher Gesetzesauslegung nicht auflösbaren Rechtskonstruktion gescheitert.

Ihr Gesetz war formell und materiell falsch, und das ist Ihnen von zwei Gerichten gesagt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Sascha Binder)

Herr Professor Goll, darüber hinaus haben Sie damals angekündigt – auf das Thema Ehrenamtliche komme ich nachher noch zurück –, dass Sie eine Effizienzrendite von 10 % bis 15 % erwarten. Das ist ein weiterer Aspekt, den Sie bei Ihrer geschichtlichen Aufarbeitung wohlweislich vergessen haben. Diese Erwartung haben wir damals schon bestritten. Wer die Bewährungshilfe wirklich verbessern will – von der Ausgangssituation 2007 –, kann nicht gleichzeitig erwarten, 10 % bis 15 % einzusparen. Der Rechnungshof hat Ihnen gesagt, dass Sie dieses Ziel nicht erreicht haben. Das ist ein weiteres Ziel, das Sie zwar angekündigt, aber nicht erreicht haben, Herr Professor Goll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nun zur inhaltlichen Bewertung der Bewährungshilfe. Ohne Frage ist die Bewährungshilfe 2007 und in den Jahren zuvor in einer solchen Situation gewesen, dass wir in Baden-Württemberg nicht stolz sein konnten auf die Bewährungshilfe. Deshalb, Herr Professor Goll – das ist ein Aspekt, den Sie ebenfalls nicht erwähnt haben –, ist damals im Justizministerium eine Kommission eingesetzt worden, die sich darüber Gedanken machen sollte, wie die Strukturen in staatlicher Form in Zukunft gestaltet werden sollten. Sie haben querbeet über die Justiz und über die Sozialarbeit Leute beauftragt, sich Gedanken zu machen.

Mitten in der Arbeit dieser Kommission sind Sie dann auf die Idee gekommen, es zu vergeben. All die Vorarbeiten, die bereits getätigt worden waren, waren dann nicht mehr wichtig. Vielmehr haben Sie auf NEUSTART und eine Ausschreibung gesetzt und dabei die Fachkompetenz der eigenen Leute einfach ignoriert, meine Damen und Herren.

Insofern ist nun die Frage, wie wir weiter vorgehen. Es gab einen deutlichen Zuwachs bei den ehrenamtlich Tätigen; richtig. Sie, Herr Goll, aber auch Sie, Herr Kollege Zimmermann, haben vorhin so getan, als ob durch die Ausschreibung die ehrenamtliche Bewährungshilfe geradezu erst erfunden worden wäre. Das ist aber mitnichten der Fall. Es gab auch vorher schon ehrenamtlich tätige Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer. Ohne Frage: Ab 2007 gab es mehr. Es gab allerdings auch zuvor schon Bewährungshilfevereine, die bereits ehrenamtlich tätig waren.

Herr Professor Goll, auch wenn Sie den Kopf schütteln: Sie haben damals ein Ziel in Bezug auf die Ehrenamtlichen ausgegeben: Sie haben gesagt, aufgrund der an Private gerichteten Ausschreibung sei es möglich, bis 2011 über 1 000 Ehrenamtliche zu gewinnen. Im Jahr 2011 waren es jedoch nur 511. Jetzt sind es 650 Ehrenamtliche – die jeden Tag einer tollen ehrenamtlichen Aufgabe nachkommen und denen wir dankbar sind. Ich möchte den ehrenamtlich Tätigen zurufen, dass wir sie auch in Zukunft in Baden-Württemberg für die Bewährungshilfe brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das Gleiche gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Beamtinnen und Beamten, die sich in der Bewährungshilfe stark engagieren, die für die Probanden wichtige Kontaktpersonen auf dem Weg der Resozialisierung sind. Dafür möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie

den Beamtinnen und Beamten herzlich danken und möchte ihnen zurufen: Wir brauchen Sie alle für eine weiterhin funktionsfähige Bewährungshilfe, und zwar unabhängig von deren Trägerschaft!

Herr Professor Goll, Sie gehen davon aus, dass bei einer Ausschreibung unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft klar ist, wer am Ende den Zuschlag bekommt. Dem kann ich nur entgegenhalten, dass ich Ihre Argumentation zwar nachvollziehen kann, dass es in der Sozialarbeit gängige Praxis ist, dass man ausschreibt und an freie Träger vergibt. Das ist aber nur deshalb gängige Praxis, weil es eine Vielfalt freier Träger gibt. Machen wir uns jedoch von einem freien Träger abhängig, dann geben wir die ganze Kompetenz in der Bewährungshilfe an einen Träger ab.

Herr Professor Goll, das ist eine Gefahr, die ich anders bewerte, als Sie sie bewerten. Sie gehen davon aus, dass immer der Gleiche den Zuschlag bekommt. Ich gehe davon jedoch nicht aus. Eine Ausschreibung befürworten wir nur dann, wenn es eine Vielfalt der Träger gibt; denn nur dann gibt es die notwendige Kompetenzvielfalt in der Ausschreibung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nennen Sie mir einmal ein paar!)

Wenn wir alle zehn Jahre ausschreiben, dann stellt sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alle zehn Jahre die Frage, wie es weitergeht. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, ob es wieder staatlich wird oder privat bleibt, sondern es stellt sich auch die Frage, wer bei einer Ausschreibung den Zuschlag bekommt. Deshalb denken wir natürlich darüber nach, ob es andere Möglichkeiten gibt, die Strukturen, die aufgebaut worden sind, zu übernehmen und auf der anderen Seite den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sicherheit zu geben. Dies wäre beispielsweise durch eine landeseigene GmbH möglich, sodass nicht die Notwendigkeit besteht, alle zehn Jahre auszuschreiben. Dadurch würde Sicherheit geschaffen.

Im Übrigen würde damit auch dem Sorge getragen, dass wir beim Direktionsrecht, was bei der Frage, welche Aufgabenzuweisungen, welche Dinge nahe an der Justiz durchgebrochen werden müssen – – Das muss geregelt sein.

Herr Professor Zimmermann – –

(Oh-Rufe – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er nimmt alles an! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich höre Ihre Ehrfurcht!)

– Insofern ehrenhalber. Das ist der große Respekt.

Herr Kollege Zimmermann, wenn Sie sagen, das mit dem Bundesverwaltungsgericht bekommen Sie schon irgendwie hin,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mit gutem Willen!)

dann frage ich Sie: Wer hat es denn nicht hinbekommen? Nicht wir haben es nicht hinbekommen, sondern Sie haben es nicht hinbekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wollen eine hundertprozentige Sicherheit, dass das Direktionsrecht durchgreift und dass es auch rechtlich funktioniert.

(Sascha Binder)

Die Widerspruchsquote, Herr Kollege Zimmermann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hervorragend!)

– Hervorragend. Das bestreitet niemand.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber!)

Haben Sie sich einmal die Mühe gemacht, das zu lesen, was Professor Dölling zur Evaluation geschrieben hat?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Zimmermann liest nie Dölling! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein!)

Das haben Sie wahrscheinlich nicht. Herr Professor Dölling schreibt nämlich, dass die Widerspruchsquote nichts

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

über die Qualität der Bewährungshilfe aussagt. Das ist die Aussage von Professor Dölling. Deshalb ist das kein Kriterium für die Qualitätsmerkmale der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Er ist ein schlimmerer Professor als ich! Widersprüchlich!)

Die Frage ist auch, ob bei einer Bewährungshilfe in der Verantwortung des Landes so hohe Werbeausgaben notwendig sind, wie das augenblicklich der Fall ist. Auch das könnte man mittels einer Ausschreibung regeln. Aber die eigentliche Frage ist: Warum müssen wir etwas ausschreiben, wenn wir es selbst qualitativ genauso hinbekommen? Diese Frage müssen wir uns stellen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Landeseigene GmbH!)

Diese Frage werden wir uns vor allem vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts stellen.

Wenn Sie bereits aufgrund einer Pressemitteilung wissen, wie Sie es lösen, dann viel Spaß. So haben Sie Gesetze gemacht. Wir warten, bis die Begründung vorliegt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

In diesem Sinn herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stickelberger das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mal sehen, ob ich da mehr verstehe!)

Justizminister Rainer Stickelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung wird in den nächsten Wochen über die Zukunft der Bewährungshilfe entscheiden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das haben wir letztes Jahr auch schon gehört!)

Dabei sind für uns zwei Gesichtspunkte wichtig: die Sicherung der Qualität der Bewährungshilfe und die rechtmäßige Ausgestaltung der Bewährungshilfe.

Herr Kollege Zimmermann, wenn Sie jetzt,

(Zuruf von den Grünen: Professor Zimmermann!)

was den Zeitplan angeht, einwerfen, wir hätten letztes Jahr schon Ankündigungen gemacht: Gott sei Dank haben wir noch keine Festlegungen getroffen – Gott sei Dank.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Stellen Sie sich vor, das vernichtende Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wäre ergangen, nachdem wir bereits eine neue Struktur, eine Ausschreibung gemacht hätten – das würde alles wie eine Seifenblase zerplatzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bevor ich auf die beiden Gesichtspunkte eingehe, doch drei Vorbemerkungen.

Erstens: Wie stellt sich die „Gefechtslage“ dar? Vielfach wird in der Öffentlichkeit diskutiert, ob die Bewährungshilfe in staatliche Regie zurückgenommen wird oder ob NEUSTART die Bewährungshilfe weiterführt. Das ist nicht die Frage – auch wenn es häufig so gesehen wird. Die Frage ist: Schaffen wir eine Bewährungshilfe weiterhin mit einem privaten Betreiber, oder nehmen wir sie in staatliche Regie? Wenn wir sie mit einem privaten Betreiber fortführen wollen, müssen wir neu ausschreiben, und zwar europaweit. Das wäre ein riesiges Unterfangen, das dann entsprechenden Aufwand erfordern würde. – Das nur zur Klarstellung, weil häufig so getan wird, als wäre ein Konflikt zwischen einer Lösung mit NEUSTART und einer staatlichen Lösung im Raum. Das ist gerade nicht der Fall.

Zweitens: Herr Kollege Professor Dr. Goll, wenn Sie sagen, wir hätten gerade jetzt eine Reform bekommen: Richtig ist, wir hatten früher – Kollege Binder hat das auch ausgeführt – keine geordnete Struktur. Es gab viele Einzelkämpfer, die sich Mühe gegeben haben. Aber es gab keine organisierte Struktur, kein Controlling, keine Standards, kein Berichtswesen und, und, und. Diese Struktur ist aufgebaut worden,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau so war es!)

aber sie war auch geschuldet. Das Land hat mit NEUSTART einen Vertrag geschlossen, in dem die Bewährungshilfe übernommen und strukturiert werden sollte. Das Land hat dafür gezahlt,

(Abg. Sascha Binder SPD: Genau!)

und es zahlt weiterhin jedes Jahr einen entsprechenden Betrag für die Leistungen, die vertraglich vereinbart wurden.

Der dritte Punkt: Sie haben darauf hingewiesen, dass das mit den Beamten gar kein so großes Problem sei.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Entschuldigung, Herr Minister.

Justizminister Rainer Stickelberger: Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts sehe ich da schon ein Problem. Darauf komme ich aber noch zurück.

Wenn Sie sagen, in anderen Bereichen der Sozialarbeit oder in wirtschaftlichen Bereichen habe es auch schon Beamte ge-

(Minister Rainer Stichelberger)

geben, die sozusagen übernommen worden seien: Das trifft zu; aber hier haben wir es mit dem Problem zu tun, dass in dem Gesetz, das Sie gemacht haben, ein Weisungsrecht enthalten ist, das die beamtenrechtlichen Entscheidungen zur Dienstgestaltung auf einen privaten Träger überträgt. Das ist im Beamtenwesen eigentlich systemfremd.

Wenn man noch berücksichtigt, dass wir es in der Bewährungshilfe mit einer sehr hoheitsnahen Tätigkeit zu tun haben, erkennt man, dass es viel kritischer ist als bei einer Gesellschaft des Landes, die sich wirtschaftlich betätigt.

Die Qualität der Bewährungshilfe ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Wichtig ist, dass wir den Schlüssel bezüglich der Zahl der Probanden einerseits und der Zahl der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer andererseits erhalten und vielleicht noch verbessern können. Das ist ganz wichtig.

An dieser Stelle gilt mein Dank auch allen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern, allen hauptamtlichen und allen ehrenamtlichen Kräften, die sich in der Bewährungshilfe einsetzen. Sie ist notwendig für unsere Sozialarbeit im Anschluss an den Strafvollzug, und idealerweise ersetzt sie den Strafvollzug.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir werden deshalb darauf achten, dass wir – egal, in welcher Betreiberform wir die Bewährungshilfe haben – die Standards, die entwickelt wurden, beibehalten, dass wir die Qualitätskontrolle fortführen, dass wir das Berichtswesen fortführen und dass wir die Struktur, die sich jetzt durchaus angelassen hat, beibehalten. Aber: Diese Struktur ist – das sage ich ausdrücklich – unabhängig von einem Betreiber. Wenn Sie bedenken, dass wir europaweit ausschreiben müssen, können Sie nicht sicher sein, dass NEUSTART automatisch wieder zum Zug kommt. Eine europaweite Ausschreibung ist natürlich jetzt viel interessanter als vor zehn, elf Jahren, da man eine Struktur hat, in die ein Betreiber dann einsteigen kann. Ich bin sicher, wenn man ausschreiben würde, gäbe es im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zahlreiche Mitbewerber.

Zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist jetzt schon einiges gesagt worden. Das Urteil führt dazu, dass wir natürlich genau prüfen müssen, auf welcher rechtlichen Grundlage wir die Bewährungshilfe fortführen. Das Gesetz, das damals gemacht wurde, liefert diese Grundlage nicht. Es ist nicht geeignet, es ist in sich widersprüchlich. Das Bundesverwaltungsgericht spricht sogar von einem Scheitern des Gesetzes. Ich habe selten ein derart vernichtendes Urteil – auch wenn es dazu bisher nur eine Pressemitteilung gibt – erlebt wie in diesem Fall, in dem von einem Scheitern des Gesetzes die Rede ist.

Das Justizministerium war vonseiten des beklagten Landes natürlich in der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht vertreten. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort waren, haben mir geschildert, dass es in einer mündlichen Verhandlung vor einem obersten Gericht selten einen derartigen vernichtenden Verriss wie in diesem Verfahren gegeben hat, in dem das Gesetz über die Übertragung des Weisungsrechts zur Verhandlung anstand.

Deswegen: Wir müssen dieses Urteil genau prüfen, wenn die Entscheidungsgründe vorliegen. Diese waren einmal für En-

de Januar, Anfang Februar angekündigt. Ich hoffe, dass sie bald vorgelegt werden. Dann werden wir klare Regelungen schaffen. Ich bin sicher, wir werden Regelungen schaffen, bei denen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bewährungshilfe auch künftig motivieren können und bei denen es uns sicher auch gelingt, die Motivation und den Beitrag der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und auszubauen.

Eines muss ich doch sagen: Wir haben nun einmal im Bereich der Bewährungshilfe noch viele Beamtinnen und Beamte. Wir brauchen sie auch künftig. Wir brauchen sicher künftig auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht Beamtinnen und Beamte sind. Aber wir müssen das ordentlich regeln. Daran arbeiten wir dann, wenn das Urteil vorliegt. In den nächsten Wochen werden wir dann eine Entscheidung treffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Wird in der zweiten Runde von den Fraktionen das Wort gewünscht? – Herr Abg. Professor Dr. Goll, ganz kurz. Ihre Redezeit ist bereits überschritten.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Dann nicht! – Zuruf von der SPD: Das geht doch nicht! Das gehört abgepiffen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immer mit der Ruhe! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ich beschränke mich auf ganz wenige Hinweise.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Sandra Boser GRÜNE: Entweder Sie haben Redezeit, oder Sie haben keine Redezeit!)

Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie bitte Herrn Kollegen Dr. Goll noch die Möglichkeit für einen Schlusssatz, und dann ist es gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Jetzt läuft die Zeit allerdings auch ab. – Von den verschiedenen Hinweisen, die noch angebracht wären, will ich nur einen einzigen nennen. Wenn Sie das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts lesen, fällt gerade durch das Zitat, das wir gehört haben, auf, dass es um eine rein technische Frage geht.

Dieses Gesetz wurde übrigens vom Verwaltungsgericht gebilligt, in dem sehr gute Juristen sitzen, es wurde vom VGH gebilligt, in dem anscheinend noch bessere Juristen sitzen; und jetzt wird eine Unklarheit entdeckt. Mehr ist das nicht.

Deswegen sage ich: Dieses Urteil kann man sicherlich nicht zum Vorwand für eine politische Entscheidung nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr verantwortungsvoll damit umgegangen, Herr Professor!)

Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Herr Kollege Zimmermann von der CDU-Fraktion.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer sich die Rede des Kollegen Binder angehört hat und wer sich die Reden des Ministers und meines Kollegen Filius angehört hat,

(Abg. Sascha Binder SPD: Hervorragend!)

hörte zunächst Lob, Lob für die Bewährungshilfe, wie sie von der Firma NEUSTART organisiert wurde,

(Abg. Sascha Binder SPD: „Firma“! Ich denke, das ist ein freier Träger!)

und sehr viel später kommt dann irgendwann ein Aber. Aber wir wissen immer noch nicht, was der Redner eigentlich konkret will. Dann fragt der eine: „Wissen Sie, dass Sie dann europaweit ausschreiben müssen?“ und betont dabei: Das ist eine wahnsinnige Arbeit.

Ja, liebe Leute, das ist mir klar. Europaweit ausschreiben muss heute schon ein kleiner Bauunternehmer,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

wenn eine bestimmte Preisgrenze überschritten wird. Und diese 1-Million-€-Grenze haben wir.

Ihre Einsparung, Herr Kollege Binder, von 10 % oder was anvisiert wurde

(Abg. Sascha Binder SPD: Das war euer Ziel!)

– ja, ja –, die haben wir – ich sage es Ihnen – bei Weitem erreicht, wenn wir alle –

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein! Das sagt doch der Rechnungshof!)

– Der Rechnungshof ist doch nicht der große Gott. Ich sage Ihnen, was Sache ist.

(Vereinzelt Beifall – Lebhaftes Zurufe von den Grünen und der SPD)

Wenn Sie bei meiner Rede genau zugehört haben, haben Sie gehört, dass ich gesagt habe: Wir haben seit 2007 – Zufall? – hervorragende Bewährungshilfearbeit und – zufällig? – konstant eine niedrigere Gefangenenanzahl. Die bewegt sich ständig bei knapp 1 000 Gefangenen weniger.

(Zurufe der Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Wolfgang Drexler SPD)

– Leute, es geht um den Landeshaushalt. Wisst ihr, was ein Gefangener den Steuerzahler in Baden-Württemberg pro Tag kostet? Das sind weit über 100 € pro Tag und Kopf.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn da auch nur 50 € eingespart werden, sind wir, wenn Sie das einmal über Jahre rechnen, bei Millionenbeträgen. Deshalb – das sage ich auch Ihnen, lieber Rechnungshof – beziehen wir alles in eine Kalkulation ein und machen keine Teilbilanzen. Das ist schon einmal das eine.

Ich frage Sie eines: Worin hat die große Bewährungsprobe von NEUSTART und den entsprechenden Bewährungshelfern bestanden? Effizienz? Da können wir ein bisschen streiten. Ich nehme andere Faktoren; das stimmt. Erfolge? Das können Sie ein bisschen bestreiten. Ich sage Ihnen: Noch erfolgreicher, als in den Berichten geschildert.

Aber auf eines haben alle gestarrt, werte Kollegen von der SPD und von den Grünen: Als eine Topterroristin auf Bewährung herauskam, mein Gott, wurde da von den Medien gedrängt! Es wurde gefragt: Was ist mit der B. M.? Wo ist sie? Was arbeitet sie? Was tut sie? Da habe ich gesagt: Was ist, wenn NEUSTART das nicht durchhält – gerade neu installiert –, wenn hier nicht dichtgehalten wird? Ich frage mich, wo das gewesen wäre. Erfolgreichste Bewährungshilfe! Bei der größten Topterroristin, die je in Baden-Württemberg war, hat die Bewährungshilfe die Bewährungsprobe bestanden. Das ist für mich ein Pfund, das immer wähen wird. Der Erfolg der Bewährungshilfe wird sich eben daran bemessen: Wenn man eine solche Herausforderung und die anderen, die Sie in der Statistik vorgebracht haben, erfolgreich gemeistert hat, ...

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege – –

Abg. Karl Zimmermann CDU: ... dann habe ich nur noch eine Bitte, Herr Minister: Mit einem guten Willen und mit einem fairen Umgang, mit einem offenen Umgang – –

Präsident Wilfried Klenk: Herr Abgeordneter – –

Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe noch 40 Sekunden.

Präsident Wilfried Klenk: Nein, nein. Sie sollten zuhören! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Professor Dr. Goll?

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Professor, ich fühle mich geehrt, wenn ein anderer Professor mich fragt.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Professor – – Nein, Herr Abgeordneter. Herr Abg. Zimmermann, teilen Sie meine Auffassung, dass die Effizienzrendite genau darin liegt, dass wir die Reform kostenlos bekommen haben? Es wurde nämlich hinterher nicht teurer als vorher. Darin liegt natürlich die Effizienzrendite.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Fangfrage!)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Hervorragende Steilvorlage. – Jetzt ist der Innenminister nicht hier. Er macht eine Reform, die kostet Hunderte Millionen, mindestens aber 120 Millionen €. Die Reform der Bewährungshilfe ist eine Reform, die einiges einführt und auch über die ganzen Jahre nicht teurer, sondern günstiger wurde.

(Abg. Sascha Binder SPD: Was?)

Das allein schon, Herr Kollege, sollte Sie – – Ich weiß, Sozialdemokraten haben es mit den Zahlen nicht so.

(Karl Zimmermann)

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aber wir haben genügend gespart.

Ich habe nur eine Bitte, Herr Kollege Drexler: Geben Sie den freien Trägern die jedem zustehende Chance, in den Wettbewerb zu gehen! Öffnen Sie Ihr Herz, und sagen Sie: Wenn sie gut waren, haben sie auch eine faire Chance, in die neue Ausschreibung zu gehen. Aber begleiten Sie es nicht negativ. Hier Lob, und dann – – Es klang immer ein bisschen so wie eine Grabrede.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Die Leute sind noch da, und die wollen Zuversicht haben. Und erst 2016 entscheiden Sie.

Herr Minister, ich bin überzeugt: Mit gutem Willen kann der Landtag die Gesetze entsprechend dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gut anpassen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt „gut anpassen“? – Abg. Sascha Binder SPD: Machen Sie doch mal einen Vorschlag! – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie allein die letzten Zeilen der Pressemitteilung lesen, dann stellen Sie fest: Der Vorschlag kommt von uns.

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um; jetzt müssen Sie zum Ende kommen.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Meine Redezeit ist um.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Filius; zweite Runde.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fand das natürlich schon interessant: Wir führen unter Punkt 2 eine Aktuelle Debatte. Kollege Löffler tritt ans Pult und sagt: Rechnungshof, daran muss man sich genau halten. In der Debatte zu Punkt 3 – einer Aktuellen Debatte zum Thema NEUSTART – heißt es dann: „Der Rechnungshof ist doch nicht der große Gott“ – wenn ich es so richtig verstanden habe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das zeigt doch einfach, wie zerrissen die Bewertungen von der Opposition, von der CDU, eigentlich immer sind. Das möchte ich an dieser Stelle einmal festgestellt haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist doch eine Tatsache, oder?)

Aber eines müsste doch hier in diesem Haus wirklich für alle vernehmbar gewesen sein: Darin, dass das, was an Veränderungen gekommen ist, gut war, sind wir uns doch einig und sagen: Da wollen wir auch gar nicht zurück.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Da wird es Geschäftsstellen bei den Landgerichten geben. Da gibt es später in den Bereichen auch Direktionsrechte – dann aber einheitlich. Das geht halt momentan so nicht. Da sind wir doch einmal dabei.

Wenn die einzelne Bewährungshelferin, der einzelne Bewährungshelfer gute Arbeit erbringen und wirklich auch in schwierigen Fällen gute Arbeit leisten, dann verdient das doch unseren Dank. Da gibt es doch nicht irgendwie Grund für eine Grabrede, in der wir sagen: „Das war alles schlecht.“ Ganz im Gegenteil.

Wir haben aber doch die rechtlichen Vorgaben komplett zu beachten. Das ist doch logisch. Wenn das Bundesverwaltungsgericht ein so vernichtendes Urteil zunächst einmal über eine Pressemitteilung bekannt gibt, dann können wir doch nicht zur Tagesordnung übergehen und sagen: Lassen wir es.

Dann nochmals zur Ausschreibung – das ist immer wieder ein Punkt –: Wir wissen eben nicht, wer es in dieser Situation dann bekommt. Es wurde von Minister Stichelberger ja deutlich gemacht, dass jetzt, da Strukturen vorhanden sind, eine Trägerschaft einen einfacheren Weg darstellt.

Also, bitte, lassen Sie uns doch einmal hier in den Bereichen das Urteil abwarten. Dann werden wir das letztlich sehen.

Noch einmal: Die Trägerschaft ist für uns nicht der allergrößte Bereich, sondern es geht um die Qualität. Und die Qualität wollen wir oben halten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Bundesverwaltungsgericht hat uns bis Ende 2016 Zeit gegeben! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie wissen nicht einmal, für was!)

Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Kollege Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Aber, Kollege Zimmermann, wenn wir bis 2016 warten, um zu entscheiden, ob wir noch einmal ausschreiben oder es in eigener Regie machen, dann haben wir dasselbe Problem wie Sie 2007, dass wir nämlich das Parlament nicht mehr rechtzeitig mit dem Gesetz betrauen können, sondern bei dieser Frage die Karte „Notbewilligungsrecht“ ziehen müssen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das wäre Ihre Strategie, was den Zeitablauf angeht.

Wenn Sie jetzt wirklich sagen: „Die Effizienzrendite ist ja ganz nett“, dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen: Das war Ihre eigene Forderung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die haben wir doch erreicht!)

Das ist ja nichts, was wir Ihnen vorwerfen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die haben wir dreimal erreicht!)

– Können Sie das einmal mit Ihrem Freund, dem Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Munding, besprechen, der eine völlig andere Auffassung hat?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein, der hat eine andere Rechenaufgabe gemacht!)

(Sascha Binder)

– Nein, er hat überhaupt keine andere Rechenaufgabe gemacht, sondern er hat einfach nur gefragt: „Ist das Ziel, das sich die alte Landesregierung gesetzt hat, erreicht oder nicht?“ Und der Rechnungshof hat gesagt: Nein.

Das kann man zur Kenntnis nehmen; man kann den Rechnungshof ernst nehmen – wie es der Kollege Dr. Löffler tut –, oder man kann ihn nicht ernst nehmen, wie Sie es tun, Herr Kollege Zimmermann. Mir scheint, bei der CDU nimmt man es gerade so, wie man es braucht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Widerspruch des Abg. Karl Zimmermann CDU – Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Zimmermann, es geht doch um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das, was Sie an Erfolgen aufzeigen, erarbeitet haben. Es geht nicht um die Frage: Ist NEU-START gut, ist die Firma X – Sie nennen das ja im Übrigen Firma; wenn man nicht vom freien Träger spricht, ...

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Sascha Binder SPD: ... wird man schon kritisiert. Sie bezeichnen das als Wirtschaftsunternehmen. Jetzt sagen Sie einmal, es geht um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wenn wir uns anders entscheiden sollten – brauchen wir, und die wollen wir auch. Da geht es nicht um die Frage, wer am Ende den Zuschlag erhält, sondern es geht um die Frage, ob wir aus-schreiben, ja oder nein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet, und Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. In der Mittagspause sind Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Mitglieder der Landesregierung, die Gäste und die Mitglieder der Landespressekonferenz herzlich zu einem zwanglosen Empfang im Foyer eingeladen.

Wir setzen die Sitzung um 14:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:00 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Ich gebe dem Vertreter der SPD-Fraktion, Herrn Abg. Storz, das Wort zu dem Thema, das von der Fraktion der SPD angemeldet wurde:

Außenwirtschaftspolitik

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, liebe interessierte Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Manfred Hollenbach CDU: Ihre Fraktion fehlt!
– Abg. Dr. Patrick Rapp CDU nimmt auf einem Abgeordnetenplatz der SPD-Fraktion Platz. – Vereinzelt Heiterkeit)

Aus aktuellem Anlass möchte ich gern mehr über die Außenwirtschaftspolitik der Landesregierung erfragen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das interessiert außer Ihnen von der SPD niemanden!)

Anfang Dezember 2014 besuchte Minister Dr. Nils Schmid mit einer Delegation die Niederlande, und am 14. Februar werden Minister Dr. Nils Schmid und Minister Andreas Stoch im Rahmen einer Wirtschaftsdelegationsreise das Land Israel besuchen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Durfte da niemand von der SPD mit?)

Die Außenwirtschaftspolitik gilt als wichtiger Türöffner für die baden-württembergische Wirtschaft im Ausland. Vor allem die mittelständische Wirtschaft profitiert. Die Welt um uns herum ändert sich stetig, und politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verschieben sich. Diesen Herausforderungen muss sich nicht nur die baden-württembergische Wirtschaft stellen, sondern auch die Politik der Landesregierung.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie steht Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb und im Vergleich der deutschen Flächenländer als Exportland da, und wie kommt der Erfolg des Exportstandorts Baden-Württemberg bei den Betrieben und ihren Beschäftigten an?

(Beifall des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU, auf einem Abgeordnetenplatz der SPD-Fraktion sitzend)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Fragen des Abgeordneten gern.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Zunächst gehe ich auf den ersten Teil der Frage ein: Natürlich hat sich die baden-württembergische Wirtschaft erfolgreich der Internationalisierung gestellt und deren Vorteile genutzt.

(Abg. Volker Schebesta CDU steht vor seinem Abgeordnetenplatz.)

Herr Schebesta darf ruhig Platz nehmen – nachdem er so erwartungsvoll dasteht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Danke! Ich wäre stehen geblieben, wenn Sie das nicht gesagt hätten!)

– Ich habe schon überlegt, ob Sie auch eine Frage stellen wollen. Aber wir sind uns einig, Kollege Schebesta: Die baden-württembergische Wirtschaft hat sich erfolgreich der Internationalisierung –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich bin immerhin da, im Unterschied zur SPD-Fraktion!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

– Die ist durch den wirtschaftspolitischen Sprecher hervorragend vertreten.

(Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU:
Warum fragen sie dann?)

Lieber Herr Schebesta, der Vorteil ist – die SPD-Fraktion weiß das alles schon –: Sie können von mir alles aus erster Hand erfahren.

(Heiterkeit – Zurufe: Thema erledigt!)

Für Sie, für das Parlament insgesamt wird hier gearbeitet. Die Regierungsbefragung ist für das Parlament insgesamt. Ich freue mich, dass die Regierungsbefragung sich dem wichtigen Thema der Außenwirtschaft gewidmet hat.

Ich würde vorweg gern festhalten wollen, dass sich die baden-württembergische Wirtschaft sehr erfolgreich der Internationalisierung gestellt und deren Vorteile genutzt hat. Das kann man durch die Feststellung unterstreichen, dass unsere Wirtschaft mit einer Exportquote von über 42 % des Bruttoinlandsprodukts an der Spitze der deutschen Flächenländer steht. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 32,5 %.

Seit 1992 ist der Warenexport mit durchschnittlich 5,8 % pro Jahr mehr als doppelt so schnell gewachsen wie die allgemeine Wirtschaftsleistung. Der Export von Dienstleistungen hat sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Und, nicht zu vergessen: Unsere wichtigsten Industriebranchen – der Automobilsektor mit 70 % und der Maschinenbau mit 61 % – weisen sehr hohe Exportquoten auf. Eine weitere Besonderheit von Baden-Württemberg: Gerade die mittelständische Wirtschaft hat sich in erheblichem Maß international orientiert.

Trotz allem bleibt es dabei: Die wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs liegen immer noch in Europa und in Nordamerika. Knapp 65 % aller Exporte gehen in den europäischen Raum, fast 11 % allein in die USA. Die USA sind immer noch unser Handelspartner Nummer 1. Daher auch die Bedeutung der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über das Freihandelsabkommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Aber immer wichtiger sind in den letzten Jahren die Wirtschaftsbeziehungen zu den Emerging Markets geworden. Ein Viertel aller Waren werden inzwischen dorthin exportiert. Innerhalb von zehn Jahren haben sich die Exporte in die vier BRIC-Staaten vervierfacht. China ist inzwischen mit 8 % der Exporte aus Baden-Württemberg auf Platz 4 der Exportstatistik gerückt.

Wenn man weg vom Handel hin zu den Investitionen geht, lässt sich festhalten, dass Baden-Württemberg auch für Neuinvestitionen aus dem Ausland ein attraktiver Standort ist. Nach einer Auswertung von Ernst & Young weist Baden-Württemberg mit 222 Projekten im Jahr 2013 die höchste Zahl solcher Investitionsprojekte unter allen Bundesländern auf. Damit wurden knapp 1 500 Arbeitsplätze geschaffen. Man sieht also, Baden-Württemberg ist auch als Investitionsstandort sehr erfolgreich und sehr gefragt.

Zu den Auswirkungen auf die Betriebe und ihre Beschäftigten will ich zunächst festhalten, dass die hohen Exportquoten

und die erfolgreich gemeisterte Globalisierung eine große Leistung der Betriebe in unserem Land und ihrer Beschäftigten sind. Damit ist klar, dass die Globalisierung, die internationale Verflechtung der baden-württembergischen Wirtschaft maßgeblich zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und damit auch zum Wohlstand für die Familien in Baden-Württemberg beiträgt.

Wir haben in Deutschland traditionell eine starke internationale Vernetzung. Nach einer aktuellen Studie von McKinsey ist Deutschland – und damit auch Baden-Württemberg – auf Platz 1 beim Vernetzungsgrad, was die Ströme in den Bereichen Handel, Finanzen, Menschen und Daten betrifft. Das ist ein handfester wirtschaftlicher Vorteil. Denn stärker vernetzte Länder wie Deutschland profitieren bis zu 40 % mehr von der Internationalisierung als weniger vernetzte Länder.

Ich weise auch gern darauf hin, dass, wenn man auf die einzelbetriebliche Ebene heruntergeht, einer Umfrage der IHK Region Stuttgart zufolge Investitionen von Unternehmen aus Baden-Württemberg im Ausland zu steigenden Investitionen und positiven Beschäftigungseffekten auch im Inland führen.

Einige Beispiele würde ich gern noch kurz anführen. Die Daimler AG investierte im vergangenen Jahr knapp 3 Milliarden € in deutsche Standorte und plant für 200 Millionen € das neue Prüf- und Technologiezentrum in Immendingen. Bosch hat für 300 Millionen € ein neues Forschungszentrum in Renningen in der Eröffnung.

All das sind auch wichtige Entscheidungen für den Standort Baden-Württemberg. Damit ist klar: Von dieser Internationalisierung profitieren auch die Beschäftigten hier im Land – ein schönes Beispiel für die Erfolge der Vernetzung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage stellt für die CDU-Fraktion Herr Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Minister, steht die Landesregierung mit den führenden Wirtschaftsverbänden hinsichtlich des Freihandelsabkommens TTIP im Austausch? Die Landesregierung – zumindest Sie von der SPD; bei den Grünen ist das eher etwas kritisch – hat sich bislang in zwei Drucksachen positiv geäußert. Jetzt lese ich in den Medien, dass Herr Gabriel in der SPD eine Mitgliederbefragung zu TTIP lancieren will. Wenn sie nicht so ausgeht, wie Sie sich das vorstellen, wie verhalten Sie sich dann?

Zweitens: CETA, das Freihandelsabkommen mit Kanada, ist ausverhandelt, muss im Bundestag ratifiziert werden. Wie verhält sich Baden-Württemberg?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Es ist schon klar geworden: Die Landesregierung misst dem freien Welthandel eine hohe Bedeutung bei. Ich will das einmal an einem ganz anderen Beispiel, lieber Kollege Löffler, deutlich machen: Baden-Württemberg ist auf der einen Seite exportstark. Baden-Württemberg ist andererseits aber auch extrem importabhängig, wenn es um Rohstoffe geht. Wenn wir uns beispielsweise Öl, Gas, aber auch seltene Erden als wichtige Elemente unserer produzierenden Industrie anschauen, wissen wir, dass die Kehrseite der Exportstärke von Baden-Württemberg ist, in hohem Maß auf Importe angewiesen zu sein. Aus diesem Grund sind wir existenziell auf den freien

(Minister Dr. Nils Schmid)

Warenverkehr gerade dieser wichtigen Grundgüter angewiesen.

Wir haben deshalb in der Landesregierung die Position zu diesem Freihandelsabkommen festgelegt. Es gab einen Kabinettsbeschluss und Bundesratsinitiativen dazu, und an dieser Linie der Landesregierung hat sich nichts geändert. Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP, also dem Abkommen zwischen EU und USA, haben gerade erst begonnen. Insofern gilt unverändert das, was die Landesregierung dazu beschlossen und als Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat. Diese wurde vom Bundesrat auch so beschlossen.

Sie kennen die Aussage, dass wir dies grundsätzlich positiv unterstützen wollen, dass auf der anderen Seite aber die bewährten europäischen Standards in den Bereichen Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Umwelt bewahrt werden müssen. Auch die Kernarbeitsnormen der ILO sind ein wichtiger Gesichtspunkt. Das ist aber dann ein wichtiger Input für die Verhandlungen. Insofern gilt diese Haltung unverändert fort.

Was das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada anbelangt, haben Sie recht: Das ist weitestgehend ausverhandelt. Da wird jetzt die Übersetzung gemacht. Es gibt offensichtlich insbesondere zu den Schiedsgerichtsklauseln, die dort für die Investor-Staat-Schiedsverfahren vorgesehen sind, noch Klärungsbedarf. Diesen Bedarf hat auch die Bundesregierung angemeldet. Man wird sehen und auswerten müssen, was darin genau enthalten ist.

Es gibt die Haltung von vielen europäischen Partnern, dass das CETA-Abkommen gerade bei den Schiedsklauseln im Vergleich zu den gewöhnlichen Standards maßgebliche Verbesserungen vorsieht. Das werden wir im Lichte der Kriterien, die wir auch für das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU aufgestellt haben, genau prüfen. Dann wird die Regierung, wenn das im Bundesrat beschlussreif ist – das wird nach meinem Kenntnisstand nicht vor Ende dieses Jahres der Fall sein –, eine endgültige Position dazu finden.

Aber, wie gesagt, wir sind für solche Freihandelsabkommen aufgeschlossen, weil sie auch die Möglichkeit bieten, über die eigentliche Freihandelszone hinaus internationale Handelsstandards zu definieren, um dann auch wichtige deutsche und europäische Anliegen in das Welthandelssystem einfließen zu lassen. Das, was in Abkommen zwischen Kanada und der EU oder zwischen den USA und der EU Standard ist, hat natürlich eine große Chance, dann bei weiteren bilateralen oder multilateralen Handelsabkommen Standard zu werden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger FDP/DVP.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich teile in weiten Bereichen Ihre Einschätzung. Trotzdem interessiert mich noch einmal, wie Sie die Chance einschätzen, dass es überhaupt zu einem Abschluss kommt.

Der Deutsche Bauernverband und auch der hiesige Bauernverband stehen positiv dazu, obwohl man ja weiß, dass es im Bereich Lebensmittel durchaus Probleme geben kann, was die Standards angeht.

Glauben Sie tatsächlich, dass es zu einem Abschluss kommt, der womöglich gewisse europäische Standards beinhaltet, die den Interessen amerikanischer Farmer – die bei amerikanischen Wahlen ein Wahnsinnsgewicht haben – entgegenstehen? Sehen Sie das Votum nicht in diesem Segment der Volkswirtschaft als ein K.-o.-Kriterium an?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Zunächst einmal, Herr Bullinger, bin ich dankbar für den Hinweis, dass ein solches Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU die Zustimmung beider Seiten braucht. Das heißt, wir brauchen natürlich auch eine positive Zustimmung von amerikanischer Seite. Sie haben recht: Es liegt nicht nur an Europa, sondern auch an den amerikanischen Partnern, insbesondere dem amerikanischen Kongress, dieses Freihandelsabkommen zu befördern oder zu verzögern – bis hin zu der Möglichkeit, es nicht gelingen zu lassen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass auf beiden Seiten des Atlantiks natürlich Interessenverbände für ihre jeweiligen Interessen streiten. Dazu gehören aus verständlichen Gründen auf beiden Seiten auch die Landwirtschaftsverbände.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass sich Kollege Bode sehr deutlich zu Wort gemeldet hat, was die Wahrung der Standards für regionale Herkunftsbezeichnungen anbelangt. Daran haben wir aufgrund der vielfältigen regionalen Strukturen nicht nur der deutschen landwirtschaftlichen Produktion, sondern in ganz Europa ein europäisches Interesse. Das wird selbstverständlich Eingang in die anstehenden Verhandlungen finden müssen.

Es ist in der Tat offen, wie die amerikanische Politik, konkret die amerikanische Legislative, mit diesen Verhandlungen umgeht. Präsident Obama hat in seiner State of the Union Address Anfang des Jahres noch einmal deutlich gemacht, dass er in seiner Amtszeit diese Verhandlungen zu Ende bringen will und deshalb die sogenannte Fast-Track-Autorisierung durch den Kongress erreichen will. Es ist offen, ob das gelingen wird. Insofern spricht alles dafür, dass beide Seiten die Karten auf den Tisch legen und sich bemühen, in den verschiedenen Themenfeldern gemeinsame Standards zu finden.

Ich halte das auch nicht für ausgeschlossen. Denn wenn man genauer hinschaut, sieht man: Wahrscheinlich gibt es in Amerika wie in der EU Standards, die hohe Sicherheiten gewährleisten, wenn auch vielleicht auf unterschiedlichem Weg. Insofern sollte man sich der Sache zuwenden und dann ausgehend von dem Verhandlungsergebnis beurteilen, ob die Standards, die uns wichtig sind, dort genügend berücksichtigt worden sind oder nicht.

Das heißt, jetzt ist es noch zu früh, ein Urteil über TTIP zu fällen. Man wird vielmehr das Verhandlungsergebnis abwarten müssen.

Klar ist auch: Die Anforderungen, die wir, die Landesregierung, stellen, fließen ein. Deshalb hat das Kabinett in Brüssel getagt und das eingebracht, deshalb bringen wir das in den Bundesrat ein, deshalb werden wir, die Landesregierung, diese Anliegen auch in den weiteren Verhandlungsprozess einbringen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Eine weitere Frage des Herrn Abg. Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Minister, Sie haben vorhin auf die Exportstärke unseres Landes hingewiesen. Ich frage Sie deshalb: Was tut das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, um die Spitzenstellung der baden-württembergischen Betriebe und ihrer Beschäftigten im Welthandel zu behaupten und auszubauen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist die Frage!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Storz, vielen Dank für diese Frage. Denn man darf sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Man darf nicht zufrieden sein mit dem, was man erreicht hat. Deshalb wollen wir gerade den kleineren und mittleren Unternehmen helfen, ihre Spitzenstellung auszubauen. Dazu dient als Instrument ganz wesentlich das Außenwirtschaftsprogramm von bw-i, wo Jahr für Jahr im engen Austausch mit den Kammern und den Verbänden der Wirtschaft, aber auch mit den Partnern der Landesmesse und unter Beteiligung der Landesagenturen festgelegt wird, wie wir Exportmärkte erschließen. Das ist etwas, bei dem wir ganz bewusst die Rückmeldung aus den Kammern und den Unternehmen heranziehen, um uns auch den rasanten Veränderungen auf den Märkten zu stellen.

Wir haben deshalb in einem ersten Schritt bw-i im vergangenen Jahr finanziell gestärkt. Es geht darum, dass bw-i für die Außenwirtschaftsaktivitäten noch besser Branchen- und Technologieschwerpunkte bilden und die einzelnen Landesagenturen zu diesem Zweck koordinieren und untereinander abstimmen kann.

Wir fördern außerdem die Internationalisierung der bestehenden Cluster hier in Baden-Württemberg und haben zusätzliche Beratungsprogramme für KMUs auf den Weg gebracht.

Was sich besonders bewährt hat und was wir weiter verstärken wollen, ist, dass wir fachspezifische Delegationsreisen durchführen. Beispielsweise hat sich bewährt, zusammen mit der Landesagentur E-Mobilität eine E-Mobilitäts-Delegation zu bilden, der aber nicht nur die Unternehmen angehören, sondern auch Hochschulen und Forschungsinstitute. Wir werden also insbesondere die Verzahnung von Unternehmen, Kammern, Verbänden und Forschungsinstituten sowie Hochschulen bei der Außenwirtschaftsaktivität vorantreiben. Ein gutes Beispiel war die Chinareise, die ich dazu im Jahr 2012 machen konnte.

Das werden wir also auch in Zukunft machen. Wir haben beispielsweise jetzt auch bei der Reise, die ich zusammen mit Kollegen Stoch nach Israel unternehmen werde, eine enge Abstimmung und eine Branchenfokussierung vor; in diesem Fall liegt ein Schwerpunkt logischerweise bei der IT.

Ein weiteres Instrument, um die Internationalisierung der baden-württembergischen Wirtschaft voranzubringen, ist die gut eingeführte „GlobalConnect“-Messe als Forum für Export und Internationalisierung, die im Jahr 2014 zum vierten Mal veranstaltet worden ist. Sie hatte eine Rekordbeteiligung von 3 300 Teilnehmern; das war die größte Außenwirtschaftsveranstaltung in Deutschland.

Nicht zuletzt dienen auch unsere politischen Partnerschaften mit Partnerprovinzen außerhalb Europas, z. B. mit chinesischen Partnerprovinzen, aber auch mit dem brasilianischen Bundesstaat Paraná sowie auch die Kooperation im Donauraum dieser Internationalisierung.

An diesen Beispielen sehen Sie, dass wir versuchen, aus den Erfahrungen der Vergangenheit Neues und Fokussiertes hinzubekommen. Wie gesagt: Insbesondere die enge Verzahnung zwischen anwendungsorientierter Forschung und den Unternehmensdelegationen hat sich als sehr fruchtbar herausgestellt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Minister, wir haben heute Morgen über das Thema Innovation debattiert. Ich frage Sie gerade im Hinblick auf die außenwirtschaftlichen Herausforderungen: Was wartet da auf die exportorientierten baden-württembergischen Betriebe und ihre Beschäftigten in den nächsten Jahren?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Was wartet auf sie?

(Lachen des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das Erste ist Unsicherheit. Leider haben wir gerade in wichtigen Zielmärkten außenwirtschaftlicher Aktivitäten eine große wirtschaftliche wie politische Unsicherheit zu verzeichnen. Das beginnt schon innerhalb der Eurozone – das sehe ich, wenn ich mir beispielsweise die Situation in Spanien anschau; Spanien ist für das produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg durchaus ein wichtiger Partner –, und es reicht bis hin zu den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise und den daraufhin gegen Russland verhängten Sanktionen. Nun ist Russland nicht der allerwichtigste Handelspartner, gehört aber doch zu den Top Ten oder Top Twelve, ist also nicht unwichtig.

Wenn wir über Europa hinausgehen, sehen wir, dass die arabische Welt, der arabische Raum von Unsicherheiten und politischen Unruhen erschüttert ist. Und wenn wir uns den Zukunftsmarkt Afrika ansehen – wir ringen auch ein bisschen darum, wie wir da den richtigen Zugang finden –, der schnell von Unglücksfällen wie der Ebolaepidemie heimgesucht wird, dann werden die Begeisterung, diesen Markt anzugehen, und die Nähe zu diesem Thema schnell infrage gestellt.

Die zweite Herausforderung ist aus meiner Sicht die Verschärfung des Wettbewerbs. Unsere Kernbranchen, beispielsweise der Maschinenbau, finden habhafte Herausforderer auch aus aufstrebenden Ländern wie China. Im Rahmen meiner letzten Chinareise haben wir ein großes Maschinenbauunternehmen in der Partnerprovinz Liaoning, in der Stadt Shenyang, besucht. Wir wissen nicht, ob sie uns alles gezeigt haben, aber – seien wir einmal ehrlich – das, was wir gesehen haben, hat uns keine Angst eingeflößt. Das Potenzial jedoch, es insbesondere bei den mittelpreisigen Maschinen auch mit den baden-württembergischen Maschinenbauern aufzunehmen, ist da. Das Thema der sogenannten Good-enough-Produkte, also nicht der High-end-Produkte, sondern derjenigen, die einfach zuverlässig gute Qualität abliefern, stellt sich neu, in diesem Fall für die Maschinenbauer in unserem Land, im Ver-

(Minister Dr. Nils Schmid)

hältnis zu den Wettbewerbern, die jetzt massiv in den Markt drängen.

Drittens haben wir nicht nur regional neue Wettbewerber, sondern wir haben auch die neuen Antriebstechnologien. Wettbewerber aus anderen Ländern, beispielsweise aus den USA oder aus Japan und Südkorea, sind mit alternativen Antrieben sehr erfolgreich auf den Markt gegangen, seien es batterieelektrische Fahrzeuge, seien es Hybridfahrzeuge.

Vierter Punkt: Wir werden uns bei dem beliebten und viel diskutierten Thema „Industrie 4.0“ anstrengen müssen, damit wir das, was wir an einmaliger Kompetenz einbringen können, nämlich Maschinenbau, Elektronik, Sensorik und IT, so kombinieren können, dass wir weltweit erfolgreich sind. Das ist ein Ringen gerade mit unseren amerikanischen Mitbewerbern.

Dann haben wir noch zwei Herausforderungen. Zumindest auf eine bin ich schon kurz eingegangen. Das ist die Frage des freien Welthandels: Wie bekommen wir das mit dem Freihandelsabkommen hin? Hier geht es um das Spannungsverhältnis zwischen bilateralen Abkommen und multilateralen Verständigungen zur Förderung des Handels.

Zuletzt möchte ich das ansprechen, was mir auch in vielen Diskussionen mit Unternehmen aufgefallen ist: Es gibt zunehmend einen Wettbewerb nicht nur zwischen Produktionsstandorten, sondern auch zwischen Forschungsstandorten. Damit wird das, was als sicher, bewährt, nicht verschiebbar und transformierbar angesehen wird, nämlich die Forschungs- und Entwicklungsstandorte, auch immer internationaler. Wenn ich daran denke, dass ich im Rahmen einer Indienreise ein großes Forschungs- und Entwicklungszentrum von SAP in Bangalore mit wer weiß wie viel Tausend Softwarefachleuten besuchen konnte, dann sehe ich, dass insbesondere im IT-Bereich, aber zunehmend auch in anderen Ingenieurberufen eine große Herausforderung besteht.

Dieser Herausforderung stellen wir uns. Es fängt damit an, dass wir sie benennen, aber dann müssen wir umso mehr darauf achten, dass die Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg und in Deutschland gerade für diese Themen richtig sind. Wir hatten heute Vormittag ja Gelegenheit, ausführlich über die Innovationspolitik zu diskutieren.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Minister, diese Herausforderungen wirken in einigen Teilen für die Wirtschaft in unserem Land fast bedrohlich. Ich frage Sie deshalb: Was machen Sie, um die Außenwirtschaftspolitik auszurichten und weiterzuentwickeln und um diesen Herausforderungen zu begegnen?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Bedrohlich ist es nicht, aber es gibt zumindest Anlass zur Wachsamkeit. Wir haben deshalb letztes Jahr nicht einfach nur „30 Jahre bw-i“ gefeiert, sondern wir haben mit allen Beteiligten eine Strategiediskussion angestoßen, um einen gemeinsamen Orientierungsrahmen für die Außenwirtschaft des Landes zu erarbeiten.

Das bedeutet erstens, dass wir Zukunftsmärkte immer wieder analysieren und Schwerpunkte vorschlagen. Ich habe z. B.

schon darauf hingewiesen, dass wir Teilbereiche wie Elektromobilität oder auch Gesundheitstechnik, Medizintechnik – etwas, was ich jetzt in den Niederlanden an Bord hatte – als Schwerpunktthemen hineinnehmen und nicht nur von den Ländern her denken, sondern auch von den Branchen her. Dass wir noch spezifischer auf Unternehmens- und Branchenthemen eingehen, gehört auch dazu.

Eine Facette könnte sein, dass wir zusätzliche Angebote für Start-up-Unternehmen und junge Unternehmen maßschneidern, weil diese in der Regel noch nicht so stark international ausgerichtet sind.

Wir haben auch vor, den vom Kollegen Peter Friedrich angestoßenen entwicklungspolitischen Dialog aufzugreifen, um einen entwicklungspolitischen Unternehmerdialog zu führen, in dem es um die Verzahnung und die Gemeinsamkeiten von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit geht. Wir meinen, da gibt es Potenziale. Gerade die Außenwirtschaft kann dazu einen Beitrag leisten; denn letzten Endes geht es ja auch darum, die wirtschaftliche Situation in den Zielländern zu verbessern.

Wenn ich daran denke, dass wir – zu Recht – über die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland diskutieren und dass sehr viele der Flüchtlinge aus den westlichen Balkanstaaten kommen, dann ist natürlich die Frage, wie wir den Menschen in Serbien bzw. in Mazedonien eine Perspektive geben können, von zentraler Bedeutung. Deshalb ist es außerordentlich erfreulich, dass die Bundesregierung daran festhält, diesen Staaten eine EU-Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen, vorausgesetzt, sie erfüllen die bekannten Kopenhagener Kriterien. Aber es ist klar, dass wir eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ausgangsländern von Flucht- und Migrationswilligen nur erreichen können, wenn sie, was Europa betrifft, beispielsweise die Chance haben, am EU-Binnenmarkt zu partizipieren. Am Beispiel anderer EU-Beitrittsstaaten sieht man, dass das sehr gut funktioniert hat. Der EU-Beitritt ist eine wichtige Perspektive.

In diesem Sinn glaube ich, dass die Verzahnung von Außenwirtschaft und Aufbauhilfe bis hin zur Entwicklungszusammenarbeit in verschiedenen Formen in Zukunft eine wichtige Facette der Außenwirtschaftsaktivitäten der Landesregierung sein sollte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Storz, es sind gerade noch zwei Minuten, dann ist die erste halbe Stunde der Regierungsbefragung abgelaufen. Sie haben also gerade noch eine Minute für die Frage. Schaffen Sie das?

(Zuruf: Er schafft es!)

– Also gut. Dann eine weitere Frage des Herrn Kollegen Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Minister, eine Herausforderung ist die europäische Wachstumskrise. Ich frage Sie deshalb: Welche Rolle spielen denn vor diesem Hintergrund Reiseziele innerhalb Europas bei politisch flankierten Auslandsreisen?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Wir bemühen uns ganz bewusst, den Kontakt in die europäischen Partnerländer zu halten. Es gibt einerseits den bewährten Rahmen der „Vier Motoren“, in dem wir insbesondere die

(Minister Dr. Nils Schmid)

Aktivitäten zu dem Thema „Fachkräfte, berufliche Ausbildung“ verstärkt haben. Ich werde selbst noch in diesem Frühjahr nach Katalonien, nach Barcelona, reisen, um dort das Thema Fachkräfte zu besprechen.

Dazu gehört aber auch, dass wir – in diesem Fall aber branchenspezifisch und sehr genau fokussiert – in ein Land wie die Niederlande gereist sind, um dort mit Partnern über Themen wie Gesundheitstechnik, „Digitalisierung der Produktion“ und Elektromobilität zu sprechen.

Dazu gehören auch die umfangreichen Aktivitäten insbesondere des Kollegen Peter Friedrich in seiner Funktion als Europaminister – Stichworte Gemischte Regierungskommission, Donaauraumstrategie. Dabei helfen wir unseren europäischen Partnern in verschiedener Weise, auch von den Strukturen, von der institutionellen Ordnung ihres Staates her, Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung schaffen zu können.

(Abg. Hans-Peter Storz SPD: Vielen Dank!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit ist das erste Thema der Regierungsbefragung behandelt.

Ich rufe das zweite Thema auf – es wurde von der CDU angemeldet –:

H o l z v e r m a r k t u n g

Ich erteile Herrn Abg. Dr. Rapp von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Außenwirtschaft jetzt zu einem sektoralen Bereich der Binnenwirtschaft, der Forstwirtschaft.

In Baden-Württemberg sehen derzeit viele Privat- und Kommunalwaldbesitzer, aber auch Naturschützer, Forstbedienstete und Sägewerksbetreiber mit Sorge auf das aktuelle Kartellverfahren zum Thema Holzvermarktung. In den vergangenen Monaten haben Sie, Herr Bonde, mit dem Bundeskartellamt verhandelt und nach eigenem Bekunden keinen Erfolg für das Land erzielt.

Im Folgenden geht es mir allerdings nicht um das Herzstück dieses Kartellverfahrens, den Nadelstammholzverkauf, sondern um die weiteren forstlichen, forstwirtschaftlichen Tätigkeiten, die aktuell auch Streitpunkt der Debatten sind.

Sie haben nach Ihren erfolglosen Verhandlungen die Verpflichtungszusagen gegenüber dem Kartellamt zurückgezogen und dargestellt, das Kartellamt sei zu keiner Lösung bereit. Auf dem Winterkolloquium der Universität Freiburg in der letzten Woche hat der Präsident des Bundeskartellamts, Herr Mundt, jedoch dargelegt, seine Behörde sei sehr wohl zu Kompromissen bereit gewesen. Daher frage ich Sie zu diesem Lösungsweg, worüber Sie mit dem Kartellamt konkret verhandelt haben und warum dies letztlich gescheitert ist.

Es gibt einen zweiten Lösungsweg im Sinne des Landes, und zwar die Änderung oder Anpassung des Bundeswaldgesetzes. Dazu frage ich Sie: Wie steht die Landesregierung zu der vorgeschlagenen Änderung des Bundeswaldgesetzes? Was unter-

nimmt sie, um diese Änderung – für den Fall, dass sie sie für positiv hält – zu erreichen? Hält es die Landesregierung für zielführend, dass, wohl vonseiten des BMU, der Versuch unternommen wird, die Anpassung des Waldgesetzes mit weiteren Forderungen, die in keinem unmittelbaren sachlichen Zusammenhang dazu stehen, zu verzögern?

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zur Beantwortung erteile ich Herrn Landwirtschaftsminister Bonde für die Landesregierung das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Rapp, für die Frage. – Das Kartellverfahren gegen die Rundholzvermarktung des Landes Baden-Württemberg ist für uns ja schon lange ein Thema. Das Verfahren gegen das Land Baden-Württemberg läuft seit dem Jahr 2002. Es konnte 2008 durch einen meiner Amtsvorgänger durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung und dann durch einen Verpflichtungsentscheid beigelegt werden.

Gleichwohl gab es im Jahr 2011, obwohl das Land Baden-Württemberg alle Zusagen aus der damaligen Entscheidung eingehalten hatte, erneut Beschwerden von Forstbetriebsgemeinschaften und einem Sägewerband. Diese Beschwerden haben dann dazu geführt, dass das Bundeskartellamt im Jahr 2012 das Verfahren erneut eingeleitet hat, obwohl – das betone ich – das Land Baden-Württemberg alle ihm aufgetragenen Verpflichtungen aus dem Vorverfahren eingehalten hat.

Das Bundeskartellamt hat dem Land Baden-Württemberg schließlich am 20. Dezember 2013 einen Entwurf für eine Untersagungsverfügung zukommen lassen. Wir, die Landesregierung, haben damals in enger Absprache mit den kommunalen Landesverbänden, aber auch mit den verschiedenen Verbänden der Branche und den im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam diskutiert und dann entschieden, den Verhandlungsweg mit dem Bundeskartellamt zu suchen. Wir wollten eine rechtssichere Lösung finden, die Sicherheit in den Sektor bringt, die den Anliegen insbesondere der Kommunal- und der Privatwaldbesitzer auf Weiterführung der bestehenden guten Zusammenarbeit vor Ort Rechnung trägt – der bekannten hohen Dienstleistung, aber eben auch den Mechanismen, die im Rahmen des Einheitsforstamts dafür sorgen, dass der Wald in Baden-Württemberg in all seinen Waldfunktionen adäquat betreut und gerettet werden kann.

Das Kartellamt hat sich im Rahmen der Verhandlungen sehr hart aufgestellt. Es hat beharrlich auf eine Strukturreform der Forstverwaltung gesetzt und an zentralen Punkten das Einheitsforstamt infrage gestellt. Wir haben in langen Verhandlungsrunden versucht, Schaden vom Land und von den Waldbesitzern, aber insbesondere auch von der Sägeindustrie abzuwenden und über konstruktive Vorschläge eine Verhandlungslösung zu erreichen.

Im Oktober letzten Jahres ist es uns gelungen, ein Modell vorzuschlagen, das zum damaligen Zeitpunkt auf allen Seiten auf Akzeptanz stieß, sowohl beim Kartellamt wie auch bei den

(Minister Alexander Bonde)

verschiedenen Beteiligten aufseiten der kommunalen Landesverbände. Kern des Modells war die Herauslösung des Staatswalds in einen eigenen Staatsforstbetrieb, mit Kreisforstämtern in den Landkreisen, um das Einheitsforstamt zu 76 % für den Kommunal- und den Privatwald zu erhalten.

Das Kartellamt hat dieses Modell zum damaligen Zeitpunkt für gut gehalten. Es hat auch in den Besprechungen uns gegenüber das Signal gegeben, dies sei ein gangbares Modell, um den kartellrechtlichen Bedenken und anderen Fragestellungen des Kartellamts abzuwehren. Das wurde in Besprechungen mit dem Kartellamt so festgehalten. Das Kartellamt hat auch keine Zweifel geäußert, dass das Modell, das auf dem Tisch lag, darauf aufbaut, dass die Forsteinrichtung, die forsttechnische Betriebsleitung und der Revierdienst weiter hoheitliche Tätigkeiten sind und in diesem Rahmen auch im Weiteren rechtssicher durch die Landkreise erfolgen können.

Das war übrigens auch die Äußerung des beim Bundeskartellamt Zuständigen auf dem Forstkammerabend am 4. November, wo dieser ebenfalls zu erkennen gegeben hat, dass diese Lösung für das Bundeskartellamt tragfähig sei und damit auch das Einheitsforstamt für die Besitzer nicht staatlichen Waldes gesichert sei.

Umso größer war unsere Überraschung, als gegen Ende des Jahres dem Land Baden-Württemberg auf einmal ein Anhörungsschreiben des Bundeskartellamts mit einem Beschlussentwurf zugegangen ist. Die gefundene Verhandlungslösung mit dem sogenannten Staatswald- oder dem 76%-Modell fand sich auf den ersten sieben Seiten des Beschlussentwurfs des Bundeskartellamts wieder.

Dem folgte zur Überraschung aller Beteiligten – auch für unsere Anwälte ein Novum – eine 104 Seiten lange Begründung, in der das Bundeskartellamt zentrale Punkte des Modells – nämlich die kommunale Seite, also die Bewahrung des Einheitsforstamts für den Nichtstaatswald, das heißt für den Kommunal- und den Privatwald – rechtlich infrage stellt. Es lässt am Anfang das Modell sehr wohl zu, wirft aber rechtliche Fragen auf, die dann auch bei den kommunalen Landesverbänden zu der Einschätzung geführt haben, damit sei keine rechtssichere Umsetzung des Modells zu erreichen.

Wir sind dann nach Rücksprache mit den kommunalen Landesverbänden erneut auf das Bundeskartellamt zugegangen. Ich selbst war am 20. Januar noch einmal zu Verhandlungen in Bonn, wobei klar war: Das Bundeskartellamt war nicht bereit, das alte Modell, das ursprünglich konsentiert war, tatsächlich für rechtssicher zu erklären. Im Gegenteil: Das Kartellamt hat uns ganz offen erklärt, dass es davon ausgehe, die kommunale Seite würde hier in verschiedenen Rechtsfragen auch nach einer Reform zur Disposition stehen. Beispielsweise hat das Kartellamt die klare Vorstellung formuliert, die Abgabe von Aufgaben der Gemeinden – beispielsweise im Revierdienst – an die Kreise habe im Rahmen von Ausschreibungen und Ähnlichem zu passieren.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden dazu entschieden, die erteilte Verpflichtungszusage zurückzuziehen, um als Land weitere Rechtsmittel in der Hand zu haben.

Insofern wundern uns die Aussagen des Vorsitzenden des Bundeskartellamts, weil sie weder den Wahrnehmungen des Lan-

des – unserer Anwälte – noch denen der kommunalen Landesverbände noch vieler anderer, die sich mit Stellungnahmen zu Wort gemeldet haben, entsprechen.

Der zweite Punkt, den Sie –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Landwirtschaftsminister, die Redezeit der Regierung für die Beantwortung von Fragen im Rahmen einer Regierungsbefragung beträgt fünf Minuten. Sie sind jetzt bei sieben Minuten. Ich würde Sie einfach bitten, es jetzt ganz kurz zu machen, damit die Abgeordneten noch die Möglichkeit haben, nachzufragen.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ich bemühe mich; das ist allerdings bei dieser Rechtsmaterie nicht völlig einfach.

Die zweite Frage betrifft das Bundeswaldgesetz. Wir hatten nach dem Zugang des ersten Verfügungsentwurfs des Bundeskartellamts im Dezember 2013 auf der Agrarministerkonferenz zu Beginn des folgenden Jahres das Thema mit den anderen Ländern, die hier ebenfalls betroffen sind, angesprochen. Sie wissen, dass zwischenzeitlich die Agrarministerkonferenz den einstimmigen Beschluss gefasst hat, den Bund aufzufordern, über eine Klarstellung im Bundeswaldgesetz die vorgelagerten Tätigkeiten zum Holzverkauf klar als hoheitlich zu definieren.

Dazu gibt es einen Bundesratsantrag des Landes Rheinland-Pfalz, der im Verfahren ist, im Übrigen aber auch einen Antrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, der bedauerlicherweise von den Abgeordneten der Großen Koalition im Fachausschuss des Bundestags in einem ersten Durchgang abgelehnt wurde.

Wir stehen hier in engem Kontakt mit dem Bund und auch mit den entsprechenden Ministerien. Wir wünschen uns ausdrücklich, dass der Bundesgesetzgeber eine Klarstellung vornimmt. Das würde uns in der Auseinandersetzung mit dem Kartellamt auf jeden Fall helfen. Ich würde Sie bitten, Ihre Möglichkeiten als CDU gegenüber dem CSU-geführten Bundesministerium geltend zu machen. Wir werden im weiteren Verfahren erneut auf den Bund zugehen. Das Thema ist in der nächsten Fachministerkonferenz auch als weiteres Thema vorgesehen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Es gibt innerhalb der Bundesregierung eine Diskussion zwischen verschiedenen Ressorts. Ich bitte Sie aber, bei der Bundesregierung nachzufragen, weshalb es bis heute keinen abgestimmten Entwurf der Bundesregierung gibt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Schon fertig?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, das oberste Ziel wäre natürlich die Verhandlungslösung gewesen, und das Verfahren sah ganz gut aus. Deshalb habe ich gesagt: Das Schlechteste, was uns passieren könnte und kann, ist ein Rechtsstreit. Der Präsident hat angeblich gesagt, die Tür sei nicht zu, jedoch angelehnt.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Sehen Sie also noch Möglichkeiten, oder gehen Sie diesen Klageweg? Wenn man diesen Klageweg geht, wie rechnet man die Zeitachse für diesen Rechtsstreit? Es steht auch viel Geld auf dem Spiel, und wenn das Verfahren womöglich wegen des Rechtsstreits um drei Jahre ausgesetzt würde, wären irgendwann einmal 100, 120 Millionen € an Landesmitteln fällig, die als Strafe kämen. Wie geht es konkret weiter? Wie schätzen Sie die Zeitachse ein? Diese Unsicherheit ist für alle Beteiligten draußen im Land nicht erträglich.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Wir sind bewusst den Verhandlungsweg gegangen in der Hoffnung, nun eine rechtssichere Lösung zu finden. Das ist jetzt am Kartellamt und seinem konkreten Entscheidungsentwurf gescheitert. Ein Rechtsweg käme dann infrage, wenn das Kartellamt jetzt mit einem Entscheid gegen uns vorgehen würde.

Stand heute liegt der Ball aber vollständig beim Bundeskartellamt. Denn nach dem Scheitern der bisherigen Verhandlungslösung ist jetzt das Kartellamt am Zug, zu entscheiden, wie es dieses Verfahren weiter vorantreibt. Wir haben angekündigt, dass wir gegen einen Entscheid, der die bewährte Forststruktur bei uns zerschlagen würde und nicht die Möglichkeit gibt, hier wenigstens für den Privat- und den Kommunalwald das Einheitsforstamt zu erhalten, rechtlich vorgehen würden.

Aber da das Verfahren komplett beim Kartellamt liegt, kann ich jetzt keine Aussagen zum weiteren Fortgang oder gar zu Verfahrensdauern machen. Es liegt zum jetzigen Zeitpunkt vollständig in der Entscheidung der Bonner Behörde.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Minister, Sie haben eine Frage noch nicht beantwortet, und zwar die Frage, wie Sie das beurteilen, was das BMU an Änderungsvorschlägen für das Bundeswaldgesetz eingebracht hat. Sie wissen, es geht um den Begriff der guten forstlichen Praxis. Dazu hätte ich gern Ihre Stellungnahme.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Mir liegen keine Unterlagen über die voranschreitenden Ressortabstimmungen in der Bundesregierung vor. Ich höre, dass hier drei beteiligte Ressorts, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft als federführendes Ressort, das Bundesministerium für Wirtschaft als für Kartellfragen zuständiges Ressort sowie das Bundesministerium für Umwelt, miteinander in der Diskussion sind, was dazu führt, dass es, obwohl die Frage der Änderungen jetzt schon sehr lange thematisiert wird, nach wie vor keine einheitliche Haltung der Bundesregierung gibt.

Ich weiß nicht, was genau die Position des BMU ist. Unser Interesse ist eine Lösung, die sich konkret auf die Frage der Änderung der hoheitlichen Aufgaben im Waldgesetz bezieht. Weiter gehende Änderungen würden wir im Moment nicht anstreben, da unser Hauptinteresse ist, dass wir hier eine rechtsfeste Lösung bekommen, um die Forststrukturen in Baden-Württemberg im bewährten System zu erhalten – was analog auch das Interesse anderer Bundesländer ist, für die die gleichen Verfahren anstehen.

Wenn darüber hinaus Debatten über grundsätzliche Änderungen des Bundeswaldgesetzes stattfinden: Wir haben uns nicht daran beteiligt, da wir ein akutes Problem haben und uns eine zeitnahe Lösung hilft.

Über Fragen der guten fachlichen Praxis im Wald, wie Sie sie jetzt aufgeworfen haben, kann man trefflich streiten; dies stoßen wir aber im Moment nicht an. Wir haben ein konkretes Problem, zu dem wir gern eine konkrete Lösung vom Bundesgesetzgeber hätten, da eine Bundesbehörde gerade dabei ist, eine bewährte Struktur infrage zu stellen, die wir als erhaltenswert und erhaltensnotwendig empfinden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Dr. Bullinger FDP/DVP.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass dieses Thema – Sie haben es gerade selbst gesagt – nicht nur unser Bundesland betrifft? Die anderen Bundesländer sind zum Teil in ähnlich gravierender Weise betroffen, wenn dies Bestand hat, was jetzt vorgesehen ist.

Deshalb ist die Frage: Sehen Sie es nicht auch so, dass es zwischenzeitlich ein Bundesthema ist, bei dem es nicht um die Spielereien einzelner Ressorts – rot oder schwarz – geht, sondern eigentlich die Kanzlerin gefordert wäre? Stimmen Sie mir zu, dass es zwischenzeitlich die Dimension hat, dass man vielleicht von der Chefseite her die drei Minister – die zwei roten und den einen schwarzen – ein bisschen in die Mangel nimmt, um dort eine Lösung zu bekommen, weil es eine große Bedeutung für alle hat?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Landwirtschaftsminister. Besonders die Frage der Mangel ist interessant.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ich stimme Ihnen zu, dass das Vorgehen einer Bundesbehörde auf der Basis von Bundesgesetzen eine Bundesangelegenheit ist und insofern die Bundesregierung in der Pflicht steht. Ich stimme Ihnen ebenfalls zu, dass auch nach meiner Kenntnis die Bundeskanzlerin der Bundesregierung vorsteht.

(Beifall des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach was!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Pauli CDU.

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Herr Minister, Ihr Haus hat bereits angekündigt, dass Sie landesweit in einer einheitlichen Systematik Lösungsvorschläge vorbereiten wollen.

Erstens: Können wir davon ausgehen, dass hier Unterschiede bestehen insofern, als in einzelnen Landkreisen der Staatswald eine größere Bedeutung hat als in anderen, und dass in Landkreisen mit weniger als 5 % Staatswaldfläche eine andere Situation besteht, dass also vielleicht Differenzierungen ratsam sind?

Zweitens: Können Sie sich vorstellen, dass sich Kommunen gerade dort, wo der Staatswald sehr verzettelt und auch sehr

(Günther-Martin Pauli)

kleinteilig ist und in der Fläche nur 2, 3 oder 4 % ausmacht, im Rahmen von Kaufverhandlungen mit dem Land einigen können und damit die ganze Problematik entschärft wird?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Abgeordneter, die Frage, die Sie aufwerfen, hätte sich massiv gestellt, wenn das Kartellamt die Einigung hätte in die Umsetzung gehen lassen und wir dann in eine Trennung des Staatsforstes von den anderen Waldbesitzarten gekommen wären. Dann hätten wir tatsächlich in der Frage der Revierzuschnitte an vielen Stellen auch Fragestellungen gehabt, wie man über Flächentausch, Arrondierungen und Ähnliches dieses Modell in der Praxis wirtschaftlich tragfähiger hinbekommt als in den jetzigen Waldstrukturen.

Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich eine solche Lösung nicht ab, da die Verhandlungen gescheitert sind. Der Punkt, der jetzt ansteht, lautet: Würde das Bundeskartellamt den gemeinsamen Holzverkauf – also Rundholz, Nadelrundholz – an dieser Stelle untersagen, dann müssten wir hier – was wir dann rechtlich annehmen würden – gemeinsam mit den Landkreisen eine Lösung anstreben, die Veränderungen im Verkauf mit sich bringen würde. In der Frage der Beförderung sehen wir im Moment nicht, dass es hier zu einer Unterschiedlichkeit in der Betrachtung der Waldbesitzarten kommt.

Was am Ende der Auseinandersetzung mit dem Kartellamt erfolgen wird, ist im Moment, wie ich gerade dem Kollegen Bullinger gesagt habe, schwer abzusehen. Denn jetzt liegt es in der Hand des Kartellamts, das Verfahren weiterzuführen. Wenn es den Weg, den es bisher gegangen ist, weiterverfolgt, steht ein Rechtsstreit an, an dessen Ende man sehen muss, welche rechtliche Einschätzung und Würdigung der bestehenden funktionierenden Strukturen des Einheitsforstamts die verschiedenen rechtlichen Instanzen dann vornehmen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Minister, bei dieser ersten Bewertung Mitte des letzten Jahres zeichnete sich seitens des Kartellamts ein zweiter Lösungsweg ab, nämlich der des Körperschaftsforstamts gemäß § 47 des Landeswaldgesetzes. Dieser wurde ebenso wie das Staatswaldmodell, das Sie vorhin angesprochen haben, kartellrechtlich als gangbar dargestellt. Die Frage ist nun, inwieweit dieser Weg von Ihnen weiterverfolgt wird.

Es stehen auch Aussagen im Raum, wonach die Landesregierung sich nicht unbedingt mit voller Kraft in Berlin einmischt. Übrigens ging die Initiative in Richtung Bundesrat, in Richtung Agrarministerresolution, wie Sie wissen, von Rheinland-Pfalz aus.

Die zweite Frage lautet nun, inwieweit die Landesregierung verzögert oder ein Stück weit ausbremst, um später über die Herauslösung des Staatswalds mehr Flächen der Naturschutzverwaltung unterstellen zu können.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Abg. Rapp, in diesem Zusammenhang habe ich schon viel Legendenbildung erlebt. Diese ist mir allerdings neu. Unser Engagement in dieser Sache erfolgt mit voller Kraft. Wir haben ein großes Interesse an der Be-

wahrung des Einheitsforstamts. Im Sinne der Rechtssicherheit haben wir versucht, eine gemeinsame Lösung mit dem Kartellamt zu finden. Wir haben uns auch bundespolitisch eingemischt. Es lag in der Natur der Sache, dass andere Länder hier auch aktiv sind. Der Vorschlag aus Rheinland-Pfalz ist dann gemeinsam von allen Ländern in der Agrarministerkonferenz beschlossen worden. Insofern sehe ich keine Grundlage für Vorwürfe in Richtung mangelndes Engagement oder gar für die Vermutung, dass gleichermaßen durch das Herz, das Knie, die Brust oder sonstige eher im Billard vorhandene Argumentationsmechanismen etwas ausgelöst würde.

Unser Interesse ist, die bewährte Struktur zu erhalten und, wenn das Kartellamt uns rechtlich zu einer Veränderung zwingen kann, diese dann möglichst so hinzubekommen, dass sie sich auf den Holzverkauf konzentriert. Die vorgelagerten Dienstleistungen, die Frage des Einheitsforstamts im Sinne von Revierdienst, betriebstechnische, forsttechnische Betriebsleitung und die Frage der Forsteinrichtung halten wir für wichtige hoheitliche Aufgaben, um die gesamte Palette der Waldfunktionen abzudecken, hier einen guten Service in der Fläche zu erhalten und Holzmobilisierung tatsächlich hochhalten zu können. Unser Ziel ist, genau diese Struktur zu erhalten.

Schon das Thema „Herauslösung des Staatsforstbetriebs“ war im Rahmen unserer Verhandlungsbemühungen nur eine Antwort, die aufgrund der Entscheidung des Kartellamts zwingend erforderlich wurde. Denn die Lösungen, die sich nur auf den Holzverkauf beziehen, wurden immer als kartellrechtlich nicht machbar abgelehnt.

Was andere Modelle, etwa die Frage der kommunalen Forstämter, angeht, gab es schon im Verfahren Rechtsproblematiken, sodass diese Modelle nicht weiterverfolgt worden sind. Hier stellte sich beispielsweise auch die Frage, ob das Land so ein Modell überhaupt gegenüber den Kommunen durchsetzen kann. Es gab erhebliche rechtliche Fragestellungen. Dies hat dazu geführt, dass dieses Modell in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden, mit denen wir die ganzen Entscheidungen immer eng rückgekoppelt haben, im Verfahren mit dem Kartellamt damals nicht weiterverfolgt worden ist.

Im Moment verfolgen wir keine Modellveränderung. Der Ball liegt jetzt vielmehr beim Kartellamt. Es entscheidet, wie dieses Verfahren weiter fortgesetzt wird.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Fragen vor. – Herr Minister, dann bedanke ich mich recht herzlich bei Ihnen.

Damit ist die zweite Fragerunde beendet.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Wir haben jetzt noch sechs Minuten für die dritte Fragerunde. Wahrscheinlich reicht das gerade, um eine Frage zu stellen und eine Antwort zu geben. Vielleicht soll die Fragerunde auch auf die nächste Regierungsbefragung verschoben werden? Darüber muss die antragstellende Fraktion entscheiden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wir stellen die Frage!)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Anpassung des SWR-Staatsvertrags nach dem ZDF-Urteil

Für die dritte Frage erteile ich Herrn Abg. Salomon das Wort.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Derzeit steht die Novellierung des SWR-Staatsvertrags nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum ZDF-Staatsvertrag an. Auch bei uns steht somit eine Nachbesserung an, die umgesetzt werden muss.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Was sind die wesentlichen Änderungen, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im SWR-Staatsvertrag wirksam werden müssen? Mich und meine Fraktion würde insbesondere interessieren, wie es um die Entsendung der weiteren Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Landesverbände bestellt ist. – Das sind zunächst einmal unsere Fragen.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Beantwortung dieser Fragen erteile ich Frau Ministerin Krebs das Wort.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Vielen Dank. – Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, lieber Herr Abg. Salomon, ich werde in der gebotenen Kürze nun einen Überblick über die Veränderungen geben, die aufgrund des ZDF-Urteils anstehen.

Zum einen geht es um die Drittelvorgabe für staatsnahe Mitglieder bei Verwaltungsrat und Rundfunkrat. – Dies wird gleich noch einmal in einem anderen Zusammenhang ein Thema sein. – Zunächst einmal werden wir die Zahl der Plätze für staatsnahe Mitglieder im Verwaltungsrat um einen Platz reduzieren. Die Regierungsvertretung von Baden-Württemberg wird von zwei Plätzen auf einen Platz zurückgehen. Wir werden die Regelung der Inkompatibilität erweitern. Dazu berichte ich gleich noch mehr.

Um die Dynamisierung, die vom Bundesverfassungsgericht gefordert wurde, und die Vielfalt der Gremien umzusetzen, haben wir eine Evaluierung nach zwei Amtsperioden der Zusammensetzung der jeweiligen Gremien sowie eine Begrenzung der Amtszeiten auf drei Amtszeiten pro Gremium festgelegt. Wenn man im Rundfunkrat und im Verwaltungsrat Mitglied ist, dann sind dies insgesamt vier Amtszeiten, also 20 Jahre.

Wir haben die Transparenzregel noch etwas erweitert. Wir haben auch, was gerade auch aus den Reihen der Abgeordneten angeregt worden ist, eine Änderung dahin gehend vorgenommen, dass der Intendant wieder gemeinsam vom Rundfunkrat und vom Verwaltungsrat gewählt wird. – Das sind die wesentlichen Änderungen.

Zur Frage der kommunalen Vertreter: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil ganz eindeutig gesagt, dass es die Anteile der Vertreter der Parteien und der Kommunen im bestehenden ZDF-Fernsehrat für nicht angemessen hält, weil dies die Drittelregelung übersteigt. Was bisher noch wenig beachtet worden ist, ist, dass dies explizit im konkreten Fall auch einen Geschäftsführer eines kommunalen Spitzenverbands umfasst. Es ist ganz eindeutig, dass das Bundesverfassungsgericht auch die Geschäftsführer der kommunalen Spitzen-

verbände zu den Staatsvertretern zählt. Diese Auffassung hat zum Teil überrascht. Sie ist aber sehr eindeutig.

Daraufhin haben wir die bestehende Inkompatibilitätsregel, wonach der Rundfunkrat aufgrund der bestehenden Begrenzung keine Regierungsmitglieder und keine Abgeordneten zusätzlich in den Verwaltungsrat wählen darf, entsprechend dem Urteil auf die Vertreter der kommunalen Landesverbände erweitert. Das hat dort verständlicherweise nicht für Freude gesorgt, im Gegenteil. Wir haben jetzt auch die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts noch einmal intensiver angeschaut. Es ist sehr eindeutig, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände gemeint sind und entsprechend in die Inkompatibilitätsregel aufgenommen werden müssen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Rau.

Abg. Helmut Rau CDU: Frau Ministerin, Sie hatten die Vorlage in eine Anhörungsrunde gegeben. Wie sind die Rückmeldungen aus dieser Anhörungsrunde?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrter Herr Abg. Rau, vielen Dank für die Frage. Die Rückmeldungen sind überwiegend ausgesprochen positiv. Wir haben viel Lob dafür erhalten, dass wir die notwendigen Änderungen sehr schnell und sehr konsequent aufgegriffen haben. Wir sind aber von den kommunalen Landesverbänden auch darauf hingewiesen worden, dass sie ein Problem mit der Erweiterung der Inkompatibilität haben. Das ist uns auch auf anderem Weg bekannt geworden. Wir sind mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch, um diese Rechtsfrage gemeinsam so zu beleuchten, dass wir uns sicher sind, hier im Verfahren auf der richtigen Seite zu sein.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Fragen vor. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit ist die Regierungsbefragung, Tagesordnungspunkt 4, beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften – Drucksache 15/6235

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/6415

Berichterstatter: Abg. Karl Zimmermann

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/6415. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Artikel 1 bis 8 des Gesetzentwurfs gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Artikel 1 bis Artikel 8

Wer den Artikeln 1 bis 8 des Gesetzentwurfs Drucksache 15/6235 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt worden.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 4. Februar 2015 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Gesetz beschlossen. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 5 ist erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll? – Drucksache 15/2859 (Geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Müller das Wort erteilen.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! An den baden-württembergischen Schulen sind insgesamt ungefähr 43 000 Lehrkräfte mit der Qualifikation als Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrer tätig. Diese große Zahl von Landesbediensteten hat ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und eine Zukunftsperspektive.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind unsere Worte! Dafür ist die SPD zuständig! Für gute Arbeit ist die SPD zuständig!)

Der Verband Bildung und Erziehung macht auf die Probleme der Lehrer einer Schulart, die es nicht mehr geben soll, seit über zwei Jahren immer wieder aufmerksam. Wir selbst haben vor genau zwei Jahren einen Antrag vorgelegt, der heute Gegenstand dieser Debatte ist, und haben von der Landesregierung Konzepte, Klarheit und Engagement erwartet.

In einer Lehrerzufriedenheitsstudie der GEW, die vor einem Dreivierteljahr vorgestellt worden ist, sprach die GEW-Landesvorsitzende mit Blick auf die miserablen Zufriedenheits-

werte bei den Lehrern von einem – so wörtlich – „letzten Warnschuss für die Landesregierung“. Die Befragung bezog sich nicht nur auf Hauptschullehrer.

Vor zwei Monaten hat der Fraktionsvorsitzende der SPD davon gesprochen, dass die SPD überlege, wie man Hauptschullehrern einen Aufstieg ermöglichen könne.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Siehst du! Wir sind zuständig!)

Im Januar wolle man das beraten. Herr Schmiedel, jetzt ist Februar. Heute, im Februar, liegt nichts auf dem Tisch, übrigens auch nicht im Hinblick auf den Landeshaushalt, der vor wenigen Wochen verabschiedet worden ist. Die Landesregierung erweist sich als Rabenmutter einer großen Zahl ihrer Beschäftigten gegenüber

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Raben sind schwarz! – Abg. Walter Heiler SPD: Ich bin kein Rabe, mit Sicherheit nicht!)

– Sie hören es ungern, aber so ist es halt –, weil sie ein ums andere Mal die Probleme verschärft hat, sie über einen langen Zeitraum hinweg nicht gelöst hat, die Betroffenen ohne Konzept und Perspektive lässt und so eine immer weiter wachsende Zahl von Lehrern in eine immer schwierigere Situation bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Wenn es sich hier um einen Strukturwandel handeln würde, meine Damen und Herren, der nur aus demografischen Gründen entsteht, dann könnte man sozial verträglich, u. a. durch Fluktuation, die damit zusammenhängenden Probleme relativ leicht lösen. Aber die politischen Entscheidungen, die Sie in der relativ kurzen Zeit seit 2011 getroffen haben, haben genau zu der Problemsituation geführt, vor der wir jetzt stehen. Ich will diese einmal aufzählen.

Es fängt damit an, dass die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung weggefallen ist und damit der Anteil der Schüler, die in die Hauptschule übertreten, von damals – also 2011 – 25 % auf mittlerweile ungefähr 10 % gesunken ist.

Durch das Konzept der regionalen Schulentwicklung kommt es zu einer gezielten Schulschließungsstrategie gerade bei Hauptschulen.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Durch die Umwandlung von Hauptschulen und Werkrealschulen in Gemeinschaftsschulen entstehen für Hauptschullehrer zusätzliche Probleme, auf die ich im Einzelnen noch eingehe, nämlich zusätzliche Belastungen, gestiegene Ansprüche und Ungerechtigkeiten innerhalb der Lehrerschaft.

Durch das Zulassen einer Reihe von viel zu kleinen Gemeinschaftsschulen wird das nächste Schulsterben schon wieder vor der Tür stehen, das heißt, die nächste Welle der Probleme steht bevor.

Und schließlich: Durch die Stellenstreichungen wird die Situation zusätzlich verschärft.

(Ulrich Müller)

Was heißt das für die Lehrer? Das heißt, dass für diejenigen Lehrer, die nicht an einer Gemeinschaftsschule tätig sind, Stellen wegfallen, dass Schulen wegfallen, ja dass der ganze Schultyp Hauptschule wegfallen soll

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

und dass es insofern keine Perspektive mehr gibt, dass es zu Versetzungen kommt, auch zu Mehrfachversetzungen, und die Ungewissheit, was eigentlich geschehen soll, unerträglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Für die Hauptschullehrer, die an einer Gemeinschaftsschule tätig sind und dort übrigens immerhin 80 % des Unterrichts erteilen, ergeben sich andere Probleme, aber keine kleineren. Sie sollen eine neue Pädagogik übernehmen und anwenden. Sie haben es mit einer heterogeneren Schülerschaft zu tun, mit gestiegenen Anforderungen einschließlich von weiter gehenden Schulabschlüssen bis hin zum Abitur. Sie sollen den Aufgaben von Ganztagsbetreuung und Inklusion gerecht werden. Sie können nicht alle Fächer unterrichten. Sie werden schlechter bezahlt als ihre Kollegen an derselben Schule. Im Maximalfall liegt die Spannweite zwischen A 9 und A 14. Sie haben schlechtere Perspektiven, was Leitungsfunktionen anbelangt. Zudem werden sie nicht auf die Situation, in die Sie gestellt haben, vorbereitet, in Sonderheit nicht durch ein berufsbegleitendes Weiterbildungskonzept, das Perspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen würde, das auf die neuen Herausforderungen vorbereiten würde, also beispielsweise einen entsprechenden Aufbaustudiengang. Das wäre das zentrale Instrument, das auch von den Lehrerverbänden gefordert wird – aber tatsächlich: tote Hose.

Wohlgemerkt, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen und von der Regierung: Das sind die Lehrer, die Ihr Lieblingsprojekt Gemeinschaftsschule umsetzen sollen. Der Frust und der Krankenstand genau in diesem Teil der Lehrerschaft sind überdurchschnittlich. Die Probleme verschärfen sich quantitativ und qualitativ, wenn Sie jetzt auch noch an die Umwandlung der Realschulen so herangehen wollen, wie Sie das seit November 2014 auf den Tisch gelegt haben.

Das heißt insgesamt: Das alles waren und sind Probleme mit Ansage. Die waren klar vorhersehbar. Es sind Probleme, die Sie geschaffen haben; sie sind nicht vom Himmel gefallen. Wir haben sie frühzeitig thematisiert. Die Lehrerverbände kritisieren und fordern Konzepte, und die Regierung steht mit leeren Händen da.

Die durch Sie geschaffenen Probleme lassen sich ganz bestimmt nicht auf einen Schlag lösen; das ist uns auch klar. Aber was man wirklich erwarten kann, ist der Einstieg in die Problemlösungen und eine Perspektive, um die tiefe Verunsicherung zu überwinden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, man hat ja immer so den Eindruck: Die Union ist sozusagen eher der Typ Arbeitgeber, und die Sozialdemokraten sind der Betriebsrat der Gesellschaft.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Deswegen müssten Sie eigentlich für die sozialen Aspekte Ihres Handelns eine besondere Sensibilität haben. Die Wirklichkeit ist tatsächlich eine andere. Man müsste von Ihnen eigentlich wenigstens dieselbe soziale Verantwortung erwarten können, wie wir sie in der vergangenen Legislaturperiode, und zwar genau gegenüber diesem Personenkreis, bereits an den Tag gelegt haben.

(Abg. Sabine Wölflle SPD: Was? Das ist etwas Neues!)

Wir waren es – man höre –, die damals schon, vor 2011, wegen der besonderen pädagogischen Belastungen einen Beförderungskorridor im Umfang von 20 % für den Hauptschulbereich geschaffen haben. Sie haben die Anforderungen und Belastungen erhöht, aber diesen Korridor abgeschafft. Wie kann man das zu gleicher Zeit machen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Falls jetzt je die übliche alte Leier kommen sollte, dass das ja nicht durchfinanziert sei, will ich Ihnen nur zwei Dinge sagen – dies könnte man ebenso auf viele weitere Punkte beziehen, wenn Sie das Wort von der alten Leier auch an anderen Stellen bringen sollten.

Erstens: Auch bei uns wären es natürlich seit 2011 mindestens 35 % mehr Steuereinnahmen gewesen. Die Welt ist ja seit 2011 nicht stehen geblieben. Und zweitens: Die Vorstellung der Nachfolgeregierung, dass die Vorgängerregierung auch noch gleich eine Rücklage bildet, um bei einem mehrjährigen Programm die Durchfinanzierung zu gewährleisten, ist schon einigermaßen witzig.

Meine Damen und Herren, die Slogans, die Ihnen eigentlich sehr vertraut sind, fliegen Ihnen jetzt um die Ohren. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – von wegen! Frau Sitzmann hat zwar gefordert, dass alle Lehrer, die an ein und derselben Schule tätig sind, das Gleiche verdienen müssten – eine These, die ich jetzt nicht unbedingt unterstreiche, aber es ist ja Ihre These und Ihre Forderung, und Sie kommen ihr nicht nach. „Guter Lohn für gute Arbeit“ – von wegen! „Differenzierung abschaffen“ – bei den Schülern ja, bei den Lehrern nein. Ihre Slogans wenden sich gegen Sie selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Schlussfolgerung aus alledem: Wenn eine Firma durch Managementfehler Probleme mit den Beschäftigten hat, dann muss man einen Sozialplan machen. Wir dachten bisher, dass Sie bei allen Managementfehlern, die Ihnen bei der Firma „Schule Baden-Württemberg“ jetzt schon passiert sind, wenigstens kompetent im Erstellen eines Sozialplans sind – aber weit gefehlt! Darauf warten zigtausend Beschäftigte seit vier Jahren. Ich sage Ihnen ganz einfach dazu: Wir warten jetzt nur noch ein Jahr, und dann brechen hoffentlich wieder andere Zeiten an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war schon gespannt, wie die Begründung des vorliegenden Antrags erfolgt, der ja vor zwei Jahren gestellt wurde. Dieser gehört übrigens in eine denkwürdige Kategorie von Anträgen. Man muss sich die Titel einmal auf der Zunge zergehen lassen: „Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?“ Dann gab es noch einen Antrag mit dem Titel: „Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?“ sowie einen Antrag mit dem Titel: „Was geschieht mit den Absolventen einer Schule, die es nicht mehr geben soll?“ Der Aufschlag, den Sie hier gemacht haben, war ja sehr fantasievoll.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Manfred Lucha GRÜNE)

Was besonders bemerkenswert ist: Ihre Regierung, Herr Müller, hat 2010 die Lehrerausbildung reformiert, hat das Verbundlehramt abgeschafft und ein eigenes Lehramt für Grundschulen sowie für Haupt- und Werkrealschulen und Realschulen eingerichtet. Was Sie aber nicht gemacht haben trotz Ihrer Ankündigung, Sie würden die tolle Leistung, die an den Hauptschulen erbracht wird, würdigen – Das stimmt; diese wird so erbracht, aber die notwendigen Laufbahnregelungen haben Sie nicht getroffen. Die Lehrkräfte in den Haupt- und den Werkrealschulen sind, was Veränderungen angeht, sehr viel gewohnt, weil sie in der letzten Legislaturperiode zwei Reformen über sich ergehen lassen mussten. Sie haben im Prinzip zwei Reformen aufgesetzt, was die Haupt- und die Werkrealschule angeht. Die eine ist nicht einmal umgesetzt worden, da kam schon die nächste ins Land.

Sie haben damals bei der Lehrerausbildungsreform die Frage nicht geklärt, wie die Lehrer nachher besoldet werden, wenn sie dann ein gemeinsames Lehramt für Hauptschule, Werkrealschule und Realschule haben. Das haben Sie nicht geklärt, das haben Sie vernachlässigt.

(Abg. Georg Wacker CDU: Die waren doch gar nicht auf dem Markt!)

Wir werden das entsprechend umsetzen. Es ist klar, dass Lehrer, die eine gleiche Ausbildung haben, nicht unterschiedlich bezahlt werden können.

Sie tragen seit einigen Jahren immer nur den Begriff der Wertschätzung wie eine Monstranz vor sich her, Herr Müller. Warum bekommen denn die Hauptschullehrer weniger als die Realschullehrer? Das geht doch nicht auf Grün-Rot zurück, sondern auf Ihre Bildungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Minister Franz Untersteller: Genau!)

Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass Sie festgelegt haben: „Wir haben hier Schüler an der Hauptschule, an der Realschule und an den Gymnasien.“ Sie haben doch die gleiche Einteilung auch bei den Lehrkräften vorgenommen. Das muss man hier doch einfach einmal sagen. Das haben wir von Ihnen übernommen, und wir werden schrittweise diese Ungerechtigkeiten, die hier im Bildungssystem vorhanden sind, abbauen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Es ist klar, dass die Lehrer, die ein einheitliches Lehramt haben, auch die gleiche Bezahlung bekommen. Das ist selbstverständlich, und wir werden das umsetzen.

Herr Müller, wir haben uns, als wir die Gemeinschaftsschule eingeführt haben, sicher nicht leichtgetan mit der Frage, wie wir es mit der Besoldung halten. Es ist ja immer die große Frage, warum bei einem gleichen Arbeitsplatz und einer gleichen Tätigkeit nicht die Bezahlung gleich sein soll. Aber klar ist, dass wir in dem Zweisäulenschulsystem, an das wir uns hinentwickeln, auch, was die Bezahlung der Lehrer angeht, eine Konvergenz bekommen müssen. Das wird so kommen, Herr Müller.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber solche Fragen müssen doch früher geklärt werden!)

– Das sagt gerade der Richtige. Bei Ihnen ist es die Gnade der späten Geburt. Ich habe Herrn Müller gesagt, dass wir diese ungelöste Frage, die uns die Vorgängerregierung hinterlassen hat, beantworten werden.

Es ist auch klar, Herr Müller, dass wir, wenn zusehends auch Lehrer mit einer Ausbildung für Haupt- und Werkrealschulen an Realschulen eingesetzt werden, ihnen auch Aufstiegsmöglichkeiten über Fortbildung schaffen werden. Das liegt auch in der Sache begründet.

Zu dem Mythos, den Sie seit Langem verbreiten, wir seien schuld am Sterben der Haupt- und Werkrealschulen:

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Fragen Sie einmal die Ihrer Partei angehörenden Bürgermeister im ländlichen Raum, was sie da machen. Die wollen die Gemeinschaftsschule. In Ihren Pressemitteilungen verbreiten Sie immer, sie wollten deswegen die Gemeinschaftsschule, weil sie den Schulstandort retten wollen.

(Zurufe der Abg. Georg Wacker und Dieter Hillebrand CDU)

– Herr Wacker, schauen Sie einmal in der Schulstatistik, wie viele Hauptschulen heute weniger als 16 Schüler in der fünften Klasse haben. Deren Zahl wird immer höher. Es ist völlig klar, dass wir mit der regionalen Schulentwicklung kein Schulschließungsprogramm gemacht haben, sondern mit der regionalen Schulschließung auch im Flächenland – das war längst überfällig – eine Absicherung von Schulen im ländlichen Raum geschaffen haben.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, „regionale Schulschließung“ war das!)

Das haben Sie nie gemacht; dieser Frage haben Sie sich nie gestellt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Regionale Schulschließung“!)

Das war Ihnen eigentlich schlichtweg egal – trotz der Reden, die Sie immer wieder zur Hauptschule gehalten haben.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Rosa Grünstein SPD)

(Siegfried Lehmann)

Wir stehen im gesamten Bildungsbereich, was die Lehrkräfte angeht, vor einer großen Herausforderung, weil ein großer Teil der Lehrkräfte in diesem Bereich über 55 Jahre alt sind. Da ist es natürlich bei den Reformen, die hier angesichts der größeren Heterogenität in allen Schulen anstehen, eine große Herausforderung, dass wir auch für die Lehrkräfte, die im Schulsystem sind, in den nächsten Jahren sehr viel für Qualifizierung und Bildung aufbringen müssen. Das ist ganz klar. Da brauchen wir entsprechende Anpassungen, damit die Lehrer diese Arbeit auch gut machen können. Deswegen werden wir auch ein breit gefächertes Fortbildungsangebot für die Lehrer aufsetzen, das den Lehrern nicht bloß die zusätzlichen Qualifikationen ermöglicht, sondern auch Aufstiegschancen eröffnet, auch im Rahmen eines einheitlichen Besoldungssystems, das wir in der zweiten Säule natürlich durchgängig brauchen. Das werden wir in den nächsten Jahren zügig umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Käppeler.

(Abg. Walter Heiler SPD: Jetzt kommt Klasse in die Debatte!)

Abg. Klaus Käppeler SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Tagen, am 2. Februar dieses Jahres, hat der baden-württembergische Kultusminister Andreas Stoch die vierte Tranche der Gemeinschaftsschulen im Land bekannt gegeben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich habe gedacht, das war am Freitag vorher schon geklärt!)

Den bisherigen 209 Gemeinschaftsschulen im Land folgen zum Schuljahr 2015/2016 weitere 62, darunter nicht nur Haupt- und Werkrealschulen,

(Abg. Georg Wacker CDU: 90 %!)

sondern auch Realschulen.

Der Erfolg dieser von uns eingeführten Schulart, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lässt sich auch an diesen Zahlen bemessen und auch von Ihnen nicht mehr bestreiten. Abermals sind wieder viele Gemeinden mit CDU-Bürgermeistern darunter.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ja warum denn? – Abg. Georg Wacker CDU: Der rettende Anker!)

Es scheint ein wenig so, dass Sie mit Ihrem Antrag einmal mehr und zunehmend hilflos versuchen, diese Schulart schlechtzureden. Diesmal kommen Sie durch die Hintertür und unterstellen uns zweierlei: Wir würden die Haupt- und die Werkrealschulen schließen – diese Behauptung ist nicht neu –, und wir ließen die Lehrerinnen und Lehrer anschließend im Regen stehen. Ganz schön mutig angesichts der Tatsache, dass Sie während Ihrer Regierungszeit jahrelang die demografische Entwicklung missachtet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Hätten Sie den Mumm besessen, sich schon vor Jahren an die regionale Schulentwicklung zu wagen, hätten auch die von Ihnen nun entdeckten Hauptschullehrerinnen und -lehrer etwas davon gehabt.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Sie wissen ebenso gut wie wir, dass es nicht Parteiprogramme sind, die Schulen auslaufen lassen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Och!)

Es ist die Demografie, die den Haupt- und den Werkrealschulen die Schülerinnen und Schüler nimmt, ebenso wie ein verändertes Schulwahlverhalten. Dies geschieht schon seit vielen Jahren, verstärkt in ländlichen Gebieten. Beispiele in meinem Wahlkreis sind Orte wie – Herr Glück kennt sie – Mherstetten, Münsingen, Auingen, Hayingen, und auch in der Heimatgemeinde von Herrn Röhm – er ist gerade nicht da –, Gomadingen, gibt es keine Hauptschule mehr.

Die Abnahme der Schülerzahlen an diesen Standorten begann schon lange vor unserer Regierungsübernahme im Jahr 2011. Inzwischen sind diese Schulen geschlossen. Die Lehrerinnen und Lehrer kamen an benachbarten Grundschulen und Hauptschulen unter. Eine Lehrerin aus Hayingen kam an einer Realschule in Ehingen unter.

Auch meine eigene Schule ist von dieser Entwicklung nicht ausgeschlossen. Jedes Jahr verliere ich eine Kollegin an die Grundschule, an die Hauptschule oder auch an die Gemeinschaftsschule. Sie sehen also, diese Lehrerinnen und Lehrer werden nicht heimatlos, wie Sie es behaupten, sondern sie werden gebraucht.

Gleichwohl wissen wir, dass wir den Lehrerinnen und Lehrern verlässliche Perspektiven aufzeigen müssen. Dies tun wir auch. Erst kürzlich habe ich zu dieser Thematik einen Aufsatz in der Zeitschrift der GEW verfasst. Haupt- und Werkrealschullehrer haben bereits heute die Möglichkeit, an eine Realschule oder eine Gemeinschaftsschule zu wechseln. Gerade die Realschulen – die künftig auch den Hauptschulabschluss anbieten dürfen – werden von der Erfahrung dieser Lehrerinnen und Lehrer profitieren. Aber auch die Gemeinschaftsschulen, die durch eine heterogene Schülerschaft geprägt sind, bieten sich gerade hierdurch für einen Wechsel an.

Diejenigen unter den Lehrerinnen und Lehrern, die sich weiterqualifizieren möchten, werden wir in diesem Wunsch unterstützen. Natürlich muss sich dies dann auch in der Besoldung niederschlagen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, von einer Fraktion, die den Namen Gemeinschaftsschule noch immer in Anführungszeichen schreibt, müssen wir uns nichts sagen lassen. Sie leben an der Realität vorbei. Dies haben Sie schon immer getan. Ich erinnere nur an die Ganztagschule.

Während Sie jegliche gesellschaftliche Weiterentwicklung verschlafen, stellen wir uns unterstützend hinter die tragende Säule unseres Bildungssystems, nämlich die baden-württembergischen Lehrerinnen und Lehrer.

(Klaus Käppeler)

Noch eine Anmerkung zum Schluss. Herr Müller, wenn Sie von 43 000 Lehrern sprechen und dann auf die Hauptschullehrer eingehen, dann sollten Sie gerechterweise auch darauf hinweisen, dass ein Großteil dieser Lehrer Grundschullehrer sind. Nur die wenigsten dieser Lehrer sind Hauptschullehrer.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Habe ich gesagt!)

Sie haben über miserable Zufriedenheitswerte gesprochen, die die GEW offenbar veröffentlicht hat. Ich lade Sie deshalb ein, meine Schule zu besuchen. Sie dürfen gern mit meinen Kollegen oder auch den Kollegen der Nachbarschule sprechen. Dann werden Sie feststellen, dass es auch sehr viele zufriedene Lehrer gibt.

Außerdem werfen Sie uns eine mangelnde Sensibilität in diesem Bereich vor. Zumindest mir persönlich dürfen Sie abnehmen, dass mir sehr wohl das Wohl meiner Kolleginnen und Kollegen, die die Schule verlassen müssen, am Herzen liegt. Ich denke, das werden auch alle anderen Rektorenkollegen sagen, die in dieser Situation sind. Ich weiß von den Schulämtern, dass sich diese, wenn es um Bewerbungen und Versetzungen geht, in erster Linie um diejenigen Kolleginnen und Kollegen kümmern, die eine Hauptschule verlassen müssen, und diesen eine Perspektive aufzeigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem Punkt können wir Freien Demokraten die Grünen und die SPD verstehen. Wenn wir wie Grün-Rot mit unserer Bildungspolitik insgesamt auf das Ende einer Schulart hinarbeiten würden, die über Jahrzehnte hinweg zahllosen jungen Menschen Chancen und Lebensperspektiven eröffnet hat, dann würden wir bei der Beantwortung der mit dem vorliegenden Antrag gestellten Fragen ähnlich herumdrucken, wie es die Landesregierung hier getan hat.

Ein Beispiel ist die Beantwortung der Frage unter Ziffer 1 des Antrags. Die CDU will u. a. wissen, „wie viele Haupt-/Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012 im Land geschlossen wurden bzw. abgewickelt werden“. Die Antwort lautet:

Eine Statistik zur Zahl der Anträge auf Schulschließung liegt nicht vor.

Dies ist doch entweder eine hilflose Schutzbehauptung, weil Sie auf dem falschen Fuß erwischt wurden, oder eine gezielte Desinformation, weil Sie natürlich ungern eine dicke Zahl dichtgemachter Schulen in der Abschlussbilanz stehen haben wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht nur im Umgang der Regierung mit dem Parlament ein schweres Foul, sondern das ist auch eine lausige Beantwortung und ein schwerer Schlag ins Gesicht der Betroffenen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Seien Sie vorsichtig mit dem Schulfrieden!)

Warum aber stürzt die Landesregierung das gesamte Bildungssystem um, ohne den von der Schließung ihrer Schule betrof-

fenen Lehrkräften Perspektiven für den weiteren Einsatz zu eröffnen? Die Antwort darauf findet sich in der Stellungnahme zur Frage unter Ziffer 9: Von fünf Unterrichtsstunden an der Gemeinschaftsschule werden demnach im Durchschnitt vier von ausgebildeten Grund- und Hauptschullehrern erteilt. Der Landesregierung dürfte es nicht unrecht sein, dass den Lehrkräften an den von Schließung bedrohten Haupt- und Werkrealschulen als weitere Perspektive nur die Tätigkeit an einer Gemeinschaftsschule zu bleiben scheint.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Kollege Lehmann, in den vergangenen knapp vier Jahren habe ich so ziemlich jede Frage von Ihnen zugelassen. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass diese Zwischenfragen uns im Bildungsbereich auch nur einen einzigen Millimeter vorangebracht haben. Deshalb schenken wir uns das.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Davon erhofft sich Grün-Rot vielleicht, auch die skeptischen Lehrerinnen und Lehrer zu einer Gemeinschaftsschulbefürwortung überreden zu können. Überzeugen wird die Regierung von ihrem Konzept so aber niemanden, im Gegenteil.

Mit seinem sogenannten Realschulweiterentwicklungskonzept gibt der Kultusminister zu erkennen, dass er der Haupt- und Werkrealschule insgesamt keinerlei Zukunftsperspektive mehr gibt. Stattdessen legt er damit neues Dynamit an das gesamte Bildungssystem an.

Die Praktiker aber haben diesen Mummenschanz des Kultusministers längst durchschaut. Nach dem VBE zerpfücken nun auch zahlreiche Realschuldirektoren – wie vergangene Woche in Südbaden – sein Konzept. Mit Ressourcen und der Möglichkeit, zusätzlich den Hauptschulabschluss anzubieten, soll den bockigen Realschulen der Weg unter die Haube der Gemeinschaftsschule versüßt werden. Im Gegenzug müssen die Realschulen zukünftig die Pädagogik der Gemeinschaftsschule übernehmen und dürfen beispielweise in der Orientierungsstufe niemanden mehr sitzen bleiben lassen und nur in den Klassen 7 und 8 eingeschränkt Unterricht auf unterschiedlichen Niveaus anbieten. Dabei wären gerade weitere Differenzierungsmöglichkeiten wichtig, wenn man an der Realschule den Haupt- und den Realschulabschluss erwerben kann. Denn jeder Abschluss erfordert eine eigene fundierte Vorbereitung und mindestens in den Kernfächern Kurse auf unterschiedlichen Niveaus.

Dem Kultusminister sei eine Reise nach Sachsen empfohlen, wo schon seit Jahren in der Oberschule der Hauptschul- und der Realschulbildungsgang unter einem Dach angeboten werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Gespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen,

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das liegt am Vortragenden! – Abg. Martin Rivoir SPD: Wie es in den Wald hineinruft!)

sodass man hört, was der Kollege Dr. Kern zu sagen hat. – Bitte, Herr Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: In den Oberschulen in Sachsen wird fundiert auf den Hauptschul- und den Realschulabschluss vorbereitet.

Deshalb fordern wir Freien Demokraten: Wenn eine Schule zwei Abschlüsse anbietet, muss sie differenzieren dürfen und Kurse auf unterschiedlichen Niveaus zur gezielten Vorbereitung auf die Abschlüsse anbieten können.

Anstatt mit Ihrer gesamten Bildungspolitik auf das Ende von anderen Schularten als der Gemeinschaftsschule hinzuwirken, sollte Grün-Rot der Haupt- und der Werkrealschule lieber eine echte Zukunftsperspektive geben. Von der Haupt- und der Werkrealschule sind die Bürgerinnen und Bürger vielerorts überzeugt. Die Verantwortlichen vor Ort sollten anders als jetzt frei über die Zusammensetzung ihres Schulangebots entscheiden können. Denn wenn die Verantwortlichen vor Ort frei entscheiden könnten, hätten auch die Haupt- und die Werkrealschule eine Zukunft – vorausgesetzt, alle Schularten und Bildungsgänge wären auskömmlich ausgestattet und würden gleiche Startbedingungen für einen fairen Wettbewerb vorfinden. Das allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, wäre das Gegenteil der Privilegierung Ihres Lieblingskinds, wie wir sie nun schon seit knapp vier Jahren unter Ihrer Regierung erleben müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zu Beginn meiner Ausführungen, bevor ich auf die Frage des Einsatzes von Haupt- und Werkrealschullehrkräften zu sprechen komme, noch einige Worte zu der grundlegenden Frage: Welche Schularten wird es in Baden-Württemberg zukünftig geben, und aus welchen Gründen wird es diese geben?

Ich glaube, manchem hier im Raum – obwohl hier doch zumindest eingeschränkt Tageslicht eindringen kann – ist entgangen, dass sich die Gesellschaft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ganz erheblich verändert hat. Ich glaube, die demografische Entwicklung und das veränderte Schulwahlverhalten aus seiner Realität auszuschließen, wie es der Kollege Müller und der Kollege Dr. Kern so trefflich können,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das tut kein Mensch von uns!)

bringt niemanden weiter. Denn das heißt schlicht und einfach, sich die Realität schönzureden oder schönzudenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Trend, dass an den Haupt- bzw. Werkrealschulen unseres Landes immer we-

niger Schüler beschult werden, begann nicht erst im Jahr 2011. An den Hauptschulen in unserem Bundesland gehen die Schülerzahlen bereits seit über zehn Jahren extrem zurück. Wer davor die Augen verschließt und keinerlei Rezepte zur Lösung dieser Probleme hat, der braucht sich hier nicht als Retter der Hauptschulen aufzuspielen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Einschulungen an unseren Grundschulen – nur einmal als kleines Faktum; vielleicht wäre es ganz wichtig, das einmal in die eigene Denkstruktur einzubauen – um rund ein Fünftel gesunken,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

im Jahr 2012 sogar auf den niedrigsten Wert seit 1987. Alle Prognosen zeigen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen auch in Zukunft weiter stark zurückgehen wird.

Beim Schulwahlverhalten zeigen sich neben der demografischen Entwicklung weitere wesentliche Veränderungen. Noch Mitte der Siebzigerjahre – deswegen heißt die Hauptschule auch Hauptschule – waren mehr als die Hälfte der Schüler eines jeden Jahrgangs auf der Schulart Hauptschule. 2009 – also zwei Jahre vor der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung – waren es nur noch weniger als ein Viertel der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs.

Zu den absoluten Zahlen: Im Jahr 2001 hatten wir noch 40 000 Hauptschüler in den fünften Klassen – 40 000. Im Jahr 2011 – da gab es die verbindliche Grundschulempfehlung noch; da gab es noch keine Gemeinschaftsschule – waren es noch 23 000. Wer dann glaubt, hier erzählen zu müssen, dass die Prozesse 2011 begonnen hätten, belügt sich selbst und belügt die Menschen in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nicht zuletzt aus diesem Grund sind bereits in den letzten zehn, 15 Jahren zahlreiche Schulstandorte schlicht von der Fläche verschwunden. Wir hatten einmal über 1 200 Hauptschulen, vor allem in ländlichen Räumen, in Kommunen mit 4 000, 5 000, 6 000 Einwohnern.

Wir haben heute – das war auch schon 2011 der Stand – bereits gut 400 Standorte weniger. Diese Standorte sind nicht aufgrund einer regional gesteuerten Schulentwicklung geschlossen worden. Sie sind im ländlichen Raum einfach von kommunalen Entscheidern, Bürgermeistern, Gemeinderäten nach schwierigen Abwägungsprozessen geschlossen worden, weil keine Schüler mehr da waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen bringt es doch uns allen nichts, wenn Sie hier etwas an die Wand malen, was mit der Realität nichts zu tun hat.

Die Zahl der Haupt- und Werkrealschulen wird heute kleiner, weil die Eltern dieses Schulangebot nicht mehr wollen. Das liegt nicht an den Leistungen der Lehrkräfte an diesen Schulen; es liegt schlicht und einfach an dem Willen der Eltern, für ihre Kinder mindestens den mittleren Bildungsabschluss anzustreben.

(Minister Andreas Stoch)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bringt es nichts, der Vergangenheit nachzuweinen; vielmehr müssen wir versuchen, die Sorgen der Eltern aufzunehmen und gute Bildungsangebote zu machen, die an allen Schularten – nicht nur am Gymnasium; auch an Realschulen, auch an Gemeinschaftsschulen – den guten Weg, den guten Einstieg in eine Bildungsbiografie bedeuten. Dann werden die Eltern diese Schularten auch wählen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Kollege Müller, deswegen halte ich die Frage, die Sie stellen – die Frage: „Was geschieht mit den Lehrern einer Schulart, die es nicht mehr geben soll?“ –, auch für sehr suggestiv. Herr Kollege Lehmann hat es vorhin bereits angesprochen. Die Frage impliziert, dass hier politisch gezielt auf die Abschaffung einer Schulart hingearbeitet wird. Das weise ich vehement zurück.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP)

Es geht nur darum, dass Sie Entwicklungen nicht negieren. Sie haben nämlich jahrelang versucht, dieser Entwicklung irgendetwas entgegenzusetzen. Aber dies blieb ohne Erfolg. Die Zahlen, die ich vorhin genannt habe, stammen aus Ihrer Regierungszeit. Offensichtlich haben Sie die Menschen mit Ihren Konzepten nicht überzeugt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen jetzt an vielen Stellen in unserem Bildungssystem reagieren, um leistungsfähige Schulstandorte zu erhalten, und vor allem, um auch im ländlichen Raum die qualitativ hochwertigen Schulstandorte gerade im Bereich der weiterführenden Schulen zu halten. Deswegen haben wir auch mit der regionalen Schulentwicklung hier die richtigen Weichen gestellt, und zwar auf Augenhöhe mit den kommunalen Landesverbänden und mit den Städten und Gemeinden in diesem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dann gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass bei insgesamt zurückgehenden Schülerzahlen nicht jeder Standort wird erhalten werden können. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es macht doch einen großen Unterschied, ob diese Standorte quasi dem Zufall geschuldet schließen oder ob gemeinsam mit der Schulverwaltung nach Konzepten gesucht wird, wie mehrere Schulstandorte, die allein nicht lebensfähig wären, gemeinsam Konzepte entwickeln, um diese Schulen am Leben zu halten.

Jetzt möchte ich auf die Auswirkungen auf die Lehrerinnen und Lehrer zu sprechen kommen. Eines ist klar: Die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer, die in unserem Schulsystem tätig sind, haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hervorragende Arbeit geleistet und müssen im Hinblick auf ihren Status auch nicht um ihren Arbeitsplatz fürchten. Denn sie werden weiterhin gebraucht, und sie werden vor allem auch im Bereich der weiterführenden Schulen, sowohl an den Gemeinschaftsschulen als auch an den Realschulen, gebraucht werden.

Am Montag – das wurde bereits angesprochen – haben wir bekannt gegeben, dass zu den aktuell 209 Gemeinschaftsschulen im Sommer weitere 62 hinzukommen werden.

Zudem bringen aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen neue Aufgaben mit sich. Denken Sie an den Ausbau der Ganztagsangebote an Grundschulen oder auch das Konzept zur Weiterentwicklung der Realschulen.

Auch an den Realschulen soll künftig das grundlegende Niveau unterrichtet und der Hauptschulabschluss angeboten werden. Gerade auch dafür werden wir erfahrene Lehrerinnen und Lehrer brauchen, die auch aus den Haupt- und Werkrealschulen kommen und dort aufgrund ihrer fundierten Erfahrung hervorragende Arbeit leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird auch im Rahmen der Inklusion zu neuen Aufgaben für unsere Schulen und unser Bildungssystem kommen. Deswegen hat die Schulverwaltung die Prämisse – diese Prämisse verfolgt die Schulverwaltung seit Jahren, auch schon während Ihrer Regierungszeit, in der auch schon Schulstandorte geschlossen wurden –, dass für jeden Einzelfall, für jede Lehrerin und für jeden Lehrer aufgrund der individuellen Bedürfnisse die bestmögliche Lösung gefunden wird.

Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer auf diesem Weg an eine neue Schule, an einen neuen Schulstandort auch entsprechend unterstützen. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer durch ein umfassendes Fortbildungskonzept – es wird derzeit erarbeitet und soll noch in den nächsten Monaten starten – unterstützen, diesen neuen Einsatz erfolgreich gestalten zu können. Ziel des Konzepts ist es, dass die Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich auf ihre neue Aufgabe vorbereitet werden, damit sie ihre über Jahre hinweg entwickelten Kompetenzen auch gut an ihrer neuen Schule einbringen können.

Dazu werden wir schulartspezifische Fortbildungsreihen anbieten, je nachdem, ob zukünftig ein Einsatz in einer Grundschule, in einer Realschule, in einer Gemeinschaftsschule oder in einer Sonderschule geplant ist. Neben den fachlichen Inhalten werden den Teilnehmern in speziellen Modulen auch andere schulartspezifische Informationen und Regelungen vermittelt.

Darüber hinaus sind im Rahmen des Konzepts begleitende Angebote geplant, um die Lehrerinnen und Lehrer bei dem Wechsel in eine neue Schulart so gut wie möglich zu unterstützen. Geplant sind u. a. Supervisionsgruppen, in denen sich Lehrerinnen und Lehrer, die vor der gleichen Herausforderung stehen, auch untereinander austauschen und sich vernetzen können.

Zusätzlich wird die Entwicklung von Qualifizierungsangeboten geprüft, um Leistungsträgern, die in einer anderen Schulart eingesetzt werden, auch einen Laufbahnwechsel zu ermöglichen. Auch die besoldungsrechtlichen Aspekte wurden bereits vom Kollegen Käppeler und vom Kollegen Lehmann angesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen den Lehrerinnen und Lehrern, die in den letzten Jahren an ihren Schulen – insbesondere auch an den Haupt- bzw. Werkrealschulen – hervorragende Arbeit geleistet haben, sehr gute weitere Verwendungsmöglichkeiten in unserem Schulsystem anbieten. Wir brauchen diese Lehrerinnen und Lehrer vor allem aufgrund der Kenntnisse, die sie im Bereich der Förderung sozialer Interaktion und der Persönlichkeitsentwicklung ihrer Schülerinnen und Schüler haben.

(Minister Andreas Stoch)

Die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land beeinflusst die Lernmotivation der Kinder und Jugendlichen ganz wesentlich. Deshalb müssen wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, die Erfahrung dieser kompetenten Lehrerinnen und Lehrer für unser Bildungssystem zu erhalten – nicht nur aus persönlichen Gründen, sondern weil wir es uns überhaupt nicht leisten können, unser Bildungssystem und unser Schulsystem ohne diese Lehrerinnen und Lehrer erfolgreich in die Zukunft zu führen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Müller das Wort.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal wäre es schön, wenn Sie Ihre Reden halten könnten, nachdem Sie mir zugehört und Ihre Manuskripte daraufhin angepasst hätten. Dann könnten Sie vielleicht spezifischer antworten. Denn ich war sehr präzise. Ich will das einfach einmal sagen.

Ich habe jetzt ausnahmsweise einmal keine Gemeinschaftsschuldebatte geführt, sondern habe über die Folgen Ihrer Entscheidungen gesprochen. Herr Minister, wenn Sie jetzt meinen, dieses Fass noch einmal aufmachen zu müssen: Bitte, das könnten wir. Aber ich nehme Sie jetzt sozusagen beim Wort und beschreibe die Kollateralschäden Ihrer eigenen Politik. Ich erwarte zusammen mit den Lehrerverbänden – die CDU-Fraktion tut dies insgesamt –, dass Sie die Probleme, die Sie selbst geschaffen haben, allmählich – in Gottes Namen – einmal lösen sollten. Das kann man jetzt doch wirklich erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Zur Geschichte mit dem „Sollen“ und Ihrer Aussage, das sei suggestiv: Entschuldigung, wer, bitte, hat denn das Zweisäulenmodell entwickelt? Neben dem Gymnasium – – Wie es mit dessen langfristiger Existenz aussieht, das sei jetzt noch einmal dahingestellt.

(Lachen bei der SPD)

– Ja, ja. Ich kann mich noch erinnern, wie da argumentiert worden ist: Die Abschaffung sei zurzeit nicht durchsetzbar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle ist doch das Ziel!)

– Ja, eine Schule für alle.

Neben dem Gymnasium soll es nur noch eine Schule geben. Wo ist da noch Platz für die Hauptschule, wo für die Realschule, wo für die Werkrealschule, wo für die Förderschule? Entschuldigung, das ist Ihre Politik. Insofern ist es ein „Sollen“.

Ich kann verstehen, Herr Käppeler, wenn Sie sagen, dass die Schulverwaltungen und Direktoren sensibel mit den Aufgaben umgehen. Das ist richtig. Das erwarte ich auch. Es ist in Ordnung, dass die Leute vor Ort versuchen, mit den Problemen irgendwie fertig zu werden. Aber das, was nicht in Ord-

nung ist, ist der große Rahmen, sind die Konzepte, ist die Politik, die Sie jetzt seit geraumer Zeit ankündigen. Jetzt sind Sie seit dreidreiviertel Jahren an der Regierung – ich war ja auch einmal Regierungsmitglied; ich habe mir gesagt: allmählich musst du anlässlich der Debatte etwas Butter bei die Fische tun und einmal etwas sagen –, doch statt so zu handeln, verschärfen Sie die Probleme und kündigen immer noch an, dass Sie die Folgen Ihres eigenen Handelns irgendwann noch bewältigen werden. Das ist ein bisschen spät, muss man da schon sagen.

(Beifall bei der CDU)

Alles, was Sie heute in der Debatte gesagt haben, sind eigentlich Ablenkungsmanöver. Ich will Sie einmal ganz simpel an Folgendes erinnern: Vor ungefähr einem halben Jahr haben wir hier in diesem Haus einen einstimmigen Beschluss gefasst, der die Weiterbildungsperspektiven für die Hauptschullehrer verbessern sollte. Nichts ist seither geschehen. Es gibt nach wie vor nur eine Ankündigung. Das ist das, was wir kritisieren.

(Glocke des Präsidenten)

Das Thema heute heißt eigentlich nicht „Gemeinschaftsschule“, sondern das Thema heißt „Soziale Verantwortung gegenüber den Lehrern, der Sie nicht gerecht werden“.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es handelt sich um einen Berichtsantrag, der mit der Aussprache für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Wiederholerzahlen an Realschulen und Gymnasien steigen massiv an! – Drucksache 15/4099 (Geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei auch hier gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Jahren, am 27. Februar 2013, hat Kultusminister Stoch bereits zu dem Thema „Sitzenbleiben – ja oder nein?“ hier im Plenum geäußert – ich zitiere –:

Dadurch, dass wir stärker auf die Schwächen des einzelnen Schülers eingehen, wollen wir das Sitzenbleiben überflüssig machen.

Meine Damen und Herren, recht hatte er damals gehabt, und das war auch die Linie der früheren Landesregierung, die da-

(Georg Wacker)

zu geführt hat, dass wir im Jahr 2011 deutschlandweit fast die Spitzenreiterrolle hatten. In Baden-Württemberg gab es nämlich nur 1,2 % Sitzenbleiber in den fünften Klassen. Das war ein absolut vorbildlicher Spitzenwert – nach Schleswig-Holstein –, der erreicht wurde, weil wir die Bildungspolitik immer darauf konzentriert haben, die Kinder so zu fördern, dass ein Sitzenbleiben überflüssig wurde.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt haben wir das Jahr 2015. Die grün-rote Landesregierung kam 2011 ans Ruder, die verbindliche Grundschulempfehlung wurde überhastet abgeschafft. Deswegen zeige ich Ihnen diese Folie,

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

die die niedrige Sitzenbleiberquote sowohl bei den Realschulen als auch bei den Gymnasien bis zum Jahr 2011 sehr deutlich macht. Das ist die vernünftige Erklärung dafür, dass nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung – ohne Vorbereitung für die Schulen – die Sitzenbleiberzahlen sowohl an den Realschulen als auch an den Gymnasien drastisch angestiegen sind.

Wir hatten bei den Realschulen im Schuljahr 2011/2012 in den fünften Klassen eine Sitzenbleiberquote von 0,7 %, im Jahr 2013 waren es 3,1 %, und im Jahr 2014 betrug die Quote 4,4 %. Das heißt, die Sitzenbleiberquote hat sich an den Realschulen versechsfacht, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit. An den Gymnasien haben wir eine ähnliche Entwicklung.

Zwei Jahre später äußert sich der Kultusminister in einer Stellungnahme zu einem parlamentarischen Antrag, mit dem wir gefragt haben, wie die Landesregierung das Realschulkonzept umsetzen will, wie folgt – ich zitiere daraus –:

Es ist – abgesehen vom Übergang von Klasse 5 nach Klasse 6 – dabei nicht vorgesehen, die Möglichkeit einer Nichtversetzung von Schülerinnen und Schülern abzuschaffen.

Meine Damen und Herren, jetzt soll offensichtlich in Schritten das Sitzenbleiben abgeschafft werden, weil Sie, Herr Kultusminister, kalte Füße bekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Sie geben den Schulen keine Lösung des Problems an die Hand, sondern auf dem Rücken der Kinder und der Eltern kassieren Sie ein Problem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Wenn wir die Zahlen mit denen aus dem Jahr 2011 vergleichen, müssen wir feststellen: Damals gab es einen positiven Spitzenwert im Ländervergleich. Mittlerweile sind Sie auf dem besten Weg, im Ländervergleich für Baden-Württemberg die rote Laterne zu übernehmen.

Die Hauptursache ist klar: Die verbindliche Grundschulempfehlung haben Sie bzw. hat Ihre Vorgängerin überhastet mit dem Argument abgeschafft, man wolle die Eltern glücklich

machen. Heute haben wir das Ergebnis: Die Eltern sind unglücklich. Sie sind verunsichert und haben Ängste, wenn sie mit Überforderungen ihrer Kinder durch die Schule konfrontiert werden, deren Ausmaß an den Realschulen, an den Gymnasien – ohne die jeweils passende Bildungsempfehlung – deutlich zugenommen hat.

Sie haben nicht dazugelernt, obwohl Sie nach drei Jahren genau diese Entwicklung sehen. Sie verschließen die Augen davor und fällen die falschen Entscheidungen. Dabei ist eigentlich jedem Pädagogen, jedem vernünftigen Pädagogen klar, dass man, wenn ein Kind auf eine weiterführende Schule kommt, zunächst einmal eine vernünftige Eingangsdiagnose vornehmen muss: Was kann der Schüler? Was weiß der Schüler? Wie hat sich die junge Persönlichkeit entwickelt? Wo gilt es pädagogisch anzuknüpfen? Wo liegen die Stärken und Schwächen eines Schülers?

Aber Sie verhindern durch das Verbot der Informationsweitergabe eine vernünftige Bestandsaufnahme von Anfang an. Dadurch geht den Pädagogen viel Zeit verloren, bis sie im Unterricht da anknüpfen können, wo die Schüler letztlich stehen.

Ein Zweites kommt hinzu: Es fehlt die Unterstützung in den Eingangsklassen. Dazu darf ich aus der „Südwest Presse“ vom 30. Januar 2015 zitieren. Da ging es um die Frage, wie viel Unterrichtsressourcen den Realschulen im Rahmen Ihres neuen Konzepts jetzt zur Verfügung gestellt werden. Sie haben hier im Plenum und auch gegenüber den Realschulen verkündet, dass es 500 Deputate sein sollen. Ich zitiere aus der „Südwest Presse“:

Danach sollen die Realschulen im Doppeletat mit zusätzlich 350 Stellen gestärkt werden; die ersten 241 Deputate sind für 2015 eingeplant, weitere 109 für 2016.

241 plus 109 ergibt 350, nicht 500.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten – die Landespresse muss ja nicht immer korrekt wiedergeben, was Sie meinen –: Entweder es handelt sich hier um eine missverständliche Aussage – dann bitten wir Sie, Herr Minister, diese zu korrigieren –, oder es ist so, dass Sie den Realschulen eben keine 500 Deputate zur Verfügung stellen. Aber dann sagen Sie das in aller Offenheit. Denn 500 Deputate sind das Allermindeste, was man den Realschulen zugutetun muss, um der zunehmenden Heterogenität gerecht zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Außerdem, meine Damen und Herren, setzen Sie diese Deputate nicht dort ein, wo sie dringend erforderlich sind, um die Sitzenbleiberzahlen nach unten zu korrigieren, nämlich in den Eingangsklassen, in der Jahrgangsstufe 5 und der Jahrgangsstufe 6. Die Realschulen brauchen diese Stellen sofort und nicht quasi häppchenweise verteilt auf die nächsten Jahre.

Wir haben ganz klare Forderungen:

Erstens: Wir fordern Sie auf, die Voraussetzung zu schaffen, dass aus vernünftigen pädagogischen Gründen die Weitergabe der Grundschulempfehlung an die aufnehmende Schule erfolgt, damit eine vernünftige Eingangs- und Leistungsdiagnose vorgenommen werden kann.

(Georg Wacker)

Zweitens: Wir fordern Sie auf, ab Klasse 1 ein Beratungskonzept umzusetzen, damit die Eltern auch die Möglichkeit haben, sich frühzeitig über den Bildungsweg ihres Kindes beraten und dabei begleiten zu lassen.

Und drittens fordern wir eine Unterstützung für die aufnehmenden Schulen ab Jahrgangsstufe 5. Dort ist dies vonnöten, um das beschriebene Fiasko abzuwenden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege Wacker: Wir brauchen ein qualifiziertes Beratungssystem, damit die Eltern am Ende die verantwortungsvolle Wahl der weiterführenden Schule treffen können. Aber was Sie hier fordern – dass ab der ersten Klasse beraten werden soll –, haben wir bereits heute in unseren Schulen. Bereits heute werden die Eltern in jedem Schuljahr von den Lehrerinnen und Lehrern darüber informiert, wie der jeweilige Lernstand aussieht. In der vierten Klasse wird den Eltern dann die weiterführende Schule empfohlen. Das heißt, bereits heute bekommen die Eltern von Jahr zu Jahr eine Mitteilung darüber, wo ihre Kinder stehen und wie sie sich weiterentwickeln.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht dem Irrtum erliegen, dass bei dem Thema „Verbindliche Grundschulempfehlung“ in jedem Fall die richtige Entscheidung getroffen worden wäre; ganz im Gegenteil. Ich verweise hierzu auf die Historie: Vor 2011 haben wir im Land das Problem gehabt, dass die Zahl der Nachhilfestunden für die Schülerinnen und Schüler in den Klassen 3 und 4 extrem angestiegen ist, dass immer mehr Eltern ihre Kinder darauf getrimmt haben, dass sie in Klasse 4 die entsprechende Empfehlung erhalten.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

– Ich komme schon noch darauf zurück, Herr Kollege Wacker. – Die Eltern haben auf Kosten der Kinder in den dritten und vierten Klassen versucht, ihre Kinder dann auf eine weiterführende Schule zu bringen, die eben den gewünschten Abschluss anbietet, sodass dann eine freie Wahl möglich ist, ob ein Hauptschulabschluss, ein Realschulabschluss oder das Abitur angestrebt wird.

Das war damals die Forderung der Landeselternverbände, aber auch der Lehrerverbände; ich glaube, das darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen. Auch die Lehrerverbände, der Grundschulverband und die GEW haben gefordert, dass die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft wird, damit die Eltern dann das freie Wahlrecht haben. Ich halte die Eltern in unserem Land auch für absolut fähig, diese Wahl zu treffen.

Man muss in diesem Zusammenhang schon auch einmal schauen: Gibt es denn überhaupt einen Zusammenhang zwischen den Übergängen, die abweichend von der Empfehlung stattfinden, und der Sitzenbleiberquote? Wenn man z. B. sieht, dass

im Schuljahr 2013/2014 an 40 % der Gymnasien und an 30 % der Realschulen kein Kind in der fünften und sechsten Klasse sitzengeblieben ist, muss man sich schon die Frage stellen: Gibt es einen solchen kausalen Zusammenhang überhaupt? Was sind denn die anderen Punkte, an denen man unterstützen kann? Ich glaube, das ist das Thema, welches wir weiterhin verfolgen müssen. Wir müssen die Pädagogik an unseren Schulen so weiterentwickeln, dass kein Kind bei uns im Land verloren geht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir nun die Entwicklung haben – das wurde ja im Prinzip in dem vorhin diskutierten Antrag auch schon ein Stück weit angegangen –, dass Eltern die weiterführende Schule nach dem angestrebten Abschluss wählen – so, wie ich bisher aus der CDU vernommen habe, wollen ja bisher auch Sie die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung nicht einführen –, müssen wir uns doch Gedanken darüber machen, wie wir unsere Bildungslandschaft so aufstellen, dass am Ende jedes Kind die Chance hat, den bestmöglichen Abschluss zu machen.

Da sollten Sie von der CDU – ich sage dieses böse Wort auch in diesem Zusammenhang – Ihr Verhältnis zur Gemeinschaftsschule überdenken. Denn ein Grund, die Gemeinschaftsschule einzuführen, war, zu ermöglichen, dass die Eltern eine Schule nicht nach dem angestrebten Abschluss wählen, sondern dass sie eine Schule wählen, in der alle Abschlüsse angeboten werden, damit die Kinder entsprechend ihrer Leistung gefördert und gefordert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass wir – im Gegensatz zu Ihnen – bisher auch alle anderen Schularten unterstützt haben. Wir haben die Poolstunden an den Realschulen eingeführt, und wir werden ihre Zahl auch weiterhin erhöhen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Ergänzungsbereich gekürzt!)

– Wir haben den Ergänzungsbereich nicht gekürzt, Herr Röhm; das ist wieder eine Ihrer unsoliden Aussagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber deutlich!)

Ich kann jetzt über den Ergänzungsbereich referieren, aber Sie als Schulleiter wissen ganz genau, dass der Ergänzungsbereich nicht von der Landesregierung festgelegt wird, sondern von den Schulämtern, anhand der Zahlen – –

(Abg. Georg Wacker CDU: Aber mit den Stellen, die sie vom Land bekommen!)

– Herr Wacker, Sie wissen ganz genau, dass es viel größere Zusammenhänge sind, als dass man jetzt von der Landesseite aus – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mindestens 15 % gekürzt)

Das ist das gleiche Thema wie das, das Sie immer wieder referieren, nämlich dass wir die Sachkostenbeiträge in unge-rechter Weise an die Schulen vergeben würden.

(Sandra Boser)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ganz was anderes!)

– Ach ja, es ist immer was anderes bei Ihnen. So langsam muss man wirklich sagen: Ihre Aussagen zum Thema Bildungspolitik werden immer unsolider und polemischer, und das ist manchmal wirklich schwer zu ertragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich finde wirklich, man sollte sich doch dann einmal tatsächlich anschauen, was in der Fläche passiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz genau!)

Wenn ich von den Schulen die Rückmeldung bekomme, dass sie überhaupt kein Problem mit den Übergängen der Schülerinnen und Schüler haben, sondern dass sie sagen: Im ersten Halbjahr erkennt man schon – –

(Zuruf von der CDU: Wovon reden Sie denn?)

– Ich rede von Schulen, von Realschulen und von Gymnasien, die ich besucht habe.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da geht Ihr Minister doch gar nicht hin!)

– Aber ich gehe dahin, und der Minister geht ebenfalls hin, Herr Kollege Zimmermann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr selektives Wahrnehmungsvermögen kenne ich!)

Da muss man doch mal – –

(Zuruf: Baumschule! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort, Herr Kollege Zimmermann und andere, hat Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Da muss man doch einfach feststellen: Wenn Lehrerinnen und Lehrer zurückmelden, dass sie keinerlei Probleme damit haben, welche Kinder zu ihnen in die Klasse kommen, sondern dass sie versuchen, den Kindern in ihrer Lernentwicklung gerecht zu werden, muss man das doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Es gibt natürlich auch Überprüfungsmöglichkeiten. Am Anfang der fünften Klasse – das wissen Sie genau, Herr Wacker – können Lernstandserhebungen vorgenommen werden, mit deren Hilfe die Lehrer dann genau sehen, wie der Stand der Kinder ist. Wenn der Lehrer der weiterführenden Schule eine Lernstandserhebung macht, sagt das doch mehr aus, als wenn er einen Zettel herübergeschoben bekommt, auf dem ein Kreuz – –

(Abg. Georg Wacker CDU: Warum machen Sie das denn nicht?)

– Das machen doch die Schulen. Herr Wacker, das machen die Schulen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum machen Sie es denn nicht? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die ersten vier Jahre fehlen komplett! – Abg. Georg Wacker CDU: Heben Sie doch die Informationssperre auf!)

– Ich habe gerade eben auszuführen versucht, dass es mehr Sinn macht, eine Lernstandserhebung vorzunehmen, mit der die Lehrer die Möglichkeit haben, den Entwicklungsstand ihrer Schülerinnen und Schüler genau zu erkennen – auch im Verhältnis der Klasse –, und dass das mehr Aussagekraft hat als das Kreuz auf einem Zettel, ob jetzt eine Realschulempfehlung, eine Gymnasialempfehlung oder eine Hauptschulempfehlung vorliegt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist sachlich richtig, aber wir wollen mehr wissen! – Zuruf: Da steht doch mehr drin!)

Deswegen ist das für uns ein Anlass, zu sagen: Wir wollen überprüfen, ob es tatsächlich einen kausalen Zusammenhang zwischen den Übergängen an der Schule und der Sitzenbleiberquote gibt. Denn wenn 30 % der Realschulen und 40 % der Gymnasien keine Sitzenbleiber haben, dann muss man schauen, was an den anderen Schulen zu verbessern ist, damit es auch dort keine Sitzenbleiber gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha!)

Man muss gemeinsam mit den Lehrer- und Elternverbänden auch schauen, wie man das Beratungssystem verbessert, weil wir den Elternwillen ganz klar in den Vordergrund stellen und davon überzeugt sind, dass die Eltern auch die Aufgabe übernehmen können, die entsprechende Schulwahl für ihre Kinder vorzunehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Die bessere Schule, wo keiner sitzen bleibt, das ist das Ergebnis!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kleinböck.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kann ich meine Frequenz wieder runterfahren!)

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das können Sie, Herr Zimmermann. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Präsident! Ich will einmal mit einer Aussage des Kollegen Hauk von vor einem Jahr beginnen. Sie haben damals gesagt:

Aber wir können nicht einerseits Erziehungsrechte für Eltern einfordern und andererseits ... die Eltern aus der Verantwortung entlassen und ihnen vorschreiben, auf welche Schule sie ihr Kind schicken müssen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt, ja!)

Das unterstreiche ich ganz ausdrücklich.

Mit der Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung 2012/2013 haben wir mit dem latenten Misstrauen gegenüber dem Elternwillen Schluss gemacht. Seitdem gibt es ein ganz ausführliches Beratungsverfahren. Ich denke, das ist für die allergrößte Anzahl dieser Empfehlungen auch richtig und ziel führend.

Warum haben wir diesen Schritt denn vollzogen? Zum einen haben wir wahrnehmen müssen, dass das Verhältnis zwischen

(Gerhard Kleinböck)

Lehrkräften und Eltern an den Grundschulen erheblichen Belastungen ausgesetzt war, sobald sich die Frage nach dem Übergang auf die weiterführende Schule stellte. Zugleich wurde bereits auf viele Grundschüler ein massiver psychischer Druck ausgeübt. Die Kollegin Boser hat es gerade angesprochen: Wir waren auch viele Jahre lang Spitzenreiter bei der Nachhilfe.

Zum anderen sagen zahlreiche Studien, dass es bei der Empfehlung der weiterführenden Schule ein soziales Ungleichgewicht gibt. Schüler mit Migrationshintergrund und Kinder aus sozial belasteten Familien erhalten trotz gleicher Leistung seltener eine Gymnasialempfehlung als Kinder aus gut situiertem Haus.

Meine Damen und Herren, durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung hat sich also nicht nur das Verhältnis zwischen Lehrern und Eltern entspannt, sondern haben wir auch ein Stück Ungerechtigkeit im Bildungssystem beseitigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Das war unser erklärter Wille.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich gehe davon aus, dass Sie die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung nicht wieder einführen wollen. Jetzt suchen Sie sich ein neues Spielfeld, um die Regierung anzugreifen, und da kommt das Thema Nichtversetzte wieder in den Blick. Ihre These lautet: Wenn die weiterführende Schule die Grundschulempfehlung kennt, kann sie die Kinder adäquat fördern. Allerdings frage ich mich dann schon, ob Sie wissen, worin die Informationen der Grundschulempfehlung bestehen. Wenn Sie sich den Vordruck einmal anschauen, sehen Sie: Das ist genau ein Kreuzchen bei der empfohlenen weiterführenden Schule. Dort finden sich keine Informationen über die Entwicklung der Persönlichkeit,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die hätten wir aber gern!)

keine Informationen über die Entwicklung des Leistungsstands, keine Informationen über das Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerinnen und Schüler. Wir bestreiten natürlich nicht, dass wir auch den Anstieg der Zahl der Nichtversetzten in Klasse 5 registriert haben. Als Begründung wird immer wieder angeführt – das haben wir beim vorherigen Tagesordnungspunkt gehört –, dass die Heterogenität der Schülerschaft zugenommen hat.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Kollege, bitte. Aber schnell – oder die Zeit anhalten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein, nur für die Frage wird die Zeit angehalten; die Antwort wird in die Redezeit einbezogen.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege Kleinböck, wie bewerten Sie die Aussage eines Schulleiters einer Grundschule in meinem Wahlkreis – mehrere Lehrkräfte haben sich in den letzten Wochen in gleicher Weise geäußert –, der sagt: „Herr Zimmermann, wir haben mit viel Herzblut mit den Eltern das sogenannte qualifizierte Beratungsgespräch geführt. Es kam Zustimmung zu unserer Einschätzung, wohin das Kind gehen soll. Doch dann haben wir erfahren – nicht nur in einem Fall, sondern in mehreren Fällen –, dass die Eltern nach diesem Gespräch eine völlig andere Entscheidung getroffen haben.“

Der Schulleiter sagt zu seinen Lehrkräften: „Steckt nicht zu viel Energie hinein; die Eltern verlassen das Lehrerzimmer und entscheiden sich völlig anders.“

Wenn das Schule macht, wird auch das qualifizierte Beratungsgespräch nicht mehr den angestrebten Stellenwert haben.

Wie bewerten Sie solche Aussagen?

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Lieber Kollege Zimmermann, wenn Sie das so als Frage formulieren, ist das ein Plädoyer dafür, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wieder einzuführen. Das wollen wir nicht. Dazu müssen wir, wie wir es im Antrag formuliert haben, überlegen, wie wir diese Beratung verbessern können. Das kann nicht anders funktionieren, meine Damen und Herren.

Aber ich will Ihnen zu dem Thema Heterogenität etwas sagen. Ich habe vor Kurzem einen Unterrichtsbesuch gemacht; es war eine Prüfungslehrprobe. Ich habe in der Lehr-Lern-Analyse lesen dürfen: Diese Berufsschulklasse, eine Einzelhandelsklasse, setzt sich derzeit aus elf Schülerinnen und 13 Schülern im Alter von 17 bis 30 Jahren zusammen: ein Abiturient, ein Fachhochschulabsolvent, zehn Realschüler, sieben Hauptschüler, fünf Schülerinnen und Schüler ohne einen Schulabschluss. Das ist Heterogenität. Wir müssen davon ausgehen – es hilft halt nichts –: Auch die Realschulen und die Gymnasien müssen sich mehr mit dem Thema „Individuelle Förderung“ auseinandersetzen. Das klappt ja in den beruflichen Schulen schon ganz gut.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will auch noch einmal kurz darauf hinweisen, dass in der Vergangenheit trotz der verbindlichen Grundschulempfehlung die Zahl der Nichtversetzten in bestimmten Klassenstufen massiv angestiegen war. In der Realschule war das die Klasse 9, im Gymnasium die Klasse 10. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Anstieg hat Sie damals, als Sie in Regierungsverantwortung waren, nicht so arg interessiert.

Ich will eines deutlich machen: Wir haben in Deutschland 1,5 Millionen junge Menschen ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung. Wir wissen, dass ein erheblicher Anteil dieser Menschen aus Baden-Württemberg kommen. Deshalb, liebe Opposition: Wenn es darum geht, sich sachlich mit der Situation auseinanderzusetzen, bin ich bei Ihnen. Das ist zielführend. Aber das schrille Geschrei, das die Eltern, die Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler verunsichert, trägt sicher nicht zur Lösung bei.

(Gerhard Kleinböck)

Wir haben mit einigen Maßnahmen begonnen, die Entwicklung positiv zu beeinflussen. Angeführt wurden schon die Poolstunden für Realschulen, die Sie bis vor drei Jahren überhaupt nicht interessiert haben. Wir haben die Zahl der Poolstunden für die individuelle Förderung in der Unterstufe der Gymnasien auf 1,7 erhöht. Wir haben die Schulsozialarbeit eingeführt. Gerade die von Kollegin Boser angesprochene Lernstandsdiagnose in Klasse 5 wird ein wesentlicher Schritt sein, mit dem wir vorankommen.

All dies hätten Sie von der CDU bereits veranlassen können. Sie haben es nicht getan. Auch in Ihrem Änderungsantrag finden sich keine Aussagen zu den zusätzlichen Ressourcen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Mit Worten allein ist den Schulen nicht geholfen. Aber das haben wir hier schon des Öfteren erlebt: Sie reden, wir handeln.

(Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon ein Stück weit entsetzt, wie locker-flockig die Vertreter von den Grünen und der SPD über eine dramatische Situation,

(Oh-Rufe von der SPD)

die sich seit dem Regierungswechsel in diesem Bereich ergeben hat, hinweggehen.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt: Sie haben sich noch nicht ein einziges Mal mit den betroffenen Kindern beschäftigt, die sich in einer äußerst schwierigen Situation befinden.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Haben Sie sich einmal gefragt, wie sich ein Kind im Alter von ungefähr zehn Jahren in der fünften Klasse fühlt, wenn es auf einer Schule ist, in der es nach seinem momentanen Entwicklungsstand nicht optimal gefördert werden kann?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Gemeinschaftsschule!)

Wissen Sie, wie sich ein Kind da fühlt? Wir sollten einmal von den Zahlen, die vom Kollegen Wacker vollkommen zu Recht vorgetragen wurden, weggehen und den Blick auf das einzelne betroffene Kind lenken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

Diese Kinder freuen sich normalerweise, wenn sie auf eine weiterführende Schule gehen,

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

weil sie sagen: „Jetzt geht es richtig los; die Grundschulzeit ist vorbei.“ Was bringt dieses Kind jedoch mit einer Schule in

Verbindung, in der der Lehrer, die Lehrerin zum permanenten Überbringer schlechter Nachrichten wird? Das ist für den weiteren Lebensweg der Kinder doch verheerend. Das müssen wir hier einmal diskutieren,

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Wovon reden Sie denn?)

ohne so locker-flockig, wie Sie es machen, über diese Probleme hinwegzugehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Können Sie eigentlich bei der gegenwärtigen Situation noch gut schlafen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau!)

Unter dem Tiefschlaf, den Sie bei diesem Thema machen, leiden die Kinder in Baden-Württemberg in den fünften und sechsten Klassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Für diese unsägliche Situation trägt hier im Parlament niemand anders als Sie die Verantwortung. Sie können nicht behaupten, Sie hätten das nicht gewusst, und das sei auch nicht vorherzusehen gewesen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, was Sie mir hier im Parlament entgegengehalten haben, als ich Sie vor den Folgen der überstürzten Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung gewarnt habe. Das war Klassenkampf pur, den Sie hier veranstaltet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Lachen des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Grün-Rot hat alle Warnungen in den Wind geschlagen. Sie wollten einfach nur ein Wahlversprechen schnellstmöglich umsetzen. Ihnen waren im Grunde die Warnungen von Wissenschaftlern völlig egal. So hat beispielsweise Herr Professor Dollmann ganz klar gesagt, was passieren kann, wenn man das nicht entsprechend vorbereitet. Aber das war Ihnen wirklich egal. Im Übrigen haben Sie auch die Alternativen, die wir Ihnen damals vorgeschlagen haben, in den Wind geschlagen und ohne jegliche Empathie für die Kinder Ihren Mehrheitswillen durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb tragen Sie und niemand anders die Verantwortung für diese Situation.

Wenn nun Teile der CDU fordern, nach einem erfolgten Wahlsieg bei der kommenden Landtagswahl die Verbindlichkeit wieder einzuführen, so muss ich sagen: Die Freien Demokraten halten von diesem Vorgehen zunächst einmal nicht viel.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Denn die Bildungspolitik in unserem Land krankt doch gerade daran, dass es in diesem Bereich keine Verlässlichkeit und keine Planbarkeit gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was denn jetzt?)

(Dr. Timm Kern)

Genau aus diesem Grund haben wir ein konkretes Konzept für einen Schulfrieden vorgelegt – das wissen Sie –, um zu mehr Verlässlichkeit und zu mehr Planbarkeit zu kommen. Deshalb: Um die un gute Situation möglichst rasch und konkret zu heilen, schlägt die FDP/DVP-Landtagsfraktion Folgendes vor:

Erstens: Wir müssen zunächst die bestehenden Bedingungen verbessern, indem die Grundschulen eine bessere Personal- ausstattung zur Beratung der Eltern erhalten.

Zweitens: Bereits zum kommenden Schuljahr müssen die auf- nehmenden Schulen das Recht erhalten, über den Inhalt der jeweiligen Grundschulempfehlung informiert zu werden. Da teilen wir die Einschätzung der CDU.

Drittens: Es muss so schnell wie möglich ein differenziertes Stützkursangebot für abschlussgefährdete Schüler einge- führt werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen Blick in die Zu- kunft werfen: Sollte sich diese dramatische Situation bis zum Jahr 2017, also fünf Jahre nach der Abschaffung der Verbind- lichkeit der Grundschulempfehlung, nicht deutlich gebessert haben, dann wird sich die FDP/DVP auch nicht scheuen, da- rüber nachzudenken und sich dafür einzusetzen, dass die Ver- bindlichkeit der Grundschulempfehlung wieder eingeführt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Der aufnehmenden Schule würden wir allerdings das Recht einräumen, sich über die Grundschulempfehlung hinwegzu- setzen, wenn sie der Meinung ist, dem jeweiligen Kind zum angestrebten Schulabschluss verhelfen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen sind so alarmie- rend, dass sich ein weiteres Aussitzen der Probleme verbietet. Die jungen Menschen in unserem Land haben es nicht ver- dient, dass die Landesregierung noch länger die Augen vor der untragbaren Situation verschließt. Die Vorschläge der FDP/DVP zur nachhaltigen Verbesserung der Situation liegen vor. Aus unserer Sicht könnten sich die Landtagsfraktionen sehr zügig auf dieses Maßnahmenpaket einigen.

Ich bin nun sehr gespannt, ob und wie der Kultusminister auf die Situation reagiert. Unsere konkreten, konstruktiven Vor- schläge liegen auf dem Tisch.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregie- rung erteile ich das Wort Herrn Kultusminister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst muss man an dieser Stelle wohl betonen, dass in dieser De- batte zumindest die CDU-Fraktion nicht deutlich bekundet, ob sie jetzt den Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschul- empfehlung kritisiert oder welche Verbesserungsvorschläge sie wirklich hat. Die Debatte, die Sie führen, ist vielmehr eine sehr grundsätzliche.

Jetzt zitiere ich Ihnen, wenn Sie mir gestatten, einmal aus Ar- tikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes, und bin dann ganz schnell auch bei einem Zitat Ihres früheren Fraktionsvorsitzenden vom Februar 2014. In Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes steht nämlich:

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.

Herr Kollege Hauk hat im Februar des vergangenen Jahres er- klärt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Aber wir können nicht einerseits Erziehungsrechte für El- tern einfordern

– Grundgesetz –

und andererseits ... die Eltern aus der Verantwortung ent- lassen und ihnen vorschreiben, auf welche Schule sie ihr Kind schicken müssen.

Herr Hauk, ich habe Ihnen von dieser Stelle aus noch nicht oft recht gegeben. Hier tue ich es ausdrücklich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sehr schön!)

Ich möchte auf ein Weiteres hinweisen: Wenn wir über die Frage sprechen, ob es ein Element der Lösung sein könnte, wenn die weiterführende Schule den Inhalt der Grundschul- empfehlung kennt, dann müssen wir dies genau betrachten und fragen: Ist es tatsächlich so, oder gibt es bessere Möglic- keiten? Darauf möchte ich im Folgenden eingehen.

Ich darf vorwegschicken, dass die Regierungsfractionen und die Landesregierung nach wie vor überzeugt sind, dass es die richtige Entscheidung war, die Verantwortung der Eltern für den Bildungsweg ihrer Kinder zu stärken. Diese Verantwor- tung zu stärken und sie den Eltern zu übertragen, birgt natür- lich auch das Risiko, dass Eltern eine falsche Entscheidung treffen. Deswegen sollten wir doch vielleicht zusätzlich zu der von Ihnen aufgeworfenen Frage, ob eine verbindliche Grund- schulempfehlung hier problemlösend sein kann oder ob die Kenntnis der jeweiligen Grundschulempfehlung die Lösung sein kann, auch die Frage stellen: Was bringt Eltern dazu, eine möglicherweise falsche Entscheidung für ihre Kinder zu treffen? Dann sind wir ganz schnell bei dem von Frau Kolle- gin Boser angesprochenen Element der Beratung, die schon in den Grundschulen ansetzen muss.

Damit sind wir bei einem weiteren Element, das ich für we- sentlich halte, wenn wir Eltern dazu bringen wollen, eine ver- antwortliche Entscheidung zu treffen. Wir müssen es nämlich schaffen, den Eltern die Angst davor zu nehmen, dass sie am Ende von Klasse 4 eine falsche Entscheidung, eine vermeint- lich falsche Entscheidung treffen, die für ihre Kinder schlech- tere Zukunftschancen beinhalten würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch der Grund, warum in der Vergangenheit viele Eltern wollten, dass ihr Kind mindestens eine Realschule oder ein Gymnasium be- sucht. Sie hatten das Gefühl – wir wissen alle um die Vielfalt der Wege –, dass diese Wegmarke für die Zukunft ihrer Kin- der extrem wichtig ist. Deswegen geht es bei der Diskussion über die Grundschulempfehlung auch um die Frage: Wann

(Minister Andreas Stoch)

müssen denn Eltern entscheiden, welches der richtige Abschluss ist, den ihr Kind mit seinem konkreten Leistungsvermögen erreichen kann?

Damit sind wir wieder bei der Ausgangsfrage: Ist es denn tatsächlich notwendig, diese Frage bereits in diesem Alter zu stellen, oder ist es nicht viel wichtiger und richtiger, den Eltern diese Angst zu nehmen, damit eine richtige Entscheidung getroffen wird?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch Kollege Kern, ich nehme diese Zahlen, auch was die Nichtversetzungen angeht, sehr, sehr ernst. Das darf ich Ihnen versichern. Aber wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht monokausale Erklärungen zurechtlegen, die uns halt zufällig passend erscheinen.

Ich nenne Ihnen ein weiteres Beispiel, das Sie nicht mit dem Hinweis auf die Grundschulempfehlung erklären können. Am Ende des vergangenen Schuljahrs war in den Stuttgarter Zeitungen eine große Berichterstattung über Daten des Schulamts Stuttgart, in denen erstaunlicherweise zum Ausdruck kam, dass an den weiterführenden Schulen – Realschulen und vor allem Gymnasien – in der Klasse 9 die Zahl der Nichtversetzten erheblich angestiegen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind alles Schülerinnen und Schüler, die aufgrund einer verbindlichen Grundschulempfehlung an dieser Schule waren. Deswegen müssen wir doch auch dies berücksichtigen. Wir können es nicht auf das Element „verbindliche Grundschulempfehlung“ reduzieren,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das macht doch keiner!)

sondern wir müssen auch fragen: Wie können wir pädagogisch besser auf die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler reagieren? Wie können wir die Schülerinnen und Schüler an der Schule, an der sie sind, bestmöglich fördern? Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Um einige Fakten zu benennen: Eines der Länder, die sich auch dazu entschieden haben, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abzuschaffen, ist das Saarland. Dort wurde unter einer CDU-geführten Regierung die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung aufgehoben. Auch dort ist die Wiederholerquote zunächst angestiegen; der Anstieg hat sich inzwischen jedoch wieder abgeschwächt. Das heißt, wir gehen davon aus, dass sich auch hier in Baden-Württemberg die Frage, wie die Eltern mit diesem Recht umgehen, in den nächsten Jahren einpendeln und relativieren wird.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Warum haben Sie sich dann nicht mehr Zeit gelassen?)

Immer noch fast 80 % der Eltern tun genau das, was in der Grundschulempfehlung steht; sie halten sich also daran. Da muss ich sagen: Wir müssen das Beratungskonzept in der Grundschule immer wieder evaluieren und müssen betrachten, ob es auch wirklich funktioniert und die Eltern die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Deswegen ist es auch kein Widerspruch, die Verbindlichkeit aufzuheben und die Verantwortung der Eltern zu stärken und gleichzeitig zu sagen, dass sich

die Eltern doch an die von Pädagogen erstellte Grundschulempfehlung halten sollten, weil die Pädagogen diese nicht ohne Grund machen. Auch dies ist kein Widerspruch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie einmal an die Grundschulen gehen, werden Sie sehr schnell merken, dass sich die Diskussion dort versachlicht hat.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: War das vorher unsachlich?)

An dieser Stelle bringe ich immer gern eine Zahl zum Ausdruck. Die Situation an den Grundschulen war eine aufgeregte und emotionale, wenn es um die Frage des Übergangs an die weiterführende Schule ging. Herr Kollege Kern, Sie werden mir wahrscheinlich auch nicht erklären können – ich kann es Ihnen wahrscheinlich erklären –, warum denn der Anteil der Kinder mit einer Gymnasialempfehlung in Klasse 4 im letzten Jahr der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung bei 50,3 % gelegen hat, während er ein Jahr später, im ersten Jahr der nicht verbindlichen Grundschulempfehlung, bei 45,6 % lag. Das weist doch darauf hin, dass die Grundschulempfehlung eine Näherung ist und dass in der Zeit der Verbindlichkeit ein erheblicher Druck auch aus der Elternschaft auf Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen bestanden hat, dass die Empfehlung herauskam, die man sich für sein Kind erhofft hatte.

Deswegen sollten Sie die Grundschulempfehlung nicht in einen Absolutheitsstatus heben, den diese nie haben konnte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über die Frage sprechen, ob die Grundschulempfehlung an der weiterführenden Schule vorgezeigt werden sollte, spielt auch eine Rolle, dass das auch ein rechtliches Problem ist, nämlich in Bezug auf den Datenschutz.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Das ist so. Das können Sie gern auch in der Stellungnahme des Landesbeauftragten für den Datenschutz nachlesen.

Die Daten, die erforderlich sind, um den entsprechenden Zweck zu erreichen, können von einer öffentlichen Einrichtung oder Stelle weitergegeben werden. Ich glaube, dass die Aussagekraft eines Kreuzchens – Kollege Kleinböck hat Ihnen das Formular vorhin einmal vorgehalten – relativ eingeschränkt ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen nicht nur das Kreuzchen, wir wollen Informationen! Auf das Kreuzchen können wir verzichten!)

Ich sage Ihnen aber, was unsere Antwort darauf ist, wie wir den Lehrkräften an den aufnehmenden Schulen einen besseren Start ermöglichen wollen. Ich bin viel an den Schulen. Herr Kollege Zimmermann, Sie sollten tunlichst Behauptungen unterlassen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Ich bin nämlich bei weiterführenden Schulen aller Schularten zu Gast, insbesondere auch an Realschulen, beispielsweise auch morgen Abend wieder. Ich möchte, dass wir in den kommenden Jahren eine Systematik haben, mit der sich die Lehrerinnen

(Minister Andreas Stoch)

und Lehrer an den aufnehmenden Schulen durch eine zu Beginn der Klasse 5 durchgeführte Lernstandserhebung das Leistungsniveau ihrer Schülerinnen und Schüler selbst erschließen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen sie schon!)

Wenn ich heute an den Schulen bin, dann sagen mir Lehrkräfte: „Spätestens nach zwei, drei Wochen weiß ich, wo der einzelne Schüler in den einzelnen Fächern seine Schwächen und seinen besonderen Förderbedarf hat.“

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deswegen ist es doch nur eine Scheinlösung, wenn wir jetzt die Weitergabe der Grundschulempfehlung versprechen.

Das, was wir vorhaben, nämlich eine konkrete Lernstandserhebung durchzuführen, ist der eigentliche Ansatz für Fördermaßnahmen, die an den weiterführenden Schulen ergriffen werden müssen. Deswegen hat die Landesregierung darauf reagiert; zum kommenden Schuljahr wird die Lernstandserhebung in Klasse 5 verpflichtend eingeführt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben – ich habe es vorhin bereits gesagt – auch den Ausbau der Beratungsangebote an Grundschulen in den Blick genommen und zusätzliche Ressourcen an die weiterführenden Schulen gegeben. Wir haben in diesem Sinn, während Sie der zunehmenden Heterogenität jahrelang tatenlos zugeschaut haben, umgehend gehandelt und die Schulen in die Lage versetzt, besser auf die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler zu reagieren.

Wir waren es, die an Realschulen erstmals Poolstunden zur individuellen Förderung eingeführt und deren Zahl an den Gymnasien erhöht haben. Ich darf Sie auch darauf hinweisen, dass wir an den betroffenen Schularten ein Gesamtvolumen von mehr als 200 Deputaten investiert haben, um beispielsweise an den Gymnasien die Rahmenbedingungen für das Programm „Gut ankommen am Gymnasium“ weiter zu verbessern und individuelle Förder- und Differenzierungsmaßnahmen gerade in den Klassen 5 und 6 zu unterstützen.

Wir wollen die Eltern durch eine gute Beratungssystematik, die wir, wie gesagt, laufend überprüfen, dabei unterstützen, die richtige Schulwahl für ihr Kind zu treffen. Deswegen haben wir das Beratungsverfahren an den Grundschulen ausgebaut und den Lehrerinnen und Lehrern an den Grundschulen spezielle Fortbildungen hierfür ermöglicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen – das ist meine Überzeugung; ich habe es vorhin deutlich gesagt – Eltern und ihren Kindern die Zeit geben, herauszufinden, welcher Bildungsabschluss individuell der richtige ist. Sie scheinen dem Irrglauben anzuhängen, es müsse möglichst früh entschieden werden, welcher Schulabschluss für eine Schülerin oder einen Schüler der richtige ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Wir hingegen haben u. a. mit der Gemeinschaftsschule die Möglichkeit geschaffen, Kindern und Jugendlichen Raum für

eine individuelle Lernentwicklung zu geben. Deswegen steht für mich außer Frage, dass der Weg auch für die anderen Schularten – auch für das Gymnasium, auch für die Realschule – dahin gehen muss, sich auf die Unterschiedlichkeit ihrer Schüler im Sinne eines binnendifferenzierten Herangehens in ihrer pädagogischen Arbeit einzustellen und dies gelingen zu lassen. Mit dem kürzlich vorgestellten Konzept zur Weiterentwicklung der Realschulen wollen wir genau das ermöglichen.

Das, was vorhin von Ihnen kam, Herr Kollege Wacker, lässt nur einen Schluss zu: Wenn wir bisher an der Realschule – so sehen es manche Vertreter dieser Schulart noch – „nur“ das mittlere Bildungsniveau anbieten, das heißt den Weg zur mittleren Reife, dann bedeutet das ja, dass Schülerinnen und Schüler, die das nicht schaffen, keinen Platz an dieser Schule haben können. Wenn Sie – das ist der Streit, den Sie für sich einmal klären müssen – sagen: „Letztlich werden wir um ein zweigliedriges Schulsystem nicht herumkommen“, dann stellt sich doch die Frage: Welches Angebot bekommen diese Schülerinnen und Schüler?

Ich glaube, es ist richtig – dieses Konzept ist übrigens nicht über die Köpfe der Realschulen hinweg, sondern u. a. mit der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektoren und auch der GEW ausgearbeitet worden –, diesen Schülerinnen und Schülern mit der Möglichkeit, einen Hauptschulabschluss an der Schule zu absolvieren, einen Weg aufzuzeigen, der den Lehrkräften gleichzeitig die Möglichkeit gibt, die Schüler entsprechend ihrem jeweiligen Leistungsniveau zu fördern.

Da sind wir letztlich bei der Frage, Herr Kollege Röhm – ich darf sie Ihnen vorwegnehmen –:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ab wann?)

Mit welchen pädagogischen Mitteln tun wir das?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und ab wann?)

Findet das mit Mitteln der äußeren oder der inneren Differenzierung statt? Darüber können wir uns gern mit Pädagoginnen und Pädagogen unterhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sind wir am Punkt!)

Es gibt hervorragende Beispiele dafür, dass es nicht zwingend notwendig ist, äußere Differenzierungsmaßnahmen durchzuführen, sondern hier bestehen sehr viele Möglichkeiten im Bereich der Binnendifferenzierung und auch des kooperativen Lernens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns nicht im Sinne von Pseudolösungen über Elemente wie z. B. die Bekanntgabe der Grundschulempfehlungen an den weiterführenden Schulen reden, sondern lassen Sie uns über ein Gesamtkonzept reden, das den Schulen wirklich hilft. Die Lernstandsdiagnose in Klasse 5 wird hier ein wichtiger Schritt sein. Eine hervorragende Beratung durch die Grundschulen wird ein weiterer wichtiger Baustein sein, um insbesondere den Eltern die Angst vor einer falschen Bildungswegentscheidung zu nehmen. Das ist das wesentliche Element. Wir müssen es schaffen, dass die Eltern mit großem Vertrauen eine Schule

(Minister Andreas Stoch)

für ihr Kind wählen und das Kind dort die bestmögliche Förderung erhält.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich muss beim Thema Realschulen bleiben. Sie haben eben noch einmal Ihr Realschulkonzept angepriesen. Ein zentrales Element, das Sie den Realschulen auf der Jahrestagung der AG der Realschulrektoren in Filderstadt vor Wochen genannt haben, ist: Für zusätzliche äußere Differenzierungsmaßnahmen gibt es 500 Unterrichtsideputate zusätzlich.

Herr Minister, jetzt sind wir an einem ganz entscheidenden Punkt. Wir haben immer gesagt, dass 500 Deputate ein Schritt in die richtige Richtung sind. Sie haben aber nichts dazu gesagt, was in der „Schwäbischen Zeitung“ stand, nämlich dass Sie für den Nachtragshaushalt nur 350 Deputate anbieten. In Filderstadt haben Sie etwas anderes erklärt.

Die Realschulrektoren gehen natürlich davon aus, dass eine Tranche für das Schuljahr 2015 zur Verfügung steht und die andere Tranche für das Schuljahr 2016, damit die äußeren Differenzierungsmöglichkeiten, wenn auch in sehr geringem Umfang, überhaupt angeboten werden können. Wenn Sie jetzt nur 350 Deputate anbieten, Herr Minister, dann haben Sie die Realschulen schlicht und einfach angelogen. Sie haben eben nicht gesagt, ob Sie den Realschulen letztlich 500 Deputate zur Verfügung stellen oder ob es bei 350 bleibt. Das ist der entscheidende Punkt. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

(Beifall des Abg. Paul Nemeth CDU)

Ich bitte Sie, eines zur Kenntnis zu nehmen: Sie tun so, als ob Sie sehr viel mit den Realschulen sprächen. Sie wissen ganz genau, dass Ihnen die AG der Realschulrektoren ein Konzept vorgelegt hat, das sehr nah an dem war, was die CDU-Fraktion bereits im letzten Jahr verkündet hat.

Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass eine Reihe von Realschulrektoren aus dem Schulamtsbezirk Lörrach ihren Protest bereits in einem Brief Ihnen gegenüber kundgetan hat, indem sie sagen: Wir brauchen zusätzliche Differenzierungsmaßnahmen, damit wir später keine Welle von Abschlüssen bekommen.

Hinzu kam ein Schreiben aus dem Schulamtsbezirk Freiburg, insgesamt 50 Rektoren von Realschulen, Herr Minister. Sie kennen den Brief. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Offensichtlich gibt es auch einen zunehmenden Unmut seitens der Elternschaft aus dem Schulamtsbezirk Nürtingen. Die gesamte Elternschaft hat genau das in einem Brief Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Aufgrund Ihres überhasteten Ausstiegs aus der verbindlichen Grundschulempfehlung – darauf komme ich gleich noch ein-

mal zu sprechen – haben Sie die Schulen vor Probleme gestellt. Aufgrund des Anstiegs der Sitzenbleiberzahlen und der übrigen Herausforderungen sehen Sie: Allmählich macht sich das Chaos Ihrer Bildungspolitik an allen weiterführenden Schularten deutlich bemerkbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe gesagt: Sie haben die verbindliche Grundschulempfehlung überhastet abgeschafft. Damals haben Sie, Ihre Amtsvorgängerin und die Redner der Regierungsfaktionen gesagt: „Die Eltern gehen verantwortungsvoll mit dieser Entscheidung um.“ Ja, wir wollen, dass die Eltern verantwortungsvoll mit ihrer Entscheidung umgehen. Wir haben auch gesagt: Es reicht aber nicht – vor dem Hintergrund, dass die Eltern allein vor der Entscheidung stehen –, dass die entsprechenden Gespräche an den Informationsabenden ein halbes Jahr vor dem Übergang auf die weiterführende Schule geführt werden. Natürlich werden sie seit vielen Jahren geführt, aber das reicht nicht.

Als wir gesagt haben, dass wir ein verbindliches Beratungskonzept ab Klasse 1 brauchen, haben Sie uns ausgelacht und gesagt: „Das machen wir alles schon.“ Jetzt erkennen Sie allmählich: Das Kind fällt in den Brunnen. Jetzt stellen Sie zum ersten Mal einen Prüfauftrag, über den Sie das bestehende Beratungsangebot weiterentwickeln wollen. Das ist zumindest ein Minischritt in die richtige Richtung. Denken Sie darüber nach, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Herr Minister, eines muss erwartet werden: In persönlichen Gesprächen sind Sie oft entgegenkommend – ich möchte jetzt nicht aus persönlichen Gesprächen mit Kollegen im Bildungsausschuss zitieren –, aber Sie sagen, das Ergebnis der Grundschulempfehlung könne den weiterführenden Schulen deswegen nicht bekannt gegeben werden, weil der Datenschutz dagegenspreche. Ich habe den Eindruck, dass es sich hier schlicht und einfach um eine Schutzbehauptung handelt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein!)

Herr Minister, sagen Sie doch einfach, was Sie wollen. Sagen Sie doch, dass Sie mit dem Datenschutzbeauftragten darüber sprechen wollen, dass diese Regelung Unsinn beinhaltet.

Ich sage Ihnen eines: Natürlich ist die Eingangsdiagnose wichtig. Natürlich sind Informationsgespräche mit den Eltern von Anfang an wichtig. Aber warum beziehen Sie nicht die Entscheidungs- und Beratungskompetenz der Grundschulpädagogen ein, die das Dokument der Grundschulempfehlung zum Ausdruck bringt? Aus beidem wird ein Schuh. Nichts gegen die Eingangsdiagnose. Die unterstützen wir natürlich. Aber die ergänzende Grundschulempfehlung ergibt ein geschlossenes Bild über den pädagogischen Handlungsbedarf bei einem Schüler. Dagegen wehren Sie sich aus ideologischen Gründen. Das ist schlicht und einfach nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Minister, nichts tun, werden Sie in den nächsten Monaten gerade aus den Realschulen, aber auch aus den Gymnasien in zunehmendem Maß massive Problemanzeigen erhalten.

(Georg Wacker)

Der Hintergrund ist – meine letzte Bemerkung zu diesem Thema –: Bereits jetzt gehen die Pädagogen sehr verantwortungsbewusst mit dem Ganzen um, da es in der fünften Klasse schon viele Schulwechsler gibt. Um ein Sitzenbleiben zu verhindern, wechseln diese Schüler rechtzeitig die Schulart.

Daten hierüber liegen Ihnen nicht vor. Diese wollen Sie auch nicht erheben. Wenn man diese hinzuzieht, muss man einfach sagen: Alarmstufe Rot, was dieses Thema betrifft. Wenn Sie eine individuelle, passgenaue Förderung vornehmen wollen, müssen Sie die richtigen Entscheidungen in die Wege leiten. Das tun Sie bisher leider nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Kultusminister das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das will ich nicht unwidersprochen lassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das kann man nicht unwidersprochen lassen!)

Zu den von Ihnen zitierten Deputatzahlen würde ich einfach einmal sagen: Gehen Sie geistig noch einmal in sich – Sie waren nämlich körperlich anwesend –,

(Abg. Georg Wacker CDU: Was soll denn das?)

und versuchen Sie sich daran zu erinnern, was ich gesagt habe. Sie projizieren das, was – –

(Abg. Georg Wacker CDU: Dann sagen Sie es doch!)

– Ich kann Ihnen sagen, was ich gesagt habe. Ich weiß es nämlich noch sehr gut.

(Zurufe der Abg. Georg Wacker und Peter Hauk CDU)

– Herr Hauk, Sie waren nicht einmal dabei.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, aber es steht schwarz auf weiß zu lesen!)

– Wo denn? Wo steht es denn?

(Abg. Peter Hauk CDU: Ihre Ankündigung!)

– Wo steht sie?

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Sie steht in einem Zeitungsbericht, und zwar als Ergebnis einer Pressekonferenz. Ich weiß sehr gut, was ich gesagt habe. Ich habe auch bei der Sitzung der AG der Realschulrektoren Folgendes gesagt:

(Abg. Peter Hauk CDU: Ach so! Falsches Zitat! Sorry! Das geht natürlich immer!)

Die Ausstattung der Poolstunden muss sich zum kommenden Schuljahr stark verbessern.

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Antwort wissen wollen, dann lassen Sie den Minister die Sache doch einfach einmal aufklären.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Es muss ein erster spürbarer Schritt sein. Ich habe außerdem gesagt, ich könne mir in einem ersten Schritt eine Aufstockung von 2,2 auf sechs Poolstunden vorstellen.

Ich komme auf Ihre Aussagen zurück. Wir haben auch Zahlen über die Nichtversetztenquoten an Realschulen, z. B. im Jahr 2009. Dieses Jahr lag unstreitig in dem Zeitraum, in dem Sie die Verantwortung trugen. Damals hatte die Realschule null Poolstunden.

Jetzt darf ich Ihnen einfach einmal sagen, dass sich damals die Nichtversetztenquote beim Übergang in Klasse 8

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

auf 4,6 % und in Klasse 9 auf 6,6 % belief. Wo waren denn die Poolstunden, wo war denn die Unterstützung der CDU für die Realschulen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben doch diese Kinder im Stich gelassen! Sie haben doch diese Lehrer im Stich gelassen!

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deswegen, meine Kolleginnen und Kollegen, glaube ich, sollte Ihr Glorienschein, den Sie sich selbst aufzusetzen versuchen, schnellstens wieder in der Schublade verschwinden.

Wir müssen erreichen, dass die Schulen auf die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler reagieren können. Wenn die Schulen selbst den Bedarf formulieren, diesen Schülern ein gesondertes Angebot zu machen, dann reagieren wir hierauf.

Wenn die KHV entschieden hat – – Das war wohl das, was Sie gelesen haben – nicht in der „Schwäbischen Zeitung“, sondern in der „Südwest Presse“. Das war das, was offensichtlich irgendwie kolportiert wurde. Ich kann Ihnen bestätigen, dass von der KHV bereits für das kommende Schuljahr beschlossen wurde – denn das ist für den Organisationserlass für das kommende Schuljahr wichtig –, dass die Poolstunden an Realschulen von 2,2 auf sechs erhöht werden. Das ist eine Stärkung der Realschulen im Land Baden-Württemberg von exorbitanter Wirkung. Wenn Sie Realschulen besuchen, werden Ihnen dort alle sagen, dass sie diese Ressourcen dringend brauchen, um die Schülerinnen und Schüler angemessen zu fördern.

Herr Kollege Wacker, wenn ich das auch noch anfügen darf – –

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

– Ich habe nie gesagt, dass wir in einem Jahr darauf 500 Deputate hätten. Denn Sie scheinen eines nicht zu sehen: Ge-

(Minister Andreas Stoch)

meinschaftsschulen bekommen ihre Ressourcenzuweisungen aufwachsend nach Klassenstufen.

Wenn auch beim Konzept „Weiterentwicklung der Realschule“ von einem Endausbau die Rede ist, dann können Sie davon ausgehen, dass dies auch etwas mit einem aufwachsenden Bedarf an den Realschulen bei der Umsetzung ab dem Schuljahr 2016/2017 zu tun hat. Wenn Sie dann beginnen, dieses Konzept in den Klassen 5 und 6 in der Orientierungsstufe umzusetzen, dann sollte es Ihnen rechnerisch möglich sein, zu erkennen, welche Zahl sich dann ergibt, wenn der Endausbau erreicht ist.

Deswegen, Herr Kollege Wacker: Ich kann es Ihnen nicht im Detail vorrechnen. Es ist so. Wir werden die Realschulen zum kommenden Schuljahr erheblich stärken. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir werden auch weiterhin versuchen, allen Kindern in diesem Land bestmögliche Bildungschancen zu geben, und zwar an den Schulen, an denen sie tatsächlich sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge. Zu dem von der Fraktion der CDU eingereichten Antrag Drucksache 15/4099 (Geänderte Fassung) gibt es zwei Änderungsanträge. Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6447. Darin wird begehrt, den Antrag

der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4099 (Geänderte Fassung), um folgenden Abschnitt II zu ergänzen:

die Landesregierung zu ersuchen,

die Grundschulempfehlung den weiterführenden Schulen bei der Schüleranmeldung zugänglich zu machen.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/6451, ab. Dieser begehrt, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4099 (Geänderte Fassung), um einen Abschnitt II zu ergänzen, in dem eine Evaluation gefordert wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zum ursprünglichen Berichtsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4099 (Geänderte Fassung). Dieser Antrag kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Wir haben jetzt das Ende der heutigen Tagesordnung erreicht.

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, 5. Februar 2015, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:06 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss/Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss für Integration	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss für Europa und Internationales	ordentliches Mitglied	Hofelich	Blättgen
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)	stellvertretendes Mitglied	Hofelich	Blättgen

03. 02. 2015

Claus Schmiedel und Fraktion

Vorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/NSU BW“

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/NSU BW“	stellvertretendes Mitglied	Reith (zum 19. 02. 2015)	Dr. Bullinger
	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger (zum 21. 02. 2015)	Reith

03. 02. 2015

Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion